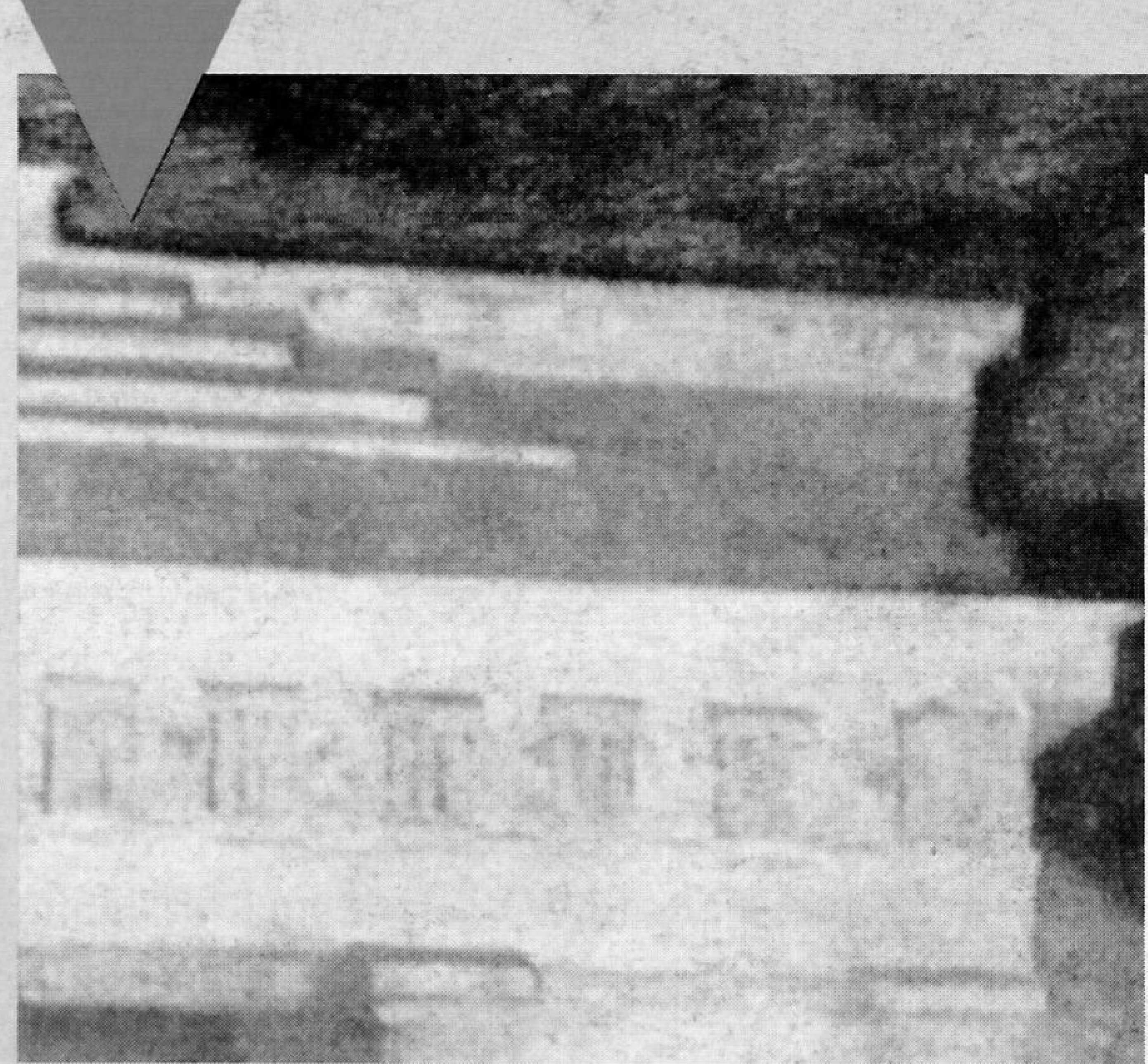
# Antifaschistisches INFO BLATT

34

Mai/Juni 1996 5,– DM

Widerstand leisten!



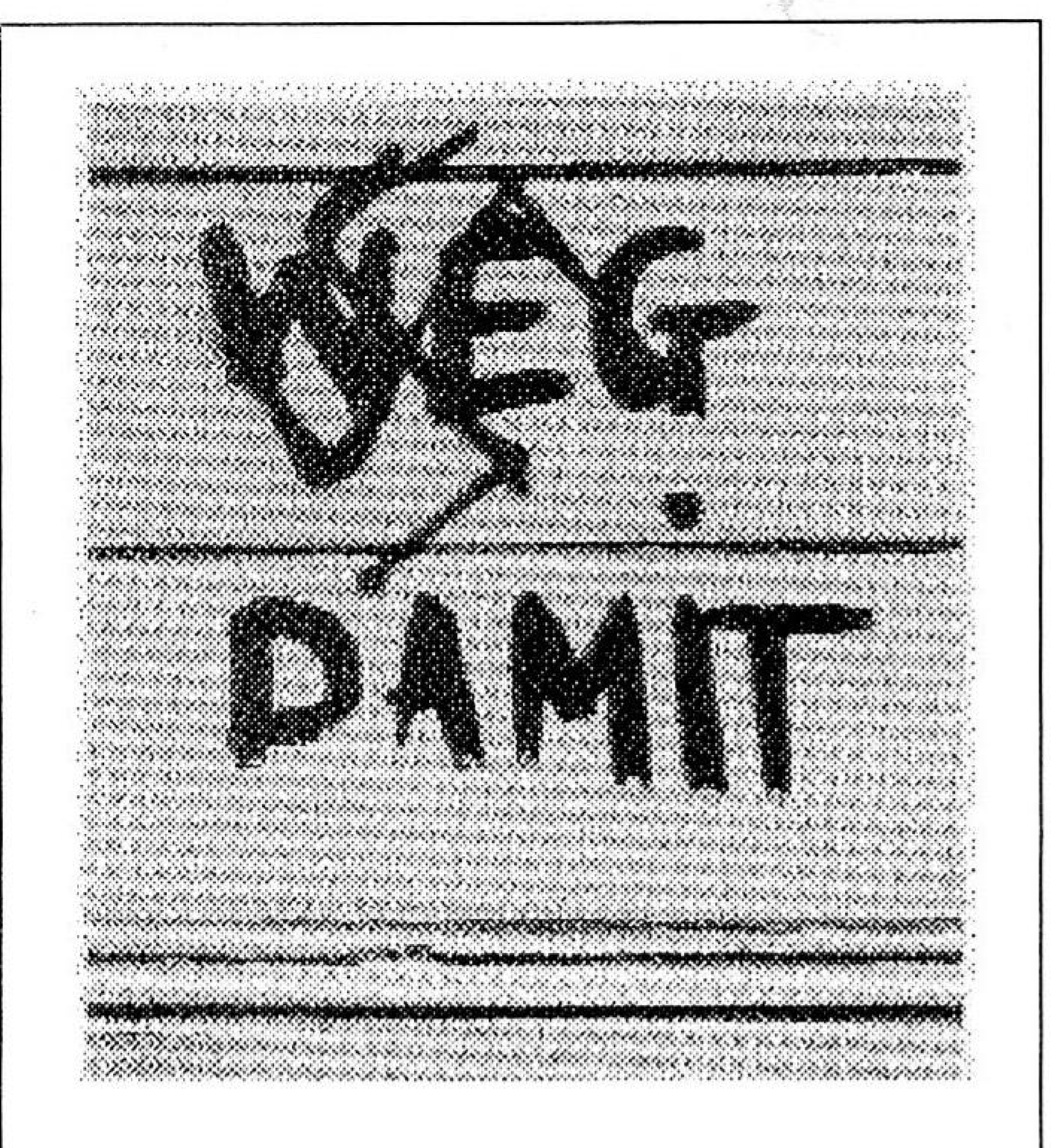





## Gegen den deutschen Militarismus








**Antifaschistisches INFO-Blatt**
Nr. 34, Mai/Juni 1996

**Erscheinungsweise:**
5x im Jahr

**Herausgeber:**
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

**V.i.S.d.P.:** L. Meyer (Adresse s.o.)

**Druckerei:** Eigendruck

**Konto:** J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

**Preis:** 5,- DM

**Abo:** 30,- DM/Jahr (s. Seite 15/16)

**Nachdruck:** In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

**Anzeigen:** Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

**Eigentumsvorbehalt:**
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

# Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen!

Seit der Wiedervereinigung präsentiert sich uns eine andere BRD. Nach Abschüttelung der von den Alliierten aufgesetzten Beschränkungen und der weitgehenden Selbstbefreiung von der Schuld am Nationalsozialismus zum 8. Mai 1995 ist Deutschland bereit, sein Macht- und Wirkungsfeld wieder auszudehnen und zur wirtschaftlichen und politischen Weltmacht zu werden.

Einher damit geht eine immer stärker werdende Militarisierung. Diese zeigt sich nicht nur in der Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Einsätzen, sondern auch an Ereignissen in der BRD in den letzten Monaten: auf die weitgehende Legalisierung des Tucholsky-Zitats »Soldaten sind Mörder« folgt der »Ehrenschutz für Soldaten«, die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär wird wegen Beleidigung von oben bis unten durchsucht, immer wieder werden Attacken gegen die weiter steigenden Kriegsdienstverweigerungszahlen geritten, der Zivildienst soll erschwert, der Dienst an der Waffe (z.B. mit Arbeitsplätzen danach) weiter begünstigt werden. So wird ein gesellschaftliches Klima geschaffen, in dem der Pazifismus keine Rolle mehr spielt und der Weg frei ist für weitere Kriegseinsätze und die Neuausrichtung der Bundeswehr auf diese. Schließlich muß für Aggression nach außen die innere Einheit hergestellt sein.

Mittlerweile ist die BRD Rüstungsexporteur Nr.2 der Welt. Nicht nur, daß wer Waffen verkauft und damit erprobt sie auch einsetzen will; in der Kurdenfrage ist eine Gesetzesinitiative in der Diskussion, die der Wiedereinführung des Standrechts sehr nahe kommt: Ausländer sollen bei Verdacht auf Landfriedensbruch ohne Gerichtsurteil abgeschoben werden können. In der Türkei werden sie dann womöglich gleich noch mit deutschen Waffen erschossen, ohne das sich das deutsche Militär offiziell die Finger schmutzig gemacht hat.

Wie wir finden Gründe genug, um die deutsche Militarisierung in diesem Heft einmal genauer zu betrachten.

Des weiteren findet ihr einen Artikel zum Lahn-Dill-Kreis, der sich immer stärker zu einem Zentrum der faschistischen Organisierung in Deutschland entwickelt und offensichtlich Region für die Erprobung von neuen Strategien der Nazis ist. Auch haben wir es endlich geschafft, einen Artikel zur Umstrukturierung der Naziskinszene reinzunehmen. Seit den Parteiverboten kommt den subkulturellen Szenen der Nazis eine noch größere Bedeutung für die Rekrutierung zu.

Unseren Geschichtsteil setzen wir nach der Pause im letzten Infoblatt mit einem Artikel über den holländischen Widerstand fort. Auch wenn das Jahr der Jahrestage 1995 vorbei ist halten wir es für wichtig, sowohl den Geschichtsfälschern entgegenzutreten, als auch für uns Anknüpfungspunkte für heute zu finden.

Neben dem zweiten Teil des Artikels über Zwangsprostitution im Nationalsozialismus und dem internationalen Teil gibt es natürlich noch jede Menge andere Sachen; leider sind die Rubriken Antifa und Repression diesmal etwas kurz gekommen.

Danken möchten wir den Leuten, die auf unseren Spendenaufruf in der letzten Nummer reagiert haben. Wir konnten sowohl Geld als auch Abos und Weiterverkaufsangebote gut gebrauchen! Besonders gefreut haben wir uns über die vielen Förderabos. Leider sind wir aus dem Loch aber noch nicht raus. Wenn Ihr keine Kohle habt, überlegt Euch doch mal, ob Ihr das Info nicht weiterverkaufen oder irgendwie anders Werbung für uns machen wollt.

Und natürlich ein herzliches Dankeschön an alle Leute, die mit Schreiben oder anderen Dingen geholfen haben, daß diese Ausgabe entstanden ist.

Kopf hoch, genießt den Frühling und viel Spaß beim Lesen!

die Redaktion

**- am 31. Mai soll in Berlin das erste öffentliche Rekrutengelöbnis seit dem Krieg stattfinden**

**- vom 3. - 4. Juni findet ebenfalls in Berlin eine Tagung des Natorates statt**

**zu beiden Anlässen sind Aktionen geplant und alle Menschen sind dazu herzlich nach Berlin eingeladen**

# Propaganda und Ziele deutscher Außenpolitik

# »Verantwortung übernehmen« – weltweit

**In den letzten Jahren sind wir mit einer derartigen Fülle sogenannter »historischer Ereignisse« konfrontiert worden, daß vielfach Analysen und Bewertung dieser Veränderung der politischen Rahmenbedingungen sehr hinterherhinken und adäquate Gegenstrategien und politischer Druck gar nicht wirksam werden konnte; »abfahrende Zügen« hinterherzuschauen scheint die Lieblingsbeschäftigung der verbliebenen oppositionellen Gruppen geworden zu sein – aber, um in diesem Bild zu bleiben, schon Walter Benjamin hat auf die Existenz von Notbremsen in Zügen hingewiesen und natürlich können fahrende Züge die Richtung ändern.**
**Richtig ist: die Entwicklung bei den »out of area«-Entscheidungen ist derart rasant verlaufen und die Schaffung von Fakten ist in den letzten Jahren mit einem so hohen Tempo vonstattengegangen, daß viele sich verwundert die Augen reiben, was bei der Umsetzung kriegerischer-imperialer Politik schon alles erfolgen konnte, ohne daß sich relevanter Protest und Widerstand gegen diese Politik entfaltet hat. Nachfolgend soll mittels einer genauen Betrachtung der letzten Jahre Klarheit geschaffen werden: Was ist bis jetzt bei »out of area« passiert, wie wird das propagandistisch Dargestellt, welche Möglichkeiten gibt es, dieser Entwicklung entgegenzutreten und »abgefahrende Züge« zu stoppen?**

## Die Justiz macht den Weg für »out of area« frei

Im Juli 1994 segnet das Bundesverfassungsgericht Auslandseinsätze der Bundeswehr rechtlich ab. bis zu diesem Zeitpunkt steht der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg im Widerspruch zu dem bis dato gültigen verfassungsrechtlichen status quo. Das hält die Regierung in den Jahren zuvor freilich nicht davon ab, getreu dem Motto »legal, illegal, scheißegal«, ab Beginn der 90er Jahre die Verfassung des Landes zu ignorieren. Die verfassungsrechtliche Lage schreibt bis zum Juli 1994 vor, daß Bundeswehr-Soldaten im »*Verteidigungsfall*« im Bundes- und im »*Bündnisfall*« im NATO-Vertragsgebiet zum Einsatz kommen dürfen. Dennoch werden bei den Awacs-Aufklärungsflügen über Ex-Jugoslawien (außerhalb des NATO-Gebietes / »out of area«) ab 1992 Bundeswehr-Soldaten eingesetzt. Die Anrufung des Verfassungsgerichts zur Klärung der Frage, ob damit nicht eindeutig ein verfassungswidriger Einsatz erfolgt ist, endet mit einem Urteilspruch, der klar macht, daß die Justiz den von politischer Seite forcierten Prozeß der Aushöhlung verfassungsrechtlicher Beschränkung nicht stoppen wird. In dem Urteilsspruch wird im Kern gar nicht darauf eingegangen, ob die deutschen Soldaten aus verfassungsrechtlichen Gründen abgezogen werden müssen und die Regierung geltendes Recht gebrochen hat., sondern es wird schlicht bei einem Abzug eine Beeinträchtigung bei der Arbeit der Awacs-Verbands unterstellt und eine Gefährdung bei der Durchsetzung des Flugverbots befürchtet. Selbst Laien wird in diesem Fall nachträglich erfolgte, rechtliche Absegnung politischer Entscheidungen zu einer leicht zu durchschauenden Schmierenkomödie: die Urteilbegsündung ließt sich »*über weite Strecken wie die Zusammenfassung*« der Aussagen und Behauptungen von Bundeswehrverteidigungsminister RÜHE, NATO-Generalsekretär WÖRNER sowie führender deutscher Militärs, schreibt die Deutsche Presseagentur in einem Korrespondentenbericht aus Karlsruhe.[1]

## Die Bundeswehr vor neuen Aufgaben oder: »*Die Sozis haben doch´n Sockenschuß*«

Bei der Bundeswehr ist zu einem früherem Zeitpunkt, zumindest an der »Spitze«, die Bereitschaft zu erkennen, den auf politischer Ebene von konservertiver Seite eingeschlagenen Weg mitzugehen. Die hier weit oben in der Hierachie stehenden Befehlsempfänger von Verteidigungsminister Rühe lassen z.B. in Beiträgen für Militärzeitschriften deutlich erkennen, daß sie den eingeschlagenden Weg gutheißen und »ihre« Soldaten entsprechenden einstimmen. Die Stimmung an der Basis ist dagegen nur schlecht einzuschätzen. Der hohen Zahl an Kriegsdienstverweigerern steht aber auf jeden Fall eine große Zahl von »einfachen« Soldaten gegenüber, die für die »neue Aufgabe« motiviert für die herrschende Politik eingespannt werden können. Als im Sommer 1992 die Fregatte »Niedersachsen« in Wilhelmshafen Richtung Adria (zur ehemals jugoslawischen Küste) ausläuft, geben Matrosen des Schiffes auf Fragen von Journalisten kurze Statements ab. Auf die Frage, ob verfassungsrechtliche Bedenken habe, antwortet einer von ihnen »*Blödsinn. Die Sozis haben doch´n Kopfschuß*«[2].

## Die »out of area«-Debatte

Auf politischer Bühne steht jahrzehntelang die »out of area«-Option nicht zur Diskussion. Die ab 1991/92 nur noch auf den Papier gültigen, durch die Fakten außer Kraft gesetzten Beschränkungen durch die Verfassung des Landes werden bis Ende der 80er Jahre auch von der Bundesregierung anerkannt: Artikel 87a und 115a des Grundgesetzes in Verbindung mit Artikel 6 des NATO-Vertrages begrenzen wie eingangs beschrieben das Einsatzgebiet der Bundeswehr im »Verteidigungfall« auf das Bundes- und im »Bündnisfall« auf das NATO-Vertragsgebiet. Diese sich aus der Verfassung ergebenden Einschränkungen, die zum Selbstverständnis der Bundeswehr gehörten, werden bis Ende der 80er Jahre auch von der Bundesregierung unmißverständlich geteilt, ja sogar ausdrücklich betont. Das läßt sich mit einer Reihe von Aussagen belegen, eine soll exemplarisch aufgeführt werden: auf Anfrage gibt im August 1988 Regierungssprecher Herbert Schmülling bekannt, daß die Bundesrepublik sich aus den oben angegebenen Gründen nicht an UN-Friedenstruppen beteiligen kann – denn auch die UN wisse, »*... daß Grundgesetz und NATO-Vertrag den Einsatz von Bundeswehr-Soldaten außerhalb des NATO-Gebietes verbieten*«[3]. Diese Äußerung ist in Zusammenhang zusehen mit Grundgesetz-Uminterpretierungsversuchen, wie sie von einigen Unionspolitikern zu dieser Zeit in der Öffentlichkeit geführt werdden. Sie stellt damit auch ein »Züruckpfeifen« des damaligen Verteidigungsminister Scholz dar, der als erster in dieser Postion zur Frage des Einsatzes von deutschen Soldaten bei UN-Missionen eine gewisse Offenheit für neue Auslegung der Verfassungslage zu erkennen gegeben hat.

Im Mai 1988 ist zuvor von der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Forderung erhoben worden, Bundeswehreinsätze auch außerhalb des Bündnisgebietes der NATO möglich zu machen. Kurz darauf äußert der stellvertretende Berliner CDU-Landesvorsitzende HEINRICH LUMMER klipp und klar: Die »out of area«-Befürworter werden »... *nicht ruhen, bis Bundeskanzler und Bundesverteidigungminister grünes Licht geben für den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Bereichs*«[4].

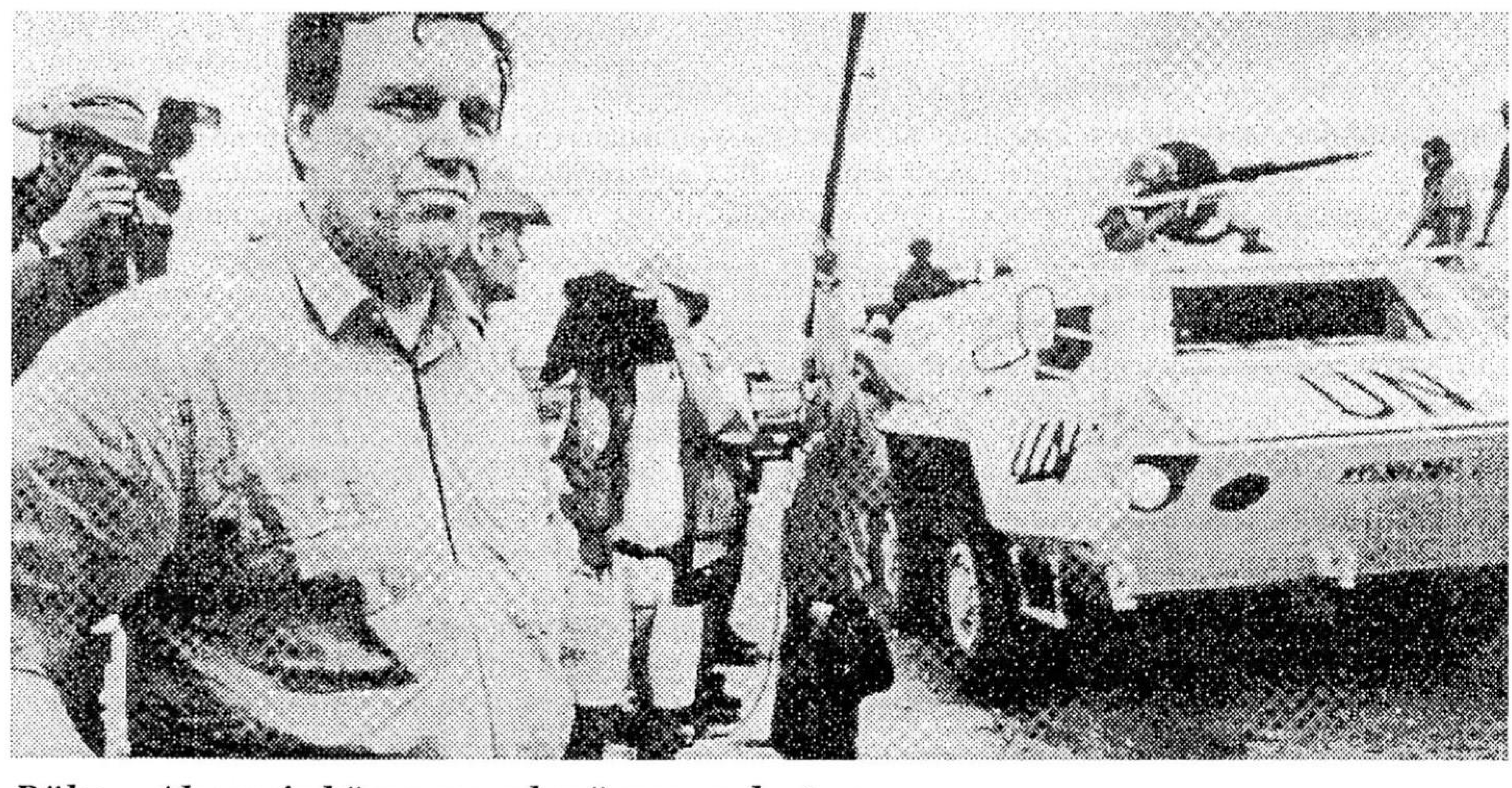
## Der Erfolg von Lummer & CO

Nur ein Jahr später kann die Stahlhelm-Fraktion innerhalb der CDU/CSU, die zu dieser Zeit z.B. im FDP-Bundestagsabgeordneten WERNER HOYER erste »Anhänger« außerhalb der eigenen Partei findet, einen wichtigen Erfolg verbuchen, der den Durchbruch zur kurz darauf mit Macht einsetzenden Entwicklungen bedeutet: im August 1989 werden 50 BGS-Beamte zur Verstärkung von UN-Truppen nach Namibia entsendet. »*Damit beteiligen sich erstmals in der Geschichte der BRD bewaffnete bundesdeutsche Uniformträger an einer UN-Friedensmission*«.[5]

Im Zuge der deutschen Vereinigung bekommen ab 1989/90 rechtspopulistische, deutsch-nationale Strömumgen so sehr Auftrieb, daß Themen wie Asyl, Innere Sicherheit und »out of area« den ehemaligen Minderheitendiskurs der politischen Rechten rasch verlassen. In der CDU/CSU/FDP-Koalition ist ab 1991 die Minderheitenposition aus dem Jahre 1988 (von Lummer&Co) zur offiziellen Regierungslinie avanciert. Gehandelt wird nach der Devise: Verfassung hin, Verfassung her, Fakten schaffen ist nicht schwer. Etwas anders, aber sinngemäß durchaus in sehr ähnlicher Weise, formuliert es Verteidigungsminister Rühe in dem Artikel »*Die Bundeswehr im 21.Jahrhundert*« Anfang 1993; die Marschroute der eingeschlagenen Politik wird ganz offen auf den Punkt gebracht: »*Der Anfang ist gemacht: Unsere Sanitäter in Kambodscha, unsere Heeresflieger zur Unterstützung der Vereinten Nationen im Irak, unsere Transportflieger in Sarajewo und Somalia – das sind die Regionen der Welt, in denen Deutschland seine internationale Solidarität bereits unter Beweis stellt. Aber wir können und müssen mehr tun*«[6]. Dieses Fakten schaffen hat sich als eine sehr erfolgreiche Strategie erwiesen, was allerdings auch nur deshalb trotz solcher Pleite wie Somalia (außer Spesen nichts gewesen) recht reibungslos funktionieren konnte, weil der Zustand der Opposition im Lande – sowohl parlamentarisch, wie auch außerparlamentarsich – es der »Bundeswehr-Weltweit-Fraktion« leicht gemacht hat.

## »Heimat-Front« Öffentlichkeit

Zu Beginn des Jahres 1993 lehnen die meisten Bundesbürger Einsätze deutscher Soldaten außerhalb des NATO-Gebietes ab, Kampfeinsätze unter UN-Kommando befürworten nur 15%[7]; das sind die Zahlen vor der »Bosnien-Debatte«. Diese ist entscheidend gewesen, um neue Aufgaben der Bundeswehr »schmackhaft« zu machen, ehemals oppositionelle Kreise in eine neue, bis vor wenigen Jahren noch völlig ausgeschlossene Politik miteinzubinden und ein Tempo vorzulegen, daß gegen diese Entwicklung arbeitende Personen und Gruppen völlig in die Defensive gedrängt hat. In der Offentlichkeit gar nicht, oder zumindest erst sehr spät und auch nur am Rande ist z.B. in den Debatten um den Krieg auf dem Balkan die Rolle Deutschlands diskutiert worden. Nach einer Statistik, die im Spiegel abgedruckt gewesen ist (NR.32/1994, S.121), hat Deutschlande immerhin bei dem Bruch des Waffenembargos, bei der illegalen Aufrüstung Kroatiens (vgl. Motto bei der Aushöhlung verfassungsrechtlicher Beschränkungen bei dem Thema »out of area«) eine entscheidenden Rolle gespielt. Doch dieses Thema findet kaum Beachtung. Dagegen ist die Dabatte von konservativer Seite bestens instrumentalisiert worden und das Ergebnis am Ende kann sich – aus dieser Sicht der Dinge – sehen lassen: Deutschland schickt Bundeswehr-Soldaten auf den Balkan und einem »*Kampfauftrag*« (Generalinspekteur NAUMANN), einem unter NATO-Kommando (!) stehenden Einsatz, erteilen bei der Abstimmung im Bundestag auch 22 Büdnisgrüne die Zustimmung. Wenn das kein Erfolg auf der ganzen (»out of area«-) Linie ist .




*Rühe: »Aber wir können und müssen mehr tun.«*

## Propagandistische Begleitmusik

Die Lehren aus dem Vietnam-Krieg, als Bilder von vor US-Napalm-Bomben fliehenden Kindern per TV um die Welt gegangen sind und eine starke Anti-Kriegs-Bewegung entstand, sind bei den Berichterstattungen schon lange gezogen: das Zusammenspiel von Propaganda und Zensur während des Golfkrieges 1991 sind dafür beispielhaft. Dazu gibt es offene Worte von Militärs, die ihre Vorgehensweisen und Ziele keineswegs verschleiern. »*Es gibt Leute die sagen, die Medien seien der Feind. Doch sie sind eher ein Schlachtfeld. Darauf müssen wir gewinnen*«, so ein hoher US-Offizier.[8] Verschleiert oder besser gesagt gelogen bis sich die Balken biegen wird hierzulande bei diesem Thema auf politischer Bühne. Ein Beispiel dafür ist die Antwort von Rühe, der Mitte 1992 nach zukünftigen Bundeswehr-Einsätzen befragt , genauer gesagt auf die Frage »*Sind 'out of area'-Einsätze ausgeschlossen?*« erwidert: »*Es geht nicht um 'out of area'. Aber es ist klar, daß – vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen – Erwartungen auf uns zukommen*«[9]. Das »nicht« im ersten Teil der Antwort kann getrost gestrichen werden. Diese, wie zahlreiche andere Antworten der für die eingeschlagene Entwicklung Verantwortlichen, sagen zwar unmittelbar nichts über die tatsächliche Absichten aus bzw. verleugnen diese, geben aber sehr viel Aufschluß über die gewählte propagandistische Begleitmusik zur Einstimmung auf weltweite Einsätze der Bundeswehr. Es geht danach nur darum »Erwartungen zu erfüllen«, »Verantwortung übernehmen«, »Internationale Solidarität« zu üben – eine Losung wird in ihr Gegenteil verkehrt – ,»nicht im Abseits zu stehen«, »zur Normalität zurückzukehren«, »die Herausforderung der Zukunft anzunehmen« usw. usf., der Phrasendrescherei und Schönfärberei sind da keine Grenzen gesetzt. Insbesondere der Begriff »Verantwortung übernehmen« ist zu soetwas wie einem ideologischen Kampfbegriff der »out of area«-Befürworter geworden. Die entsprechenden PR-Abteilung im Verteidigungs- und Außenministerium scheinen ihn zum durchschlagekräftigsten Argument erklärt zu haben, wird er doch bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gebetsmühlenartig in die Öffentlichkeit gebracht. Es handelt sich freilich auch un

eine äußerst geeigneten Floskel, um die eigeschlagenden Entwicklung »positiv zu besetzen«: die eigene Politik ist verantwortungsvoll, Kritik daran – dieser Logik entsprechend – verantwortungslos. Wie erfolgreiche Propaganda gewesen ist und wie schnell die gewünschten Ergebnisse erzielt werden konnten zeigt die Aussage des CDU-Parlamentariers HORNHUES, der noch 1992 feststellt, daß *»vorerst nur Blauhelm-Missionen in Frage kommen, da weder die Bevölkerung für Einsätze unserer Streitkräfte im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme wie NATO und WEU psychologisch, noch Bundeswehr technisch und organisatorisch vorbeitet ist«*[10].




Die »geistige Mobilmachung« hat Verteidigungsminister Rühe Anfang 1993 eingeläutet: *»Soldat sein heißt, sich extremen Situationen stellen zu können. Das beginnt bei besonderen persönlichen und familären Belastungen, schließt ein die körperlichen und geistigen Herausforderungen in der Ausbildung und reicht in letzter Konsequenz bis zum Einsatz des Lebens für die Freiheit Deutschlands und den Frieden in Europa UND DER WELT«* (Hervorhebung d.d.Autor)[11]. Die Bosnien-Debatte ist in der Folge das propagandistische Feld gewesen, wo die oben beschriebene Phrasendrescherei eine politische Diskussion um die Rolle Deutschlands beim Krieg auf dem Balkan (Stichworte: Anerkennungspolitik, Aufrüstung Kroatiens) völlig überlagert und letztlich zu den gewünschten Ergebnissen geführt hat.

## »Imperalismustheorien« oder: wie sagen wir´s dem Volke

Die Behauptung kritischer Menschen, mit der tiefgreifendsten Zäsur deutscher Außenpolitik seit 1945[12] beschreite die Regierung einen Weg, der auf die weltweite militärischen Interventionsfähigkeit und die Durchsetzung imperialer Ziele setzt, wird von den dafür verantwortlichen Politikern (Politikerinnen spielen dabei kaum eine Rolle) zurückgewiesen. Interessant ist es, die Beiträge zu lesen, die von diese Politik vertretenden Politikern und Militärs geschrieben werden: in etwas anderer Wortwahl, aber genau in dem oben kritisch angemerkten Sinn werden »die Aufgaben der Zukunft« beschrieben – lehnen wir uns also mal 3 Minuten zurück und lassen die Argumente dieser Herren unkommentiert, ohne eigene Interpretation und Wertung Revue passieren.

*»Moderne Industrienationen sind heute nicht mehr in der Lage sich selbst zu versorgen. Sie sind auf weltweite Verbindungen angewiesen, um z.B. produktionswichtige Rohstoffe zu importieren und devisenbringende Erzeugnisse zu exportieren. Entsprechend ist auch nicht mehr nur das Staatsgebiet von vitalen Interesse, sondern ebenso die notwendigen internationalen Verbindungen.«*[13]

*»Unsere Streukraft müssen vielseitig genug ausgebildet sein, um auf jeden Angriff reagieren zu können, was bedeutet, daß wir in der Lage sein müssen, Streitkräfte von einer Region in eine andere zu verlegen. Dies verlangt die Art von Mobilität, die wir im Golfkrieg erlebten.«*[14]

*»Scharfschützenausbildung oder Ausbildung für Ort- und Waldkampf werden für Soldaten nützlich sein, die im 'Low Intensity Conflict' zum Einsatz kommen. Es liegt auf der Hand, daß gerade die leichte Infanterie unserer Krisenreaktionskräfte mit ähnlichen Konfliktsituationen konfrontiert werden kann.«*[15]

Nach einem noch von Verteidigungminister STOLTENBERG ausgearbeiteten Grundsatzpapier definiert die Hardthöhe zukünftige Aufgaben der Bundeswehr wie folgt: *»...die Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnten«*, die *»Förderung und Absicherungen weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität, sowie die Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen«.*[16]

Noch Fragen? Militärstrategen und zukünftige Kriegsherren erteilen gerne Auskunft!

## Der Zug ist abgefahren – halten wir ihn an

Die oben dargestellte propagandistische Begleitmusik für die gegenwärtige Entwicklung und die für sich sprechenden Argumente, wozu das alles auf den Weg gebracht wird, bietet den zu dieser Politik in Opposition stehenden Personen und Gruppen an sich genug Angriffsflächen für eine erfolgversprechende Aufklärungsarbeit. Es ist ein einfaches darauf hinzuweisen, daß heute selbst Politiker und Militärs in den USA freimütig zugeben, der Krieg zur vermeintlichen Befreiung Kuweits, sei ein Krieg um das Öl gewesen.

Die »Aufgaben der Zukunft« werden natürlich wieder und wieder in Namen der Menschenrechte, des Friedens – und was sonst noch alles zum Standartreportoire kriegsvorbereitender und kriegsführender Herren gehört – geführt. Doch das läßt sich im Einzelfall meistens sehr gut als »Begleitmusik« entlarven, die die zentralen Interessen verschleiern soll; darauf sollte viel mehr hingewiesen werden.

»Verantwortung übernehmen« – weltweit; was heißt das anderes, als sich gegen die Aufrechterhaltung der bestehenden internationalen Arbeitsteilung zu wenden, die in vielen Ländern Unterdrückung, Ausbeutung, Vertreibung und Krieg zur Folge hat?

»Verantwortung übernehmen« – weltweit; das heißt, sich engagieren gegen die stattfindende Entwicklung in der Bundesrepublik. Nicht mehr und nicht weniger! ■

1) vgl.: TAZ 10.04.1993
2) TAZ 27.07.1992
3) Frankfurter Rundschau 15.08.1988
4) Frankfurter Rundschau 20.06.1988
5) Frankfurter Rundschau 31.08.1989
6) V. Rühe in Europäische Sicherheit 1/93, S.8
7) vgl.: TAZ 6.1.1993
8) in: Stein (Hrsg.), Nachgedanken zum Golfkrieg, S. 227
9) Bundeswehr Aktuell, 12.05.92, S.3
10) FAZ 16.6.1992
11) V.Rühe in Europäische Sicherheit 1/93, S.12
12) vgl.: A. Lederer in DRITTE WELT 2/93, S.7ff
13) Oberst i.G. Alphart v.Horn in Wehrtechnik 10/91, S.29
14) General John R. Galvin (Oberster Allierter Befehlshaber in Europa) in Nato-Brief Nov/Dez 91, S.16
15) Brigadegeneral G. Koch in Soldat und Technik 4/92, S.245
16) aus: Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr in TAZ 7.2.92

**Dieser und der folgende Artikel wurden uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt von der Kampagne gegen Rüstungsexporte Bahnhofstraße 18, 65510 Idstein Tel.: 06126 / 55683 Fax.: 06126 / 54660**



# Aktuelle Tendenzen beim Rüstungsexport: Zeitenwende 2000?




# Staatliche Waffenschieber

**Die Rüstungsausgaben gehen weltweit zurück – soweit die gute Nachricht. Es gibt aber auch eine schlechte: Deutschland sichert sich einen immer größeren Anteil am Kuchen des internationalen Rüstungsmarktes.**
**Das Volumen des weltweiten Waffenhandels sank nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums von jährlich rund 66 Mrd. US-$ 1981-88 auf rund 21Mrd. US-$ 1993.Die deutschen Exporte dagegen blieben in dieser Zeit- bis auf gelegentliche Ausreißer nach oben- bemerkenswert stabil. Die Bedeutung und der Marktanteil Deutschlands als Rüstungsexporteur nahm zu. Nach neusten Meldungen des unabhängigen Friedensforschungsinstitutes SIPRI liegt Deutschland 1994 sogar mit deutlichem Abstand an zweiter Stelle hinter den USA und vor Großbritannien.**

## Der Aufstieg an die Spitze

1987 erreichte das internationale Wettrüsten seinen Höhepunkt: Nach Angaben von ACDA (US Arms Control and Disarmament Agency) wurden weltweit rund 1260 Milliarden US-$ für das Militär ausgegeben.

Doch nun brach für die Rüstungsindustrie schlechte Zeiten an: Im Norden ging der Ost-West-Konflikt zu Ende, im Süden das Geld aus. Weltweit wurden die Rüstungsausgaben und vor allem die Rüstungsexporte zurückgefahren.

Insbesondere in Osteuropa, aber ebenso in Lateinamerika und in Afrika waren die Einbrüche enorm. Viele hochverschuldete Staaten konnten sich keine weiteren Rüstungskäufe mehr leisten, zumal auch die Militärhilfe der USA und der UdSSR massiv gekürzt wurde.

Sogar im Mittleren Osten und in Ostasien wurde weniger Geld für Rüstung ausgegeben, der kurzfristige »Aufschwung« durch den Zweiten Golfkrieg konnte den Trend nicht umkehren. Hier, wie auch in Westeuropa war aber der Rückgang wesentlich geringer und teilweise zeitverschoben, so daß die Bedeutung dieser Absatzgebiete zunahm.

Tiefgreifende Veränderungen gab es auch auf der Verkäuferseite: Während die Lieferungen der UdSSR oft politisch motiviert und entsprechend »preisgünstig« waren, verkaufte Rußland nun plötzlich nur noch gegen harte Devisen. Da die meisten traditionellen Abnehmer da nicht mitziehen konnten, fielen die russischen Exporte – nach US-Schätzungen – wertmäßig von 27 Mrd. US-$ 1988 auf 2,6 Mrd. US-$ 1993, von rund 40% des Weltmarktanteils auf knapp 12%.

Doch nicht nur die russischen Exporteure litten unter dem Zusammenbruch des Marktes. Den USA und Großbritannien gelang es zwar – mit einzelnen Einbrüchen – , ihren Umsatz zu halten, Frankreich jedoch hatte schon größere Schwierigkeiten. Gute Abschlüsse in Einzeljahren konnten den Gesamttrend nach unten nicht verdecken. Während ACDA Anfang der 80er Jahre noch französische Lieferungen von mindestens 5 Mrd. US-$ jährlich verbuchte, sank zwischen 1991 bis 1993 der Jahresumsatz kontinuierlich von 1,6 Mrd. auf 0,7 Mrd. US-$.

Deutschland dagegen machte eine Sonderentwicklung durch: Mitte der 80er Jahre stabilisierten sich die jährlichen Exporte zunächst zwischen 1,3 Mrd. und 1,5 Mrd. US-$ jährlich, um dann – so ACDA und SIPRI übereinstimmend, wenn auch mit leicht unterschiedlichen Wertansätzen – zwischen 1989 und 1991 steil anzusteigen und mit über 2,5 Mrd. US-$ an die Rekordergebnisse 1983/84 anzuknüpfen. 1992 und 1993 fielen die Zahlen wieder, nach ACDA auf 1,1 Mrd. jährlich, nach neusten SIPRI-Angaben

## Embargobrecher Deutschland

*»Embargos funktionieren nicht«*, so das Credo der Bundesregierung. Setzt man hinzu »solange wir nicht mitmachen«, gibt es die Realität wieder. Immer wieder haben bundesdeutsche Unternehmen, in aller Regel mit Billigung oder sogar Unterstützung der Bundesregierung, internationale Embargos umgangen und gebrochen. Das frühere Apartheid-Regime in Südafrika hätte ohne deutsche Unterstützung nie die große und mächtige Rüstungsindustrie aufbauen können, die mit ihren Exporten etwa in den Sudan auch der jetztigen Regierung Mandela ein großes politisches Problem bereitet.

Angesichts dieser Tradition verwundert es nicht, in den vom Mai 1995 durch die Bundesregierung veröffentlichten Daten zu *»Exportgenehmigungen nach dem Außenwirtschafts- und Kriegswaffenkontrollgesetz für das Jahr 1994«* auch Kroatien und Bosnien-Herzegownia unter den Empfängerländern zu finden. Für Abschnitt A der Ausfuhrliste *»Waffen, Munition und sonstige Rüstungsgüter«* wurden – trotz geltendem UN-Embargo – neun Firmen insgesamt 12 Genehmigungen im Gesamtwert von 8,1 Mio. DM ausgestellt; für Bosnien-Herzegowina wird zumindets eine Genehmigung ausgewiesen, allerdings ohne Wertangabe. Hinzu kommen Lieferungen von Nukleartechnologie, strategischen Gütern und Chemieanlagen in beide Länder, wie auch nach Slowenien und Mazedonien. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß die aus Deutschland an Kroatien gelieferten Rüstungsgüter bei der Erstürmung der UN-Schutzzone Krajina Verwendung fanden. Aber auch ohne Lieferungen ist mittlerweile bekannt, daß der Großteil der Ausrüstung der kroatischen Armee einst bei der Bundeswehr und der NVA Verwendung fand oder aber in der BRD bzw. mit deutscher Lizenz produziert wurde. Die Verwicklung deutscher Behörden in diese Lieferungen bestätigt, daß Deutschland wichtigster Verbündeter Kroatiens und damit Kriegspartei im bosnischen Krieg ist.

auf 1,6 Mrd. bis 1,8 Mrd. Für das Jahr 1994 eröffneten sich mit einem neuen Exportrekord von (laut SPRI) 3,1 Mrd. US-$ sogar völlig neue Perspektiven: Deutschland wurde mit großen Abstand zweitgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Schon zuvor hatte Deutschland Frankreich als viertgrößten Waffenexporteur überrundet, so ACDA; laut SPRI war es sogar schon 1990 in jedem Jahr drittgrößter Exporteur vor Großbritannien.

## Wie man auf Verzerrungen mit Verzerrungen antwortet

### Über den heroischen Kampf gegen eine böswillige Presse

Zitat aus einem internen Papier der Bundesregierung (Az. 250-370.20/7 vom 2.11.1995; betr. VN-Waffenregister, hier: Bilanz der ersten beiden Jahre seit Bestehen des Registers):

»4. *Die deutschen Waffenexporte in den Jahren 1992/1993 brachten uns in der Registerskala vor allem wegen des (ab dem kommenden Jahr abnehmend) Transfers von Waffen der ehemaligen Nationalen Volksarmee jeweils auf den zweiten Platz. Dies ist nach der Veröffentlichung des VN-Berichtes Anfang des Monats erneut verzerrt von der in-und ausländischen Presse aufgegriffen worden. Die dazu verfaßte Sprachregelung ist in Anlage 2 beigefügt. Kernpunkt unserer Erwiderung ist, daß knapp 97% der deutsche Waffenexporte (gerechnet die Stückzahl) an NATO-Partner und der NATO gleichgestellte Länder erfolgt ist. In den Kategorien Kampfpanzer, Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber und Raketen ist kein Waffensystem an ein Land außerhalb der oben genannten Gruppierungen transferiert worden. Dies und der Anteil des Waffenexportes an den deutschen Gesamtausfuhren in Höhe von lediglich 0,4% belegt die von der Bundesregierung seit Jahren verfolgte restriktive Außenpolitik. Hierauf haben wir auch in einer besonderen Anmerkung zu unserer Meldung zum VN-Waffenregister ausdrücklich hingewiesen. Zu vermerken bleibt schließlich, daß im Gegensatz zu uns etwa bei den Exporten Frankreichs und Großbritanniens jeweils etwa 96% bzw. nahezu 100% der gemeldeten Waffensysteme an nicht-europäische Staaten abgegeben wurden. Bei den USA stehen die Exporte in NATO-Staaten immerhin im Verhältnis 5 zu 1. Dies gibt uns ergänzende Argumentationsmöglichkeiten, falls erneut Negativmeldungen in der Presse auftauchen sollten.*«

### Altwaffen-Entsorgung

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hat sich aber noch etwas verändert: Mehr und mehr ist es der Staat, die Bundesregierung, die als Hauptexporteur auftritt. Mit den Vereinigungsverträgen war eine internationale Verpflichtung zur Abrüstung verbunden. Dieser aber wurde nur selten durch die Verschrottungen der überflüssigen Waffensysteme von der Bundeswehr und NVA verwirklicht, in der Regel wurde das Gerät exportiert. Da auch andere Staaten ihre Altwaffen abstießen, hat sich der Handel mit »Second hand«- Waffen weltweit enorm ausgedehnt und die Produzenten von Neuwaffen weitere Marktanteile gekostet. Nicht jeder Staat will und kann sich immer die neusten Entwicklungen leisten; »alte« Waffen – meist höchstens 20 Jahre alt, laufend modernisiert und deshalb nahezu auf aktuellem technischen Stand – erfüllen ihren Zweck genauso »gut« und sind wesentlich günstiger im Preis.

Aber auch an den »Altwaffen«-Lieferungen verdient die deutsche Industrie in aller Regel mit. Herausragendes Beispiel ist wohl die Lieferung von 39 NVA-Schiffen an Indonesien; offiziell vereinbart war ein Kaufpreis von rund 20 Mio. DM. Die mit diesem Geschäft verbundenen Aufträge für die deutsche Industrie, etwa bei der Modernisierung und Neuausstattung der Schiffe, beim Ausbau indonesischer Häfen und Werften sowie für die Schulung und Weiterbildung von indonesischem Marine- und Werftenpersonal ließen das Gesamtvolumen auf rund das 70fache ansteigen, größtenteils mit Krediten und Bürgschaften aus deutschen Steuergeldern finanziert bzw. abgesichert. Nur ein geringer Teil dieser enormen Summe – von der der indonesische Finanzminister bisher allerdings nur rund 320 Mio. US-$ zu zahlen bereit ist – taucht in den internationalen Statistiken dann als Rüstungsexport auf.

Das Beispiel zeigt aber auch, daß es der Bundesrepublik nicht einfach nur um die »Entsorgung« überschüssiger Waffensysteme geht; das hätte billiger und sicherer durch die Verschrottung der Schiffe geschehen können, rechnet man all die Folgekosten ein. Neben dem Effekt der Auftragsvermittlung an deutsche Konzerne spielen geostrategische Überlegungen eine wichtige Rolle. Indonesien ist ein lange Jahre gepflegter Verbündeter in Südostasien; gerade jetzt, da das US-Verteidigungsministerium (DOD) in einer Studie über die zukünftige Entwicklung der Rüstungsmärkte die Auseinandersetzungen in Ostasien um unbestimmte Wirtschaftszonen, wie die Spratly-Inseln und um die Kontrolle wichtiger Schiffahrts- und Kommunikationsverbindungen, wie der Malakka-Straße als einen wichtigen Bestimmungsfaktor zukünftiger Rüstungsnachfrage benennt, gewinnt die deutsch-indonesische Partnerschaft an Bedeutung. Allerdings wurde auch Singapur, im Konflikt um die Malakka-Straße einer der Konkurrenten Indonesiens, eifrig beliefert.

Ein weiterer wichtiger Empfänger deutscher Rüstungsexporte war die Türkei, die eine Führungsrolle als Regionalmacht im Mittleren Osten und in Zentralasien anstrebt – es geht offenbar um eine Wiederauflage der alten imperialen Kumpanei zwischen Deutschem und Osmanischem Reich. Und wer an die Türkei liefert, muß auch an deren Erzfeind Griechenland liefern, will er keine NATO-Krise heraufbeschwören. So verwundert es nicht, wenn laut SIPRI die Türkei unter den weltweit wichtigsten Waffenimporteuren 1990-94 an dritter Stelle (hinter Saudi-Arabien und Japan) und Griechenland an vierter Stelle steht.

Die Bundesregierung nutzt offenbar zunehmend Rüstungsexporte als Mittel einer eigenständigen und oft kurzsichtigen Machtpolitik, teilweise auch in Konflikt mit den USA oder europäischen Bündnispartnern. Nur so sind auch die unter Beteiligung des BND arrangierten Lieferungen, vor allem von NVA-Waffen, an Kroatien zu erklären.

### Neue Waffengenerationen

Zugleich laufen die Entwicklungs- und Beschaffungsprogramme für die »neue« Bundeswehr an. »Neue« Bundeswehr, d.h. vor allem »*Krisenreaktionskräfte, die zu flexibleren, mobilen und weiträumigen Einsätzen fähig sein müssen*«[1]. Weltweite Einsatzfähigkeit ist das Ziel, nicht nur im Rahmen der UNO, sondern auch, um die eigenen Interessen überall »verteidigen« zu können – eine Rückkehr zur Kanonenbootpolitik des letzten Jahrhunderts, die den ersten Weltkrieg mündete. Gut 30 Milliarden DM sollen in den nächsten Jahren für diese neuen Rüstungsprogramme ausgegeben werden. Da der Rüstungsmarkt weltweit in eine ähnliche Richtung geht, bedeutet das natürlich auch zukünftig verbesserte Exportchancen für die deutsche Industrie. Dabei spaltet sich der Markt in zwei Bereiche: Teure HiTec für die Reichen, die mit weniger Soldaten größere Schlagkraft erreichen wollen, und andererseits relativ preisgünstige, leichte Systeme, bei denen zum Beispiel die Luftverladbarkeit im Vordergrund steht; diesen Bereich geht von Mehrzweckhubschraubern, wie dem Bo-105 bis zum Wiesel-Luftlandepanzer und verbesserter Infanterieausrüstung – alles Dinge, die gerade für Regime, wie in der Türkei oder in Indonesien interessant sind, um gegen die Opposition im eigenen Land eingesetzt zu werden, aber auch für schnelle Übergriffe in fremdes Territorium oder die vorsorgliche Besetzung unstrittener Inseln, ob in der Ägäis oder im Malaisischen Archipel.

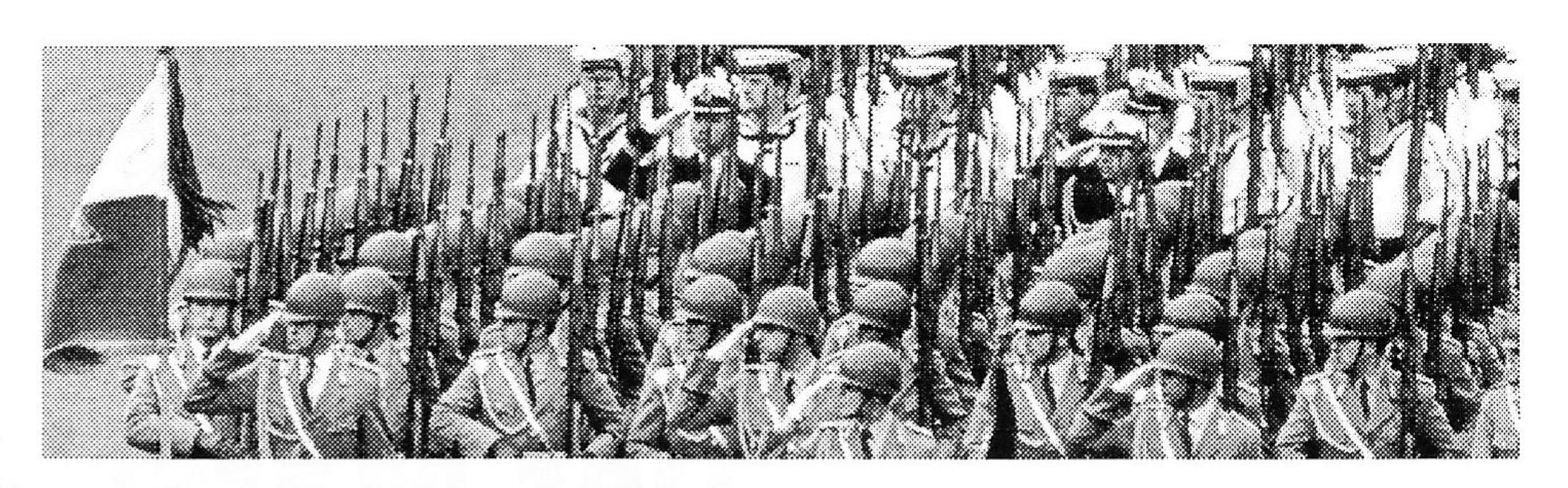
## Prognosen für die zweite Hälfte der 90er Jahre

Die bereits erwähnte Studie des US-Departments of Defense (DOD) geht davon aus, daß der weltweite Waffenhandel 1991-2000 mit rund 320 Mrd. US-$ nur etwa das halbe Volumen der 80er Jahre erreichen dürfte. Verträge über etwa ein Drittel dieser Summe waren Mitte 1994 bereits unter Dach und Fach, wenn auch nur z.T. bereits als Lieferung wirksam geworden; in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wird nach der Studie Süd-Ost-Asien den Mittleren Osten als wichtigste Abnehmerregion überflügeln, während Europa dichtauf an dritter Stelle folgt.

Als wichtigsten Wachstumsmarkt benennt die Studie den Bereich der Rüstungselektronik, hier als »C31« (»*command, control, communications and intelligence*«) bezeichnet; dazu gehören auch die sog. »Drohnen« – unbemannte Aufklärungsflugkörper – und teilweise lasergesteuerte Präzisionsmunition. Allerdings dürfte der Marktanteil solcher Systeme 2% noch nicht übersteigen. Von größerer Bedeutung sind der Flugzeugbereich (48%), Hubschrauber (10%), Militärfahrzeuge (11%), Raketensysteme (11%) und Kriegsschiffe (15%). In allen Bereichen ist Deutschland ein erfolgreicher Wettbewerber; der Sektor Kriegsschiffe ist aber der einzige Markt, in dem nicht die USA, sondern Deutschland der eindeutige Marktführer ist, mit 35% der bisherigen Vertragsabschlüsse für die 90er Jahre, gefolgt von Schweden und den USA mit jeweils 25%. Das DOD rechnet mit einem abnehmenden Marktanteil der USA zugunsten Deutschlands. Außerdem sieht es große Marktchancen für den eigentlich doch schon betagten Alpha Jet, aufgrund seines günstigen Preis-Leistungsverhältnisses. Zusammen mit dem guten und ausbaufähigen Marktanteil von über 8% bei den Militärfahrzeugen – vor allem durch Panzerverkäufe – macht dies Deutschland zu einem der führenden Rüstüngsexporteure der 90er. Dabei ist die Beteiligung Deutschlands am Europäischen Helikopter-Konsortium, das mit dem NH-90 schon 34% Marktanteil bei den bisherigen Abschlüssen im Hubschraubermarkt erringen konnte, noch gar nicht eingerechnet.

## Und wir?

Das alles zeigt: Es gibt immer noch genug zu tun für eine Kampange gegen Rüstungsexporte. Wir haben schon viel erreicht: Rüstungsexporte haben viel mehr Öffentlichkeit und werden vor allem wesentlich kritischer beurteilt als dies noch Anfang der 80er Jahre der Fall war. Verschiedene Einzelexporte konnten tatsächlich verhindert werden, ebenso eine weitere Aufweichung der Exportrestriktionen.



Doch nun scheint, nach dem letzten Aufbäumen während des Zweiten Golfkriegs, der Elan der Friedensbewegung endgültig erlahmt, und prompt kommen die Ratten aus ihren Löchern: Industrie und einzelne Parlamentarier fordern die »*Harmonisierung der Exportkontrollen*« in der EU mit dem Ziel, die Kontrollen aufzuweichen und die Verantwortung dafür auf die EU-Ebene zu verlagern. Der BND mischt wieder im Rüstungsschieberspiel mit, siehe Kroatien; die Industrie droht mit dem Verlust tausender Arbeitsplätze, wenn bestimmte Rüstungsprojekte nicht durchgeführt und bestimmte Exportgeschäfte nicht genehmigt werden. Und völlig unbehelligt von irgend welchen Exportbeschränkungen sorgt die Bundesregierung als oberste Genehmigungsbehörde und Exporteur zugleich für neue Rekorde.

Doch obwohl es heute weniger gibt, die in der Kampagne aktiv sind, ist zugleich die Zahl derer gewachsen, die gegen Rüstungsexporte sind. Aus diesem »Kapital« müssen wir etwas machen, dieses Potential aktivieren. Gefragt sind fantasievolle Aktionen, die Spaß machen. Da aber sind nicht nur die »Altaktivisten« gefragt, jede und jeder kann ihre/seine Fantasie spielen lassen. Wer Ideen für gute Aktionen hat oder solche schon durchgeführt hat, sollte dies auch im Kampagnenbüro melden, damit wir diese Ideen anderen weitergeben können.

Wir werden weiterhin Telefon-, Brief- und Faxaktionen zu aktuellen Anlässen starten, um den verantwortlichen PolitikerInnen mit massenhaftem Protest zu begegnen. Auch öffentlichkeitswirksame, satirische Kampangen wie »Eine Brille für Herrn Kinkel« waren wirkungsvolle Aktionen, die einer Neuauflage wert sind. Und jedes Jahr zu Weihnachten werden wir das Schwarze Schaf an diejenige Persönlichkeit verleihen, die sich am stärksten »um die Steigerung deutscher Rüstungsexporte verdient gemacht hat«. Doch all dies reicht nicht, wenn nicht überall aus Deutschland ähnliche Initiativen kommen. Politische Arbeit kann nicht nur deligiert werden: Wer will, daß sich etwas ändert, muß sich auch selbst dafür einsetzen und engagieren. Tun wir was! ■

---

1) K. Schloenbach, Unterabteilungsleiter Rü II im BMV, in: Europäische Sicherheit 6/95

## Quellen

Trotz Einrichtung des UN-Registers für Rüstungstransfers sind verläßliche Zahlen zum Rüstungsexport immer noch schwer zu bekommen, zu mal dieses UN-Register nur wenige Großwaffenkategorien erfaßt und auf freiwillige Meldungen der Mitgliedsstaaten angewiesen ist. Etwas weiter gefaßt sind die Kategorien des Stockholmer Friedensforschungsinstitutes SIPRI, das sich auf öffentlich zu gängliche Quellen, wie Zeitungsmeldungen und Ähnliches stützt. Auch hier werden aber nur Großwaffen erfaßt.

Die US-amerikanische Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (ACDA) dagegen versucht ein breiteres Spektrum zu erfassen; nicht zu letzt wegen der Benutzung von durch den CIA bereitgestellten Daten gilt ihre Bewertung aber oft als politisch gefärbt. Generell stellt die wertmäßige Erfassung von Rüstungsexporten ein Problem dar, da nur selten Einzelheiten der Kaufverträge bekannt werden; deshalb werden in der Regel die gelieferten Produkte erfaßt und anschließend aufgrund ihres Alters, ihrer Ausstattung und ihres aktuellen Marktpreises – soweit bekannt – bewertet. Bei den durch die Bundesregierung jährlich auf Anfragen im Bundestag bekanntgegebenen Zahlen über erteilte Genehmigungen besteht dieses Problem nicht. Allerdings tut die Bundesregierung alles, um eine Zuordnung der Genehmigungswerte zu einzelnen Geschäften oder Produkten zu verhindern; bei weniger als drei Antragstellern wird für das betreffende Land gar kein Genehmigungswert bekanntgegeben. Außerdem führt nicht jede erteilte Genehmigung automatisch zu einem Export, oft werden Genehmigungen auch vorsorglich beantragt. Die in diesem Artikel verwendeten Angaben und Zahlen stammen überwiegend aus:

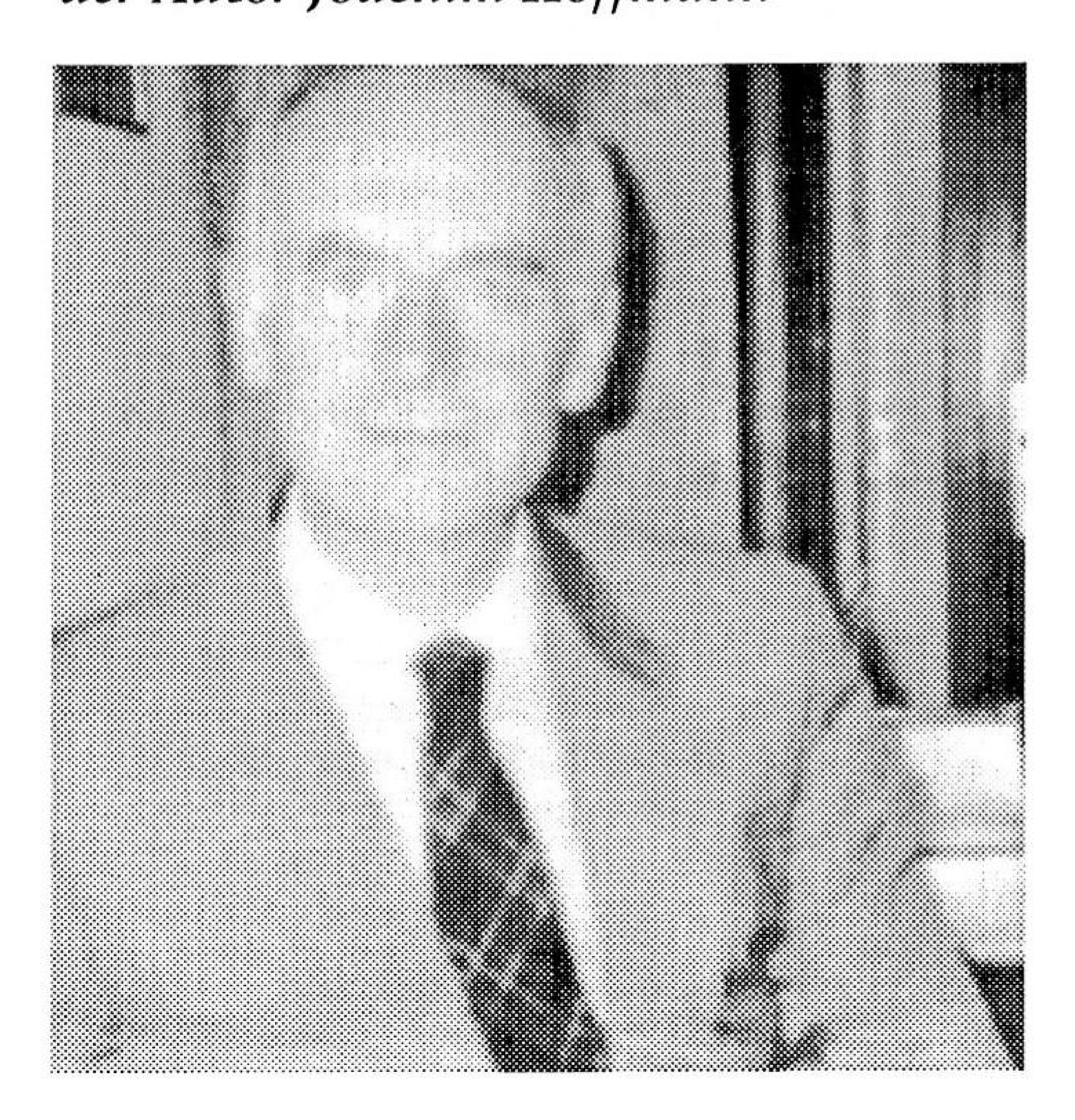
- US Arms Control and Disarmament Agency (ACDA): World Military Expenditures and Transfers 1993-1994; Washington D.C., Februar 1995;
- US Department of Defense (DOD); World-Wide Conventional Arms Trade (1994-2000). A Forecast Analysis; Washington D.C., Dezember 1994
- SIPRI Yearbook1995, Stockholm 1995

# Geschichtsfälscher

# Der Marsch durchs Militärgeschichtliche Forschungsamt

**Im Militärischen Forschungsamt der Bundeswehr ist eine Veröffentlichung entstanden, die den Vernichtungskrieg der Nazis gegen die Sowjetunion zu einem Präventivkrieg umdeutet, starke antisemitische Züge trägt und vermutlich nur knapp am Straftatbestand der »Auschwitzleugnung« vorbeilaviert.**

*der Autor Joachim Hoffmann*



Das neue Buch von JOACHIM HOFFMANN heißt »Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945« und ist, wenn gleich der Autor jüngst pensioniert wurde, noch im MILITÄRGESCHICHTLICHEN FORSCHUNGSAMT (MGFA) zustandegekommen. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, so Hoffmanns Hauptaussage, sei ein Präventivkrieg gewesen, denn eigentlich habe Stalin mit Hilfe eines »*antideutschen Volks- und Rassenhasses*« die Vernichtung des deutschen Volkes geplant. Hitler sei ihm nur knapp zuvorgekommen. Bei der Zahl von sechs Millionen ermordeter Juden handle es sich »*um eine Zahl der Sowjetpropaganda*«. Ebenso wie für das »*Auschwitzproblem*« mag er auch für die »*Gasangelegenheit*« keine rechten Beweise finden und verweist dafür auf eine »*mit Kenntnis und Scharfsinn*« geführte Debatte in der inoffiziellen Literatur und den »*abgelegenen Publikationen*«, die jedoch »*durch amtlich dekretierte Denk- und Formulierungsverbote*« beeinträchtigt seien. Dieser codierte Rückgriff auf die »Auschwitzlüge« machte es wohl erforderlich, das Buch vorab auf mögliche Straftatbestände überprüfen zu lassen, was von dem Vorsitzenden Richter JOHANN BIRK aus Freiburg erledigt wurde. Er wird Hoffmann wohl auch empfohlen haben, Behauptungen wie, die bolschewistische Herrschaft in den 20er Jahren habe »*tatsächlich gewisse 'jüdische' Züge*« getragen, als Zitate zu kennzeichnen.

## Von der Revision der Geschichte...

Hoffmann ist nach ERNST NOLTE der zweite Aktivist des Historikerstreites aus den 80er Jahren, der damit seine Nähe zum Rechtextremismus dokumentiert. Dafür hat er schon 1992 den Kulturpreis »General Andrej Andrejewitsch Wlassow« bekommen. Doch Hoffmann ist kein Einzeltäter. Zwar mag weder das MGFA noch die Bundesregierung seine Ansichten so recht teilen, zu einer öffentlichen Klarstellung ist man aber nicht bereit, und Konzequenzen mag man erst recht nicht ziehen. Dabei steht zu befürchten, daß sich auch Neonazis auf dieses Buch beziehen werden. Schließlich wurde es nicht am schmuddeligen Küchentisch ERNST ZÜNDELS verfaßt, sondern hat eine quasi amtliche Reputation. Nicht nur Hoffmann erweckt nämlich den Eindruck, es handle sich um ein Gemeinschaftswerk des MGFA.

MANFRED KEHRIG schrieb ein skandalöses Vorwort und unterzeichnete dieses mit seiner dienstlichen Funktion als Leitender Archivdirektor des Bundesarchives/Militärarchives. In der Vorbemerkung dankt Hoffmann seinem Amtschef im MGFA dem Brigadegeneral GÜNTER ROTH, für verständnisvoll »*gewährte Freiheiten*« und der Amtskollegin KARIN HEPP für die Mithilfe.

Schon 1988 bemerkte der Historiker Hans-Ulrich Wehler im MGFA, eine »*Gruppe von Historikern um (...) Joachim Hoffmann*«, die die »*Präventivkriegsthese vertritt*«. Der Streit habe, so Wehler, zu derartigen Spannungen im Amt geführt, daß der damalige Verteidigungsminister WÖRNER als Kontrollinstanz einen Beirat eingesetzt habe. Mitglieder dieses vierköpfigen Gremiums waren der ehemalige Oberst im Generalstab der Wehrmacht und fanatische Militarist General a.D. J.A. GRAF KIELMANSEGG und die drei rechten Aktivisten des Historikerstreits KLAUS HILDEBRAND, MICHAEL STÜRMER und THOMAS NIPPERDEY.

Die rechte Garde der Historiker marschiert also nicht mehr nur durch die Feuilletons der FAZ. Sie marschiert durch regierungsamtliche Institutionen und kann einigen politischen Einfluß geltend machen. Nicht Hoffmann, sondern die liberalen Geschichtswissenschaftler Wolfram Wette oder Gerd R. Ueberschär haben das MGFA z.T. nach heftigen Auseinandersetzungen daraufhin verlassen.

Doch ebenso wie Hoffmann kein Einzeltäter ist, ist auch das MGFA kein Einzelfall der offiziellen Geschichtsschreibung. Auch andern Orts wird an einem neuen Geschichtsbild gestrickt. So ausgerechnet zum 8. Mai 1995 in der BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (BpB). In einer Themenausgabe der BpB eigenen Zeitung »DAS PARLAMENT« leugnet der rechtslastige General a.D. GÜNTER KIESLING die Kriegsverbrechen der Wehrmacht und lobt jene Soldaten, die trotz erster »*Nachrichten und Eindrücke von Konzentrationslagern*« nicht desertierten, sondern auch im 'Endkampf' noch ausgeharrt und damit »*Ordnung im Chaos*« geschaffen hätten. In der gleichen Ausgabe kann das ehemalige NPD-Mitglied BERND KALLINA eine bedingungslose Rehabilitation des ehem. Funktionärs der NSDAP und des VDA, THEODOR OBERLÄNDER veröffentlichen. Zu einer Anhörung des Rechtsausschusses des Bundestages über die Rehabilitation der Opfer der NS-Militärjustiz lud die CDU/CSU neben anderen einschlägigen Experten auch den ehemaligen NS-Militärrichter OTFRIED KELLER ein, der noch heute die Auffassung vertritt, die Verfahren der Kriegsgerichte hätten sich für die Angeklagten »*segensreich ausgewirkt*«. Allein 30.000 dieser Verfahren endeten mit Todesurteilen. Der Bundesminister SPRANGER unterzeichnete zusammen mit »Neuen Rechten« und Neonazis einen Aufruf, der den 8. Mai nicht als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus sondern als Datum des Beginns der Vertreibung und Unterdrückung im Osten sehen möchte.

## ... zur Infragestellung der Nachkriegsordnung

Die Leugnung und Herabminderung der Verbrechen Nazideutschlands hat bei Hoffmann nun den erwünschten Höhepunkt gefunden. Wenn nämlich sowieso Stalin an allem Schuld war, wenn deutsche Kriegsverbrechen gar nicht stattgefunden haben, wenn das Naziregime zwar schlimm, aber auch nicht viel schlimmer als andere war, warum dann nicht gleich die Nachkriegsordnung in Frage stellen? Die Bundesregierung läßt derzeit keine Gelegenheit aus, das »*Unrecht der Vertreibung*« und der Racheakte der von den Nazis unterdrückten Menschen hervorzuheben. Sie bilden die ideologische Voraussetzung für revisionistische Forderungen. Selten hat man in Bonn so offen wie zur Zeit alte Rechnungen in Polen oder Tschechien präsentiert. Dreist wird eine 'symbolische' Entschädigung tschechischer NS-Opfer von der Rückgabe des Eigentums der Sudetendeutschen abhängig gemacht. Außenminister Kinkel will gar die Rechtsverbindlichkeit von Teilen des Potsdamer Abkommens in Frage stellen. Warum eigentlich nicht gleich ein Deutschland in den Grenzen von 1937, wenn Stalin doch an allem Schuld war? ■

Literatur:
- Hoffmann, Joachim, Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945, 2. durchges. Aufl., München , 1995
- Hoffmann, Joachim, Stalin wollte den Krieg, in: FAZ vom 16.10.1986
- Köhler, Otto, »Außerhalb der Dienstzeit«, in Konkret 1/96
- Wehler, Hans-Ulrich, Entsorgung der deutschen Vergangenheit?, München 1988
- Einzelfrage von Annelie Buntenbach, in Bundestagsdrucksache 13/3777
- Protokoll der Fragestunde des Bundestages vom 28.2.1996
- »Barbarosa einmal anders«, in: Der Spiegel 6/96
- Grill, Markus, Futter für Rechte, in taz vom 27.12.1995

# Militärstrategische Diskussionen im rechten Blätterwald

## Grundsätzliche Schwierigkeiten des deutschen Neofaschismus in der militärstrategischen Ausrichtung nach 1945

Ein Punkt unterscheidet den deutschen Neofaschismus von seinen Vorläufern der Weimarer Republik und vom Nationalsozialismus: Den verschiedenen Gruppen und Parteien gelang es nie, sich auf ein gemeinsames außenpolitisches Konzept zu einigen. Bestimmte in den Jahren 1919-1933 ein fanatischer Nationaliamus mit dem bedingungslosen Kampf gegen »Versailles« und gegen die »Erfüllungspolitik« die Ausrichtung, so herrschte nach der Niederlage des Faschismus 1945 zwar Übereinstimmung in den Grundelementen, jedoch nicht in der außenpolitischen Ausrichtung ihrer Außenpolitik. Die verbindenden Bestandteile waren weiterhin der Nationalismus und der Antikommunismus. Erstes und oberstes Ziel war die Wiedervereinigung Deutschlands, die »Wiederherstellung des Reiches«. Uneinigkeit bestand im Weg, also in der taktischen Betonung des Bündnisses mit dem Westen (vor allem den USA) innerhalb der NATO, oder der Betonung der Neutralität mit der Option zur Bildung eines Blockes zwischen Ost und West[1]. Die zwei Wege sind in der Literatur bereits eingehend beschrieben[2]. Zur Verdeutlichung seinen hier stellvertretend der Kurs von Nation Europa und ihren damaligen Schriftleiter Arthur Ehrhardt auf der einen, sowie die Ausrichtung der Deutschen Reichspartei unter Adolf von Thadden auf der anderen Seite benannt. Ehrhardt schreibt 1953:

*»... 3. Sie (die jungen nationalen Bewegungen Europas d.A.) bekämpfen den Irrtum, als könnten die Völker Europas, so wie die Lage vorläufig ist, sich vereinzelt gegenüber der militärischen, politischen Riesenübermacht Rußlands behaupten; sie erkennen dabei die Notwendigkeit einer vorläufigen Anlehnung an den Bundesgenossen Amerika.*

*4. Sie bekämpfen die Absicht der 're-education', über die notwendige militärische, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit hinaus Europa auf den gültigen amerikanischen 'way of life' zu zerren, weil sich in Amerika selbst junge Kräfte auf neuen Wegen zu sammeln beginnen.«*[3]

Der Verhaßte zweite Feind USA wurde als notwendiger Bündnispartner notgedrungen akzeptiert. Anders lag die Ausrichtung der Deutschen Reichspartei unter Adolf von Thadden auf ihrem Wiesbadener Bundesparteitag 1956:

*»Austritt der beiden deutschen Teilstaaten aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt..., Abzug der fremden Truppen aus Deutschland..., Verhandlungen mit der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten über die Wiedervereinigung..., Bildung gesamtdeutscher Arbeitsausschüsse, um die Vertiefeung der Gegensätze zu verhindern..., Bündnisfreiheit des wiedervereinten Deutschlands...«*[4] waren die Grundelemente der außenpolitischen und militärstrategischen Ausrichtung.



**Dr. Günter Kießling, 71 Jahre, Viersternegeneral a.D, von 1982-84 stellv. NATO-Oberbefehlshaber in Europa. Das Bild zeigt ihn als Jungschütze der Heeresoffizierschule**

Dieser Konflikt im eigenen Lager begleitete mit den jeweiligen zeitgemäßen Betonungen den Neofaschismus durch die Zeitabschnitte der alten BRD. Höhepunkte der Auseinandersetzung lieferten die Diskussion um die Wiederbewaffnung Mitte der 50er Jahre und die Zeit der »Nachrüstungsbeschlüsse« und der Friedensbewegung anfangs der 80er[5]. Die Tendenz verschob sich schrittweise hin zur verstärkten Betonung der nationalneutralistischen Ausrichtung. Der Austritt der BRD aus der NATO fand sich Mitte der 80er Jahre sowohl bei der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands als auch bei den Republikanern als Forderung.

## Nach 1989: Das strategische Ziel der Wiedervereinigung entfällt

Bleibt die Frage, ob sich die Ausrichtung änderte, nachdem die Wiedervereinigung ab 1989 ohne ihr zutun in Sicht war. Die entschiedensten Äußerungen fanden sich in den Bänden die vom Verlag Dr. Dietmar Straube GmbH (Erlangen) herausgegeben wurden. Die Hauptsprecher des nationalneutralistschen Kurses des Neofaschismus, welche bereits zu Zeiten der Friedensbewegung versuchten die Diskussionen zu beeinflußen, fanden hier ein Sprachrohr[6]. Am offensten kam der ehemalige »Vier-Sterne-General« Günter Kießling auf dem Punkt. Er war von 1982-1984 Stellvertreter des NATO-Oberbefehlshaber in Europa. In seinen Büchern »Neutralität ist kein Verrat« (1989) und »NATO-ODER-ELBE« (1990) plädierte er klar für ein europäisches Sicherheitssystem und gegen die Westintegration:

*»Uns geht es um die deutsche Einheit, nicht um Neutralität! Um so mehr kommt es darauf an, deutlich zu machen, was ´neutral´ in bezug auf die Wiedervereinigung Deutschlands im Rahmen einer europäischen Friedensordnung bedeudet. ... Wenn also nachfolgend von einem Herauslösen der Bundesrepublik aus der NATO die Rede ist, dann stets in dem Sinne, daß mit der Wiederherstellung der staatlichen Einheit die bei-*

*den deutschen Teilstaaten zu bestehen aufhören und folglich nicht länger Mitglieder der Paktorganisationen sein können.«*[7]

Doch waren seine vorsichtigen Forderungen noch stark taktisch eingefärbt. Die Wiedervereinigung überholte die Taktiker der Rechten mit sieben-Meilen-Stiefeln[8].

## Aktuelle Ansätze zu militärpolitischen Fragen und Bündnissen.

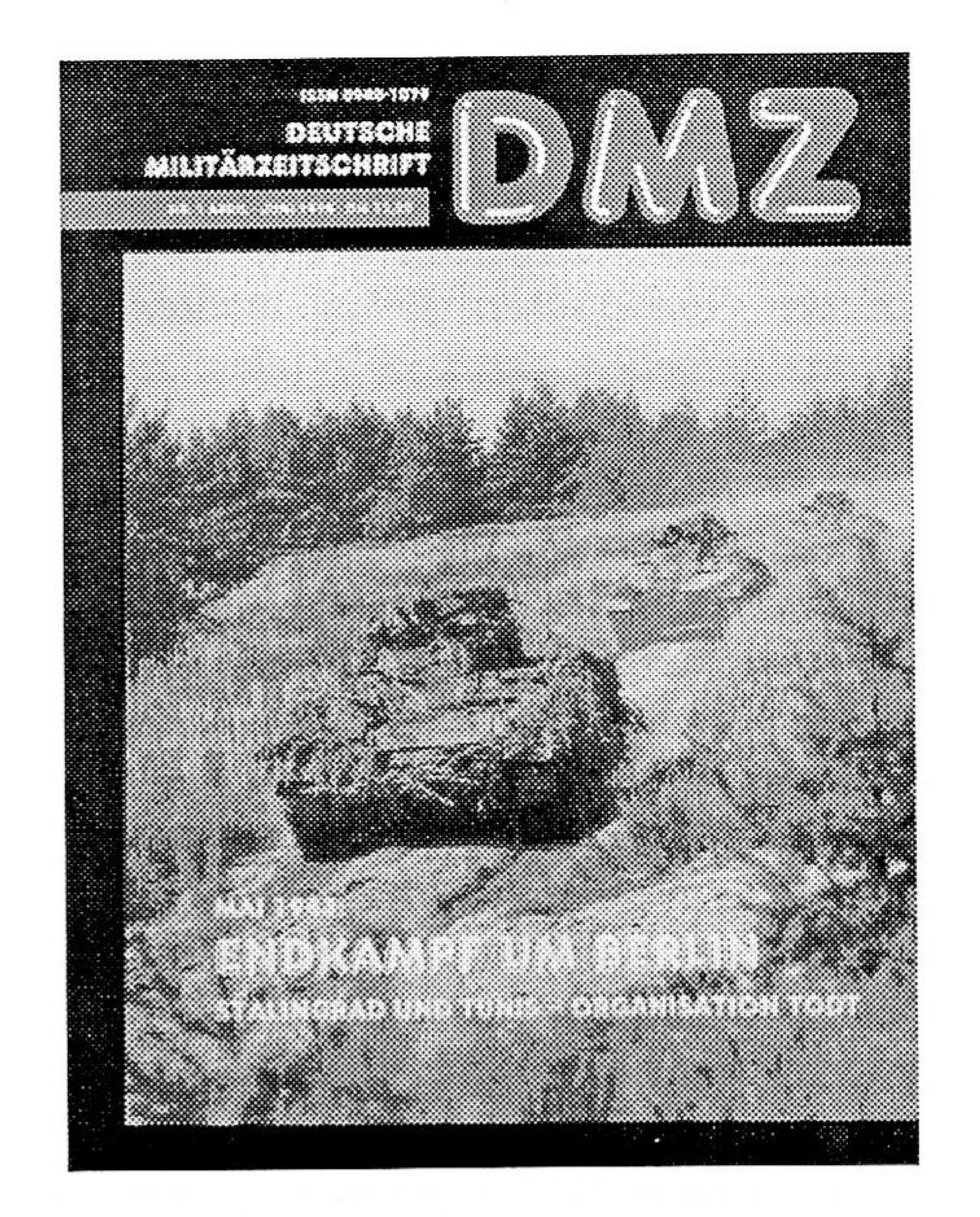
Es folgt eine Zeit der Neuorientierung und relativen Schweigsamkeit von neofaschistischer Seite zu Fragen der Militärstrategie. Die de facto Ergebnisse der Wiedervereinigung ohne eigene Einflußchancen mußten erst verarbeitet, neue Ansatzpunkte für rechte Kritik und Strategie gesucht werden. Die Fixierung auf das jahrzehntealte Ziel Wiedervereinigung entfiel. Nun bestand zum ersten Mal die Möglichkeit, ohne taktische Rücksicht die neue Machtposition Deutschlands auch im militärstrategischen Bereich neu zu definieren. Wir nehmen uns einige Beispiele aus dem rechten Blätterwald vor, mit Schwerpunkt auf der Jungen Freiheit, um sie daraufhin zu durchleuchten, ob Veränderungen in der Ausrichtung sichtbar werden.

## Junge Freiheit (JF)

Die Junge Freiheit widmet sich dem Thema zunächst sehr sporadisch. Im Januar 1994 gibt sie Günter Kießling auf der



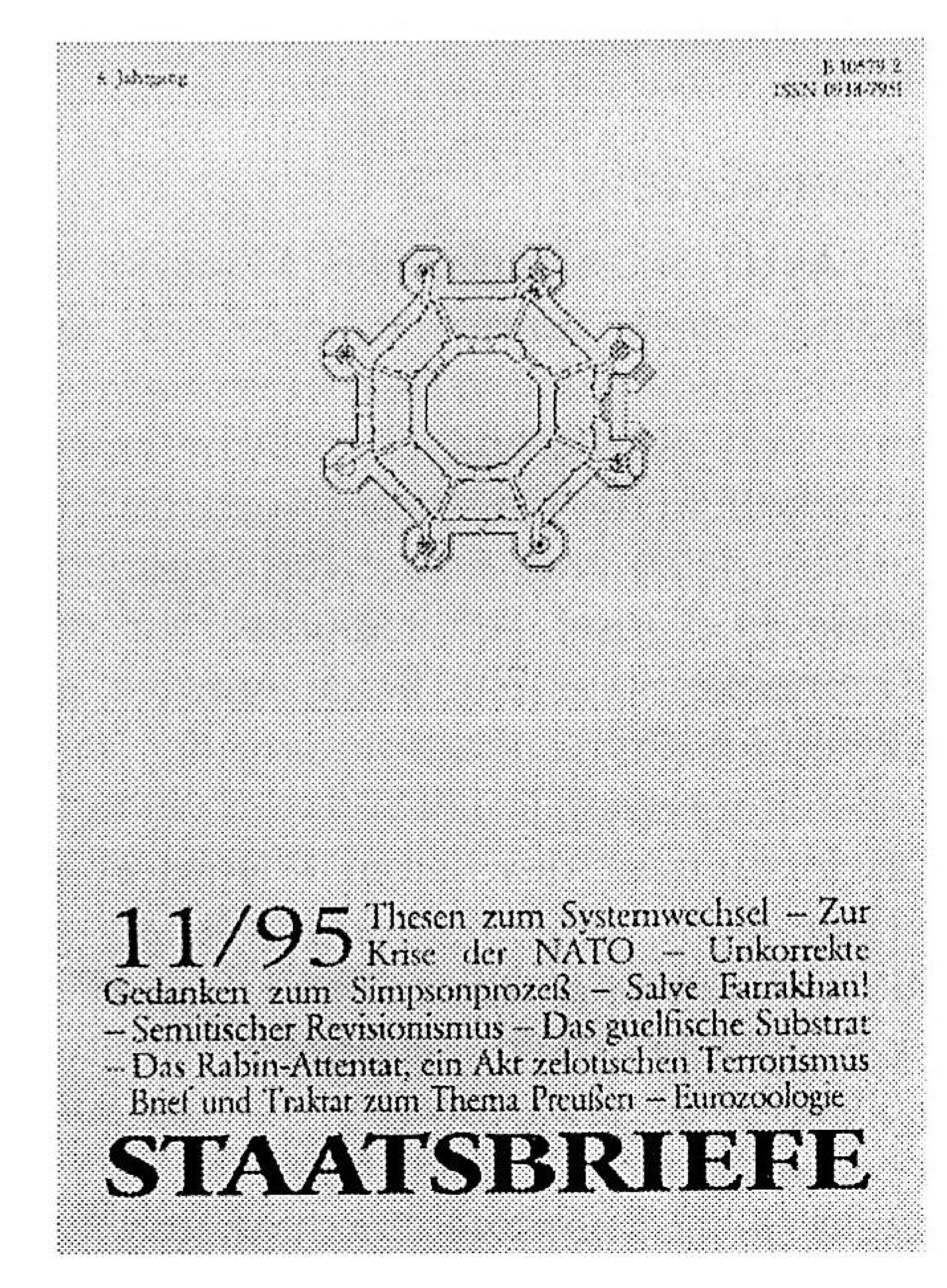

Forumseite die Möglichkeit, eine »Alternative Sicherheitspolitik« zu entwickeln[9]. Erstaunlicheweise war hier nichts mehr von NATO-Austritt zu lesen. Im Gegenteil: Unter dem Scenario einer »*unkontrollierten Verfügungsgewalt skrupelloser Machthaber über nukleare Waffen aus dem gewaltigen Nachlaß der einstigen Sowjetunion*« wird




eine neue Bedrohung vor allem aus der »Dritten Welt« konstruiert. Die Zugehörigkeit zu einem Bündnis sei unabdingbar. »*Allein schon deshalb, weil wir als nichtnuklearer Staat einen Schutz gegen nukleare Bedrohung nur unter dem Schirm einer nuklearen Macht finden können. ... Also kommt es darauf an die Interessen der Schutzmacht USA mit den unseren zu verzahnen. Das kann nur im Rahmen der NATO gelingen. Deshalb gilt es, an diesem Bündnis festzuhalten; wohl unter der Vorraussetzung, daß diese NATO eine andere wird, daß sie sich den veränderten Bedingungen anpaßt.«*[10] Wichtigster Grundsatz den es nach Kießling zu beachten gilt, sein die nationalen Interessen und die absolute Souveränität, auch im Hinblick auf die europäische Einigung. Ein Bundesstaat sei abzulehnen. Bei einem Staatenbund jedoch bliebe die Wehrhoheit bei den Mitgliedstaaten. Der Artikel nimmt den Grundtenor einer neuen Linie vorweg.

Seit Januar 1995 richtet die Wochenzeitung eine regelmäßige Rubrik »Sicherheit und Militär« ein, die anfangs von Kurt Wolf und ab August von Götz Kubitschek redaktionell betreut wird. Regelmäßig alle vier Wochen füllt sie nun eine eigenständige Seite und nimmt mit dem Thema verstärkt Platz auf der Titel-, Kommentar- und Forumseite ein. Zum 40-jährigen Bestehen der Bundeswehr erstellt die JF sogar eine 4-seitige Sonderbeilage. Es finden sich Berichte über Zustand, Moral, Funktion und Ausrüstung der Bundeswehr. Selbst die Alu-Heringe für die Bundeswehrzelte kommen nicht zu kurz. Ziespältig nimmt sie zur Diskussion der Wehrpflicht Stellung. Einerseits betont sie deren »alte deutsche Tradition« und den Auftrag, junge Männer für die Nation zu erziehen. Die Vermittlung der soldatische Werte wie Disziplin, Konfliktbereitschaft, Durchhaltevermögen, Ehrlichkeit und Verantwortung sieht sie als elementar für alle jungen Bürger an[11]. Pragamatisch jedoch setzt sich in der Redaktion das Plädoyer für eine Freiwilligenarme lansam durch[12].

Interessant wird es bei der Frage der Bündniszugehörigkeit, möglicher Kriegseinsätze und der außenpolitischen Rolle Deutschlands. Konsens aller Beiträge ist die Neuorientierung an der »*Durchsetzung eigener, souverän deffinierter nationaler Interessen*«. »Geopolitische« Aspekte des in einer neuen »Mittellage« befindlichen Deutschlands werden ebenso betont wie Carl Schmitts alte Forderung nach Interventionsverbot für »raumfremde« Mächte[13]. Unter diesen Prämissen herrscht Konsens über den Verbleib Deutschlands in der NATO. Diese gelte es jedoch zu reformieren. Die NATO-Osterweiterung, das heißt die Einbindung der beitrittswilligen Staaten Polen, Ungarn, Slowakei, der Tschechischen Republik und der baltischen Staaten sei ein Schritt in diese Richtung. Zweigleisigkeit, eine neue Rolle in der NATO und verstärktes Engagement für die Westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft, sowie ein jeweiliges Abwägen der nationalen Interessen wird als Grundlinie empfohlen: »*Zwar sei Europa ohne Amerika nicht zu stabilisieren, und es bedürfe der strategischen Rückendeckung der USA, aber Europa müsse danach streben ein gleichrangiger Partner mit ´globaler strategischer Handlungsfähigkeit´ zu sein. Die EU müsse auch dann aktiv werden können, wenn es auf ´schnelle Reaktionen´ ankomme.«*[14] Strategische Optionen auf einen vollständigen »dritten Weg«, eine nationalneutralistischen Ausrichtung zwischen NATO und Russland, werden in ferne Zukunft verlegt und nur am Rande andiskutiert. Sie werden von der Möglichkeit eines effektiven atomaren Schutzschildes, in Zusammenarbeit mit der französischen »force de frappe«, abhängig gemacht[15]. Eine Westbindung wird grundsätzlich für



notwendig erachtet[16]. Eine starke deutsche Armee wird jedoch als »Rechtsschutzvesicherung« angesehen, welche die »Verhandlungsmacht« auch im ökonomischen »Umverteilungsdruck« stärkt und perspektivisch einen Rückgriff auf Resourcen sichern soll[17].

## Deutsche Militärzeitung (DMZ)

Ein kurzes Gastspiel gab der Zuarbeiter der Jungen Freiheit und Mitglied des Witikobundes, Harald Thomas mit der Gründung seiner Deutschen Militärzeitschrift im Jahre 1995 ab. Die zweimonatlich geplanten Ausgaben erschienen jedoch nur drei Nummern lange und wurden dann wieder eingestellt. Die DMZ stellte sich die Aufgabe, den »*Bekennermut zur ganzen deutschen Geschichte*« zu erneuern. Die »*Massaker an den Deutschen*«, die »*Opfer durch hinterhältige Partisanenmorde*«, sowie Themen wie »*Elend und Blutzoll deutscher Soldaten*« standen im Mittelpunkt der Berichterstattung. Darüberhinaus sollte sie die Erfahrungen der Wehrmacht mit aktueller Berichterstattung über die Bundeswehr verbinden: »*In einer Brückenfunktion soll sie Jung und Alt, damalige und heutige Soldaten zusammenführen. Der Bundeswehr tut es dabei gut, wenn sie im Rahmen ihrer Neuorientierung und Überlegungen, auf mittlerweile Geschichtliches zurückgreift, aus leidvollen Erfahrungen und Lehren einer Vorgeneration schöpft und ihre auf die Nachkriegszeit beschränkte Tradition, durch bekennende Rückschau erlernt.*«[18] Nach unserer Einschätzung sollte es Aufgabe der DMZ sein, sich als zeitgemäße Variante der Zeitschrift »Der Freiwillige«, dem Organ der ehemaligen HIAG zu präsentieren. Zwar gewann sie von Beginn an nahmhafte ehemalige Generale wie Carsten Kießwetter als Autoren, blieb jedoch fast ausschließlich bei heldenhaften Kriegsberichten stecken. Beiträge über aktuelle Militärstrategie sucht man vergebens.

## Staatsbriefe

Auch Staatsbriefe, das Magazin von Hans-Dietrich Sander, welches sich dem »Reichsgedanken« verschrieben hat, widmet sich der Europäischen Sicherheitsarchitektur. In der November-Ausgabe 1995 gehen gleich zwei Artikel von Friedrich S. Felde und Josef Schüsslburner auf dem Themenkomplex ein. Beide Autoren plädieren für die Neubestimmung der nationalen Interessen. Die NATO wird weiterhin als Instrument des Kalten Krieges in der Hand einer geheimen Bruderschaft aus USA, Polen und Deutschland (das klingt mal wieder nach »Jüdischer Weltverschwörung) gewertet. Der USA als außereuropäischer (= raumfremder) Macht dient sie als Mittel zur Durchsetzung ihrer One-World-Politik nach dem alten Motto: »to keep the Americans in, to keep the Russians out and to keep the Germans down«. Felde schreibt: »*Deutschland und die Staaten der Europäischen Union müßten im Grunde aufgeben, den USA in allem zu folgen, was letztlich die wirtschaftlichen Interessen der USA allein bertifft. ... Dies ist keine Amerikafeindlichkeit, ebenso, wie es keine Russlandfreundlichkeit sein muß, sich vorzustellen, es könne eines Tages ein starkes, selbstbewustes, unabhängiges Russland Anziehungskraft ausüben im Sinne einer größeren Bindungskraft als die USA. Für Europa. ... Nach der objektiven Lage hat Deutschland durchaus Möglichkeiten, die One World aus den Angeln zu heben.*«[19] Und Schüsslburner verwirft in seinen fünf NATO-Optionen für Deutschland die bisherig geplante NATO-Osterweiterung, da dadurch das »Ergebnis der Vertreibungsverbrechen abgesegnet« würde. Voraussetzungen für den Beitritt Polens und Tschechiens wären hier ein Rückkehrrecht deutscher Vertriebener und ihrer Abkömmlinge, Rückerstattung von Grund und Boden, sowie Klärung »daß auch Art und Weise der Geltungserstreckung des Grundgesetzes nach Ostdeutschland geregelt wird« (!!!).

Als von Deutschland anzustrebende NATO-Option gilt für ihn die »Osterweiterung der NATO unter Einschluß Rußlands«, um die NATO zu einer »Eurasischen Perspektive« zu entwickeln: »*Längerfristig, d.h. als wirklich anspruchsvolle, die Fähigkeiten der Deutschen herausfordernde Aufgabe für die nächsten Jahrhunderte ergibt sich bei dieser eurasischen Konzeption die Möglichkeit des Zusammenwirkens der Erben des ost- und weströmischen Reiches, der Russen und Deutschen. ... Kurzfristig, d.h. aktuell ergibt sich bei Abwägung der realistischer Weise zur Verfügung stehenden NATO-Optionen als deutsche Forderung an den Ausbau der NATO: to get the Russians in!*«[20]

## Resumee

Der Vergleich der bevorzugten militärstrategischen Optionen der beiden Zeitschriften Junge Freiheit und Staatsbriefe zeigt erhebliche Unterschiede in der Ausrichtung. Ging es vor 1989 immer um das Primärziel Wiedervereinigung, gilt es nun, auch bei der militärstrategischen Absicherung, der neuen Machtstellung das entsprechende außenpolitische Gewicht zu verleihen. Zwei Optionen von Bündnissvarianten sind unter neuen Bedingungen weiterhin im Gespräch: Taktische Westorientierung oder nunmehr Nationalneutralismus mit eventuellen Bündnis mit Russland! Es bleibt abzuwarten ob die Diskussionen des neofaschisten Spektum längerfristig auf Resonanz in Militärkreisen stoßen werden. Der rege Kontakt wird zumindest gesucht. ■

1) Für die 50er Jahre ausführlich nachzulesen bei Kurt Tauber: »Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945«, Middletown (USA) 1967, vor allem Kapitel IV »Nationalist Neutralism and Soviet Policy«, S.147 ff. Unter Berücksichtigung der antikomunistischen Einfärbung hilft auch der Band von Carl-Christoph Schweitzer: »Eiserne Illusionen. Wehr- und Bündnisfragen in den Vorstellungen der extremen Rechten nach 1945«, Köln 1969.

2) Für die 60er und 70er Jahre siehe Richard Stöss, »Parteienhandbuch - Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980«, Opladen 1983, S.244 ff.

3) Arthur Ehrhardt: »Europa - eine klärende Aussprache. Der Schriftleiter NE« in: »Nation und Europa«, Nr.9/54, S.11.

4) siehe »Reichsruf » (Organ der DRP) vom 08.09.1956.

5) Den besten Überblick über die maningfaltigen neofaschistischen Initiativen und deren Vernetzung, sowie deren Ausrichtung zu Zeiten der Friedensbewegung liefert die Broschüre von Peter Kratz, »Gaddafi- Mechtersheimer- Schönhuber - Quellen und rotgrüne Querverbindungen neofaschistischer Deutschland-Vereiniger«, Bonn 1990

6) siehe Bernd Siegler »Eine rechte Karriere. Der Aufstieg des Unternehmers Dietmar S.« in Raimund Hethey, Peter Kratz (Hg.) »In Bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservativismus und Neofaschismus«, Göttingen 1991, S.241ff. Als Autoren waren bei Straube u.a.vertreten: Theodor Schweisfurth (»Fahrplan für ein neues Deutschland«), Wolfgang Venohr (u.a. »Ein Deutschland wird es sein«), Wolfgang Seiffert (u.a. »Die Deutschen und Gorbatschow«), Jürgen Todenhöfer (»Ich denke Deutsch«), General a.D. Franz Uhle-Wettler (»Die Gesichter des Mars«) u.a.

7) Günter Kießling »Neutralität ist kein Verrat. Entwurf einer europäischen Friedensordnung«, Erlangen 1989, S. 223.

8) Auch der Band des ehem. Junge Freiheit-Mitarbeiter Stefan Ulbrich (Hg.) »Gedanken zu Großdeutschland« aus seinem Arun-Verlag, Vilsbiburg 1990 versuchte der Wiedervereinigung Ideen beizusteuern. Ulbrichts Beitrag »Europäische Sicherheitsarchitektur« S. 237 ff, schlägt ebenfalls das Neutralitätsmodell in Verbindung mit einem effektiven Verteidigungsmodell vor, welches pikanterweise durch eine Umstrukturierung der deutschen Streitkräfte nach damaligen jugoslawischen Modell erreicht werden könne.

9) Günter Kießling »«Eine alternative Sicherheitspolitik« in Junge Freiheit Nr.4/94 vom 21.01.1994, S.13.

10) Vergleiche auch das Interview mit Götz Kubitschek: »Gemeinschaft auf Gegenseitigkeit. General Kießling über NATO und UNO« in Junge Freiheit Nr.8/95 vom 24.02.1995, S.10.

11) siehe u.a. Kurt Wolf »Am besten gleich privatisieren. Die Bundeswehr schrumpft sich zu Tode« in Junge Freiheit Nr.29/94 vom 15.07.1994, S.1; »Vom Ende einer Fasade. Leser diskutieren die Wehrpflicht« in Junge Freiheit Nr.20/95 vom 19.05.95, S.11.

12) siehe u.a. Götz Kubitschek »Berufsarmee wird unvermeidbar. 41 Prozent der Wehrpflichtigen verweigern den Armeedienst« in Junge Freiheit Nr.35/95 vom 01.09.95, S.2; Hans Brandlberger »Nach dem Kalten Krieg. Von einer Zäsur zur anderen« in Junge Freiheit Nr.45/95 vom 10.11.95, Sonderbeilage S.4.

13) Magnus Wolf Göller »Der Balkan ist kein Spielplatz. Plädoyer gegen die weltweite Einmischung in Krisengebieten« in Junge Freiheit Nr.8/96 vom 23.02.96, S.20.

14) Martin Schmidt »Moskaus Maß ist voll. NATO-Osterweiterung und deutsche Interessen« in Junge Freiheit Nr.17/95 vom 28.04.95, S.1.

15) Lothar Höbelt »Aussichten auf eine deutsche Außenpolitik« in Junge Freiheit Nr.11/95 vom 07.03.95, S.11.

16) Klaus Hornung »Realpolitik statt Wunschdenken« in Junge Freiheit Nr.43/95 vom 27.10.1995, S.11.

17) Josef Schüßlburner »Ohne starke Armee keine Verhandlungsmacht. Deutschland zwischen Umverteilung und Selbstbestimmung« in Junge Freiheit Nr.29/94 vom 15.07.1994, S.6.

18) Harald Thomas »Ganz Normal. Editorial« in Deutsche Militätzeitschrift Nr.1 (Apr-Jun/1995), S.5.

19) Friedrich Felde »Die NATO und die Sicherheitsarchitektur Europas« in Staatsbriefe Nr.11/95, S.3 f.

20) Josef Schüsslburner »Fünf Deutsche NATO-Optionen« in Staatsbriefe Nr.11/95, S.6 ff.

# Heppenheim

## Antifaschistische Geburtstagsgrüße

In der Nacht zum 18. Februar 1996 wurde die Geburtstagsfeier des Nazi-Skin HEIKO BLUMENSCHEIN von ca. 15 AntifaschistInnen angegriffen. Heiko Blumenschein kommt aus Bensheim und feierte seinen 21.Geburtstag im TRIO-PUB in Heppenheim-Kirchhausen. Anwesend waren ca. 40 Nazi-Skins aus verschiedenen Städten wie Darmstadt, Heidelberg, Mainz und Aschaffenburg.

Es gingen dabei vier PKW-Scheiben und die Scheiben der gastgebenden Kneipe zu Bruch. Weiterhin mußten einige der Besucher die Nacht im Krankenhaus verbringen.

Wer außer ihnen selbst wird böse darüber sein?

# Büren

## Demonstration gegen den Abschiebeknast in Büren

Am 26. Mai 1993 schaffte der deutsche Bundestag das Grundrecht auf Asyl ab. Diese Entscheidung stellt den politischen Höhepunkt einer seit Jahren inszenierten rassistischen Diskussion um »Asylantenflut« »Überfremdung« und die »Gefährdung der Deutschen Kultur« dar. Auf dem Boden dieser Diskussion gedeihen nicht nur mörderische Brandanschläge und Übergriffe auf Ausländer, sondern auch die konsequente staatliche und gesellschaftliche Ausgrenzung von Flüchtlingen. Der Bürener Abschiebeknast, der versteckt im Wald liegt, wird von einer fünfeinhalb Meter hohen Betonmauer gesichert. In diesem Knast werden bis zu 600 Abschiebehäftlinge eingesperrt. Derzeit soll dieser zu dem zentralen Männerabschiebeknast werden. Die Frauen sollen derweil in der JVA Gütersloh untergebracht werden, diese besitzt mehr Platz als der bisherige Frauenabschiebeknast Neuss.

Es wird zu einer bundesweiten Demonstration gegen den Abschiebeknast Büren am dritten Jahrestag der Verabschiedung des »Asyl-Kompromisses« aufgerufen.Einen Tag vor der Demonstration findet im nahegelegenen Paderborn eine Diskussionstagung statt, die einen Blick auf die Mechanismen des gesellschaftlichen und staatlichen Rassismus werfen soll.

Veranstaltung »Grenzziehung« Samstag 25.Mai 1996, 10 Uhr Uni/ GH Paderborn

Demonstration: 26.Mai 1996, 12 Uhr am Abschiebeknast Büren.

Aufrufe, Plakate und Veranstaltungsprogramme könnt ihr beim Infoladen ANSCHLAG, Heeper Str. 132 in 33607 Bielefeld bestellen.

# Solingen

## Broschüre über Günther Kissel

Das Antifa-Archiv Solingen hat auf 150 Seiten die Aktivitäten des »Baulöwen« GÜNTHER KISSEL dokumentiert. Kissel hat verschiedene rechtsextreme Gruppen wie die NPD, die HIAG und die »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP) zum Teil unterstützt und finanziert.

Kissel machte sich einen Namen durch das Verstecken des Naziverbrechers Gottfried Weise auf dem Gelände seiner Baufirma. Ebenso bekannt wurde er durch seine Mitgliedschaft in der Düsseldorfer Herrenrunde, die als eine der ersten Industriellenvereinigungen den damaligen Chef der »Republikaner«, Schönhuber, zu einer Diskussionsrunde einlud. Als Reaktion auf die o.g. Broschüre verliert Kissel allmählich die Neven.

Er versucht sämtliche, an dem Buch beteiligten Gruppen und Einzelpersonen mit Prozessen und Unterlassungsklagen zu überziehen. Einen ersten Prozeß gegen einen Solinger Historiker hat er bereits verloren. Weitere, z.B. gegen SOS Rassismus, denen er terroristische Aktivitäten vorwirft, sind anhängig.

Es scheint aber so, daß die Initiative des Solinger Antifa-Archives erste Früchte trägt. So gibt es Überlegungen der Stadt Solingen Kissel von zukünftigen Ausschreibungen auszuschließen.

Die Broschüre kann bestellt werden für 15,- DM beim Antifa-Archiv Solingen, Postfach 100931, 42609 Solingen.

# Niederkassel

## Trinkhalle des Faschisten Schmitz angegriffen

In der Nacht des 26. Februar 1996 warfen unbekannte Täter die Schaufensterscheiben der »Trinkhalle Schmitz« in der Hauptstr. 86 in Niederkassel ein. Durch die zerstörten Scheiben schleuderten sie einen Glasbehälter mit Buttersäure, der jedoch nicht zerbrach. Der Inhaber des Kioskes,

HERBERT ANTONI, ist nach Angaben örtlicher Antifas sowohl Orts-, Kreis- als auch stellvertretender Bezirksvorsitzender der Republikaner. Von 1988 bis 1994 saß er mit einem weiteren Aktivisten der REPs im örtlichen Stadtrat. In der Trinkhalle werden faschistische Zeitungen wie Der Republikaner, die Nationalzeitung oder die Junge Freiheit verkauft. In derselben Nacht wurde auch die Parole »Antoni – aktiv für Faschisten in Niederkassel« auf eine Wand neben dessen Haus in der Rathausstraße gesprüht. Die Antifa Niederkassel gab in einer Erklärung bekannt, daß sie zwar in keiner Verbindung zu dieser Aktion steht, jedoch diese aktive Vorgehensweise begrüßt.

aus »Was geht ab Nr. 15«



# Minden

## Tagung der »Gesellschaft für freie Publizistik« verhindert

Für den 20.01.1996 hatte die Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) zu einer Tagung mit HARALD NEUBAUER, dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Liga für Volk und Heimat geladen. Ort des Geschehens sollte der Kaiserhof in Porta Westfalica bei Minden sein. Im Kaiserhof logierte in den letzten Monaten des Krieges auch die SS und betrieb hier ein Außenlager des KZ Neuengamme. Sie folterte und mordete hier Häftlinge, unter anderem, indem sie diese an einem Kronleuchter im Kaiserhof erhängte. Wenn sich an einem solchen Ort eine Organisation wie die GfP treffen will, deren agitatorischer Schwerpunkt auf Geschichtsrevisionismus, also Leugnung des industriellen Massenmordes der Nazis und der Kriegsschuld Deutschlands liegt, dann stellt dies schon eine besondere Provokation dar. Zuvor hatte die GfP bereits zwei Veranstaltungen in den Räumen des Kaiserhofes durchführen können. Referenten waren hier REINHOLD OBERLERCHER, der sein 100-Tage-Programm zur Machtergreifung vorstellte sowie der Generalleutnant a.D. REINHARD UHLE-WETTER. Die Provokation einer erneuten Tagung der GfP im Kaiserhof wollten sich etwa 150 AntifaschistInnen nicht mehr bieten lassen und blockierten vor Beginn der Tagung die Zufahrten und Eingänge des Kaiserhofes. Nachdem die Polizei zunächst nur mit schwachen




Kräften vor Ort war, traf nach ca. eineinhalb Stunden Verstärkung in Form von einer Hundertschaft Bereitschaftspolizei ein. Da es der Polizei bis zu diesem Zeitpunkt aber nicht gelungen war, den TagungsteilnehmerInnen Zutritt zum Kaiserhof zu verschaffen, sagte die Organisatorin, die ehemalige Mindener Polizeikommissarin SIGRID SCHENK, die Tagung ab. So wurde von der Polizei kein Versuch unternommen, den Weg für die FaschistInnen freizuprügeln.

aus »Was geht ab Nr.14«

# Berlin

## Anschlag auf Nazi-Treffpunkt

In der Nacht zum 22.1.96 verübte eine »Autonome Gruppe« einen Buttersäureanschlag auf die Kneipe FALKOS SCHWABENSTUBEN

Das Lokal ist seit Jahren Treffpunkt für Gruppen der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen (BKP) und dem Hoffmann von Fallersleben Bildungswerk. Einen Namen machte sich das Lokal, als dort PETER DEHOUST von der faschistischen Zeitschrift Nation & Europa zu einem Berliner Runden Tisch sämtlicher rechten Parteien lud, und es zu Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen kam (Siehe AIB 33 und WGA 11).

MICHAEL FALKO, der Betreiber des Lokales, gibt sich unschuldig: »Ich kann doch nicht riechen, daß die rechts sind«, jammert der 46jährige einem Reporter vor. Der Vereinsraum sei unter einem Pseudonym angemietet worden und die Kellnerin hätte nur in den Pausen Zutritt gehabt. Erst als Falko »kahlgeschorene Leute mit Springerstiefeln« sah, als es zu Protesten von AntifaschistInnen vor seinem Lokal kam und als er sein Konterfei auf Plakaten wiederfand, bekam er kalte Füße und ließ sich schleunigst eine telefonische Fangschaltung vom Landeskriminalamt (LKA) installieren.

Daß sich in seinem Lokal neben Gruppen wie den »Puddel-Freunden« auch Vertriebenen-Heimatverbände treffen, findet Falko allerdings in Ordnung. Diese Kameradschaftsabende hätten allerdings nichts mit Politik zu tun.

aus »Was geht ab Nr.14«

# Zu den Ermittlungen rund um den Lübecker Brandanschlag

# Anständige Deutsche

**Die Ermittlungen wegen dem Brand in Lübeck verkommen mehr und mehr zu einem Skandal. Es scheint, als ob Polizei und Staatsanwaltschaft nur noch daraufhinarbeiten, ihre dürftigen Beweise gegen einen jungen Libanesen zu erhärten. In andere Richtungen wird offensichtlich nicht mehr ermittelt. Bei dem Versuch, endlich einen stichfesten Beweis gegen den Tatverdächtigen zu erhalten, schrecken die Behörden auch nicht davor zurück, dessen Unterhaltungen während seiner Besuchszeiten in der Haft abzuhören. Ihre mangelnde Ermittlungsarbeit verschleiert die Staatsanwaltschaft mit einer Nachrichtensperre, durch die allerdings ganz gezielt Informationen zu Lasten des Verdächtigten lanciert werden. Parallel dazu wird die Situation für eine Hetzkampagne aus dem rechten Lager genutzt. Opfer werden zu Tätern und die Deutschen (hier die »Lübecker«) zu Opfern. Angeführt wird diese Kampagne von der CDU, dicht gefolgt von den übrigen »anständigen Deutschen«.**

In der Nacht vom 17. auf den 18. Januar 1996 brannte eine Sammelunterkunft für Flüchtlinge in Lübeck völlig aus; durch den Brand starben elf Menschen, über dreißig wurden schwer verletzt. Schnell stand fest, daß das Feuer nicht durch einen technischen Defekt entstanden, sondern gelegt worden war. Vier junge Männer aus Nordwestmecklenburg wurden kurz nach dem Brand unter Tatverdacht festgenommen, bald darauf aber wieder freigelassen. Allgemein wurde von einem rassistisch motivierten Brandanschlag ausgegangen. Die Empörung über die Tat schlug schnell hohe Wellen. Trauer um die Toten und Wut über die unmenschlichen Umstände, unter denen die staatliche Politik Flüchtlinge zu leben zwingt, ließ mehrere tausend Menschen in Lübeck demonstrieren. Dabei ließen sie sich auch nicht durch den nicht enden wollenden Strom von Spekulationen über den genauen Tathergang irritieren.

Kurze Zeit später präsentierten die Ermittlungsbehörden Safwan E., einen jungen Mann, der mit seiner Familie in dem Haus untergebracht war, als mutmaßlichen Täter. Ein Anschlag von außerhalb des Hauses sei unmöglich. Safwan E. habe das Feuer wegen »*hausinternen Streitigkeiten*« gelegt. Dies habe er selbst einem an der Rettungsaktion beteiligten Feuerwehrmann mit den Worten »*Wir waren es*« mitgeteilt. Dieser Sanitäter hatte Safwans Brandverletzungen an den Ohren behandelt – die gesamte Behandlung hatte etwa dreißig Sekunden gedauert – sich jedoch erst nach ein paar Tagen bei der Polizei gemeldet. Nach Angaben der Polizei hat er seine Aussage nicht sofort gemacht, weil er geglaubt habe, einer »Schweigepflicht« unterworfen zu sein. Diese Aussage ist bisher das einzige Indiz, das für eine Täterschaft Safwans spricht. Erst eine Aussage des Sanitäters im Prozeß kann genaueres ergeben. Über dessen Person ist bislang nichts bekannt. Sein relativ langes Warten vor seiner Aussage läßt seine Glaubwürdigkeit allerdings durchaus zweifelhaft erscheinen. Wegen der besonderen Umstände des Einsatzes und der Kürze der Behandlung der Verletzung, läßt sich auch die Glaubhaftigkeit seiner Angabe, er habe ein längeres »heimliches« Gespräch des Beschuldigten mit seinem Bruder mitangehört, in Frage stellen.

»Erhärtet« wurde der Tatvorwurf gegen den Angeschuldigten durch die Angabe der Ermittlungsbehörden, Safwan E. habe bei den Verhören »*Täterwissen*« gezeigt – also die Kenntnis von Tatumständen, die nur dem Täter bekannt sein können. Dies ist erstaunlich, denn wenige Tage nach dem Brand, als die Polizei von dem Beschuldigten »*Täterwissen*« gehört haben will, war noch kein umfangreiches Gutachten über die Brandentstehung bekannt. Bis jetzt sind die gesamten Umstände noch weitgehend im Dunklen. Aussagen, die erst wenige Tage nach dem Brand gemacht wurden, können kaum eindeutig als »*Täterwissen*« qualifiziert werden.

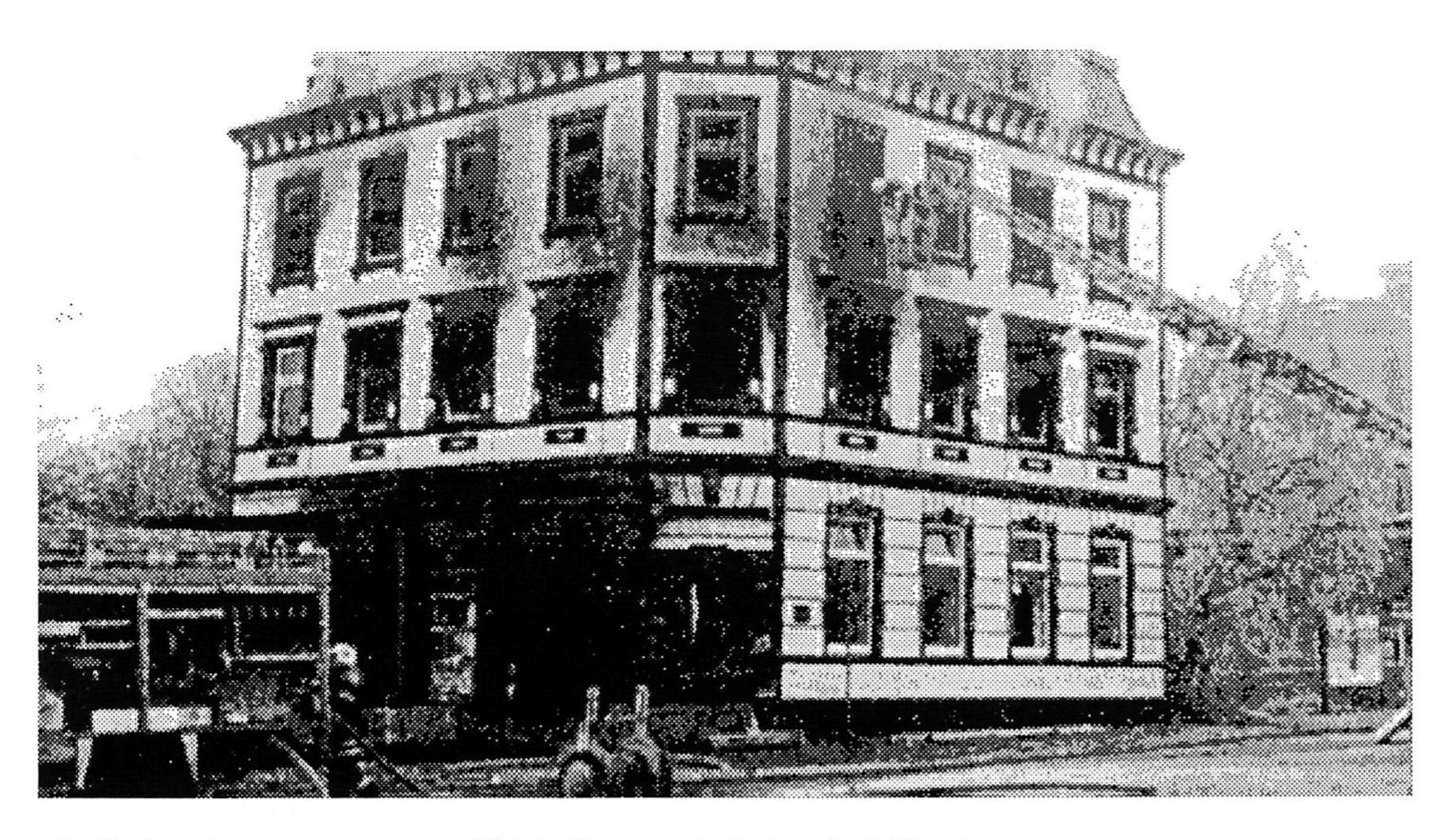
Die Angabe, es habe Streitigkeiten unter den Hausbewohnern, Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen »*ethnischen*« Gruppen gegeben, die als Motiv für die Tat angeführt werden, wirkt an den Haaren herbeigezogen. Schon kurz nach der Festnahme Safwan E.'s demonstrierten die Hausbewohner/innen einmütig, daß es solche Streitigkeiten nicht gab. Trotz ihrer Trauer und Verzweiflung, fast jeder hat eine/n Angehörige/n oder Freunde bei dem Brand verloren, verhielten sie sich bei Demonstrationen gemeinsam und erklärten, sie glaubten nicht an eine Täterschaft Safwan E.´s. Trotz etlicher Versuche von Ermittlungsbehörden und Journalisten ließen sie sich in der Folgezeit nicht spalten. Sie fordern weiterhin, die Ermittlungen nicht lediglich auf Safwan E. beschränkt zu führen.

In der Folgezeit erließ die Staatsanwaltschaft Lübeck eine Nachrichtensperre. Begründet wurde diese damit, daß die umfangreiche Pressetätigkeit die Ermittlungen beeinflussen könne. Später lancierten die Ermittlungsbehörden allerdings immer wieder Ergebnisse, die auf eine Täterschaft Safwan E.'s hinwiesen an die Medien. Dadurch wird für Unbeteiligte der Eindruck erweckt, mit der Nachrichtensperre habe sich die Staatsanwaltschaft lediglich unangenehme Fragen nach ihren dürftigen Beweisen gegen den Beschuldigten und ihren schlecht geführten Ermittlungen vom Halse schaffen wollen. Diese haben bis heute noch nicht zu brauchbaren Ergebnissen geführt. Ein Brandgutachten des Landeskriminalamtes erwies sich schon bald als nur bedingt brauchbar, da es auf der Basis von zweifelhaften Grundlagen erstellt wurde. So wurde z.B. zunächst von anderen als den tatsächlichen baulichen Gegebenheiten ausgegangen, Neigungen des Fußbodens wurden nicht einbezogen. Dadurch ist sehr zweifelhaft, ob das »Brandmittel« tatsächlich dort gelegt wurde, wo es die Landeskriminalbeamten vermuten, oder ob es erst an diese Stelle hingeflossen ist. Auch die Angaben zu anderen Details, wie die angeblich abgeschlossene Haustüre, und die Annahme der Polizei, ein Brandanschlag von außerhalb des Hauses könne ausgeschlossen werden, lassen sich nachhaltig in Frage stellen.

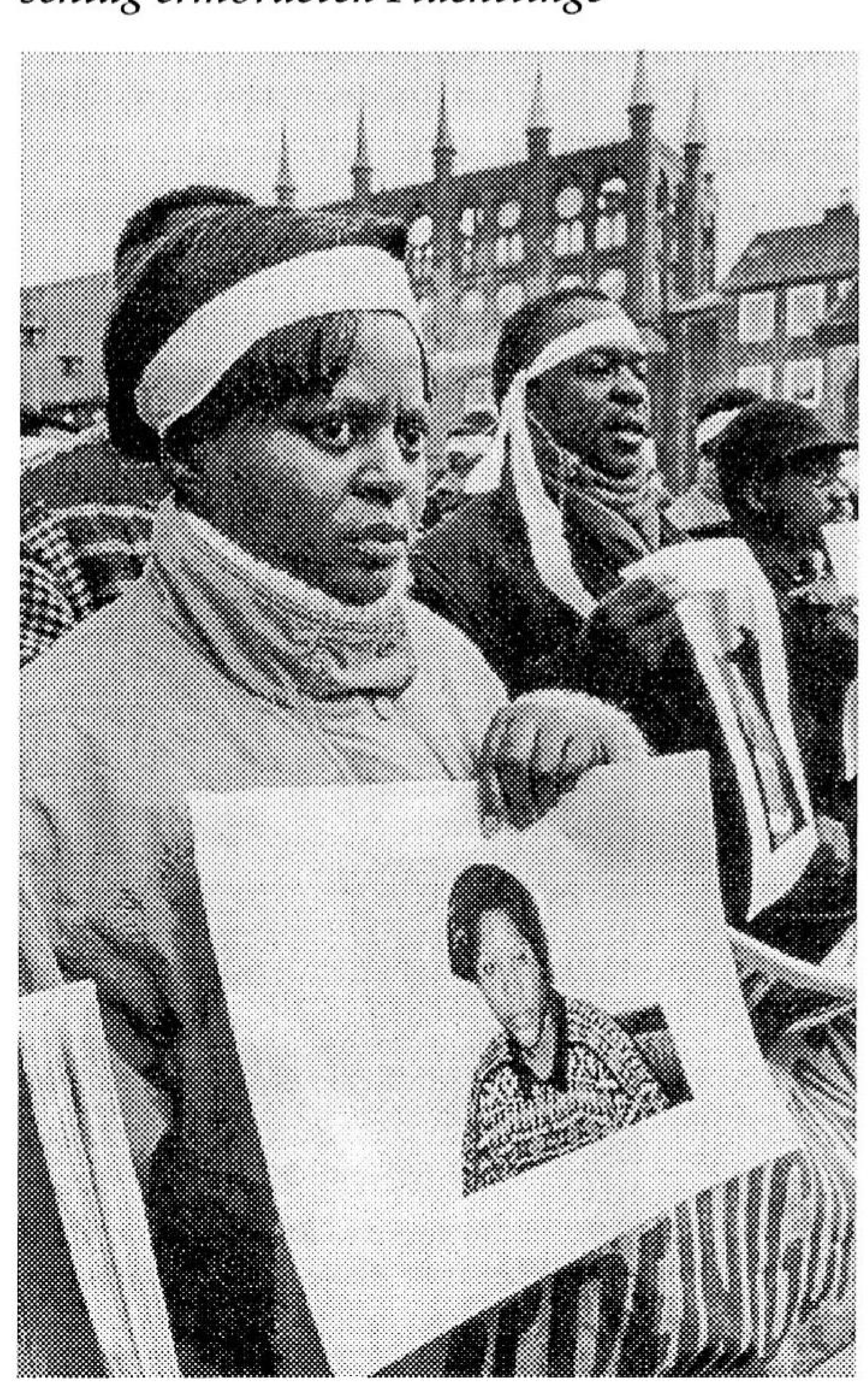
Im März deckten Journalisten auf, daß Gespräche Safwan E.'s mit Angehörigen, während der Besuchszeiten im Gefängnis von der Polizei abgehört wurden. Diese Aktion ist nicht nur illegal – immerhin steht

Angehörigen ein gesetzliches Aussageverweigerungsrecht zu, Verteidiger haben eine Schweigepflicht, alles was ihnen von einem Beschuldigten mitgeteilt wird, ist davon umfaßt und darf nicht gegen diesen verwendet werden – sie ist ein direkter Angriff auf seine Person. Schon jetzt ist er durch die Last des Tatvorwurfs und die besondere Gefängnissituation einem ungeheueren Druck ausgesetzt. Zusätzlich wird ihm durch die Abhöraktion die letzte Möglichkeit des privaten Austausches genommen. Von den Abhörprotokollen gelangten widerum vor allem diejenigen Passagen an die großen Medien, die für Safwan E. ungünstig erscheinen sollen. So haben er und sein Vater sich angeblich rassistisch und negativ über Afrikaner geäußert. Auch dies zeigt, auf welche Weise versucht wird, die Flüchtlinge zu spalten und mit welchen Mitteln versucht wird, die mangelnden Beweise »anzureichern«. Doch offensichtlich hat selbst diese illegale Aktion kein für eine Anklage ausreichendes Ergebnis gebracht. Zwar wurde die Untersuchungshaft Ende März verlängert, eine Anklage steht allerdings in weiter Ferne.

Polizei und Staatsanwaltschaft halten weiterhin an ihrer Darstellung fest. Trotz lückenhafter Beweise und mangelhafter Ermittlungsarbeit wird Safwan E. der Öffentlichkeit als der Täter präsentiert. Entlastende Beweise werden der Öffentlichkeit nicht offengelegt. Endlich müssen alle bekannten Fakten auf den Tisch, Spekulationen und Vermutungen dürfen nicht dafür herreichen, einen Beschuldigten weiter in Untersuchungshaft zu halten. Gibt es keine ausreichenden Beweise, und bisher sind der Öffentlichkeit keine vorgelegt worden, so muß Safwan E. nicht nur als unschuldig gelten, sondern auf freien Fuß gesetzt werden. Das fordern neben vor Ort aktiven antifaschistischen und antirassistischen Gruppen und Initiativen auch ehemalige BewohnerInnen des ausgebrannten Hauses und eine Initiative, die eine internationale Untersuchungskommission einsetzen will, um die wirklichen Geschehnisse zu ermitteln.



*die Ruine des abgebrannten Flüchtlingswohnheims in Lübeck*



*trauernde Angehörige der beim Brandanschlag ermordeten Flüchtlinge*

Eines ist durch die Tragödie in Lübeck erneut deutlich geworden: die herrschende Asylpolitik in der Bundesrepublik ist inhuman. Flüchtlinge werden zwangsweise in überfüllte Sammelunterkünfte eingewiesen; ihnen wird nichteinmal der Sozialhilfesatz zum Leben zugestanden; häufig werden sie auf den Ämtern schikaniert und ständig ist ihr Leben von der Furcht vor Abschiebung und Übergriffen überschattet.

Diese Abschreckungspolitik gegen Menschen, die hier Schutz und Hilfe suchen, ist entscheidend mitverantwortlich für die Entstehung und das Ausmaß des Brandes in der Lübecker Hafenstraße – ganz egal, wem letztlich die Tat nachgewiesen werden kann. Daß bei dem Brand elf Menschen ihr Leben verloren, hat mit der besonderen Unterbringung zu tun. Bei den gedrängten Wohnverhältnissen, Überbelegung aller Zimmer, zuwenig Abstellplatz für private Gegenstände und kaum vorhandenen Brandschutzvorrichtungen kann jeder technische Defekt zu einem katastrophalen Brand führen. Spannungen zwischen den BewohnerInnen, wie sie Safwan E. als angebliches Motiv für die Tat unterstellt werden, werden durch die Unterbringung und die Existenzängste, ausgelöst durch die dauernde Belastung durch den ungewissen Ausgang der Asylverfahren, denen die Flüchtlinge unterworfen werden, provoziert. Selbst wenn also der Brand von einem Hausbewohner ausgelöst worden wäre, trägt die für diese Umstände verantwortliche Politik die Verantwortung für die Opfer. Andererseits wird bei Betrachtung der Wohnzustände in einer solchen Sammelunterkunft erneut deutlich, wie Flüchtlinge durch ihre gemeinsame und isolierte Unterbringung Nazis und Rassisten geradezu als Angriffsziel angeboten werden.

Antifaschistische Kräfte des »Lübecker Bündnis gegen Rassismus« hatten schon kurz nach dem Brand zu Aktionen gegen Nazis und gegen die Asylgesetzgebung aufgerufen. In diesem Sinne hatte sich auch der Lübecker Bürgermeister BOUTEILLER geäußert. Man mag von diesem halten was man will, er ist bisher immer eindeutig gegen Nazis und Rassisten aufgetreten. Direkt nach dem Brand rief er die Bevölkerung Lübecks zu »sozialem Ungehorsam« gegen eine mögliche Abschiebung von durch den Brand betroffenen Flüchtlingen auf. Die von ihm persönlich zugesagte Unterstützung setzte er auch um, indem er zwei Angehörigen von bei dem Brand Gestorbenen Ausweisdokumente ausstellen ließ, die eine Wiedereinreise in die Bundesrepublik ermöglichen sollten. Dafür und für die von ihm geäußerte Vermutung, daß der Brand durch Nazis gelegt wurde, wurde er in der Folgezeit stark angegriffen. Die CDU sah eine Möglichkeit sich im Wahlkampf zu profilieren. THORSTEN GEIßLER attackierte den SPD-Bürgermeister scharf. Er warf ihm vor, sich auf Kosten der Brandopfer politisch profilieren zu wollen. FDP und CDU forderten die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Bouteiller. Geißler nutzte seine Angriffe gegen den Bürgermeister, um insgesamt gegen Flüchtlinge und gegen Solidaritätsaktionen für Flüchtlinge zu hetzten. Dabei beabsichtigte er wohl, das in Lübeck traditionell starke äußerst rechte Wählerpotential zu gewinnen. Ihm und der übrigen Lübecker CDU schlossen sich schon bald etliche »anständige Deutsche« an: der frühere REP-Kandidat GEBHARD SCHMIDT hetzte in einem Leserbrief an die Lübecker Nachrichten vom 24.1.1996 Bouteiller habe »*die Rechtsparteien ob dieser ruchbare Tat angeprangert*« und »*tumben Deutschenhaß*«

gepredigt. HENNING WOLF, als Herausgeber des »FEHMARNSCHEN TAGEBLATTES« 1990 in den Vorstand der DVU gewählt schrieb in einem Brief an die JUNGE FREIHEIT (JF): »*Wenn Herr Bouteiller, der seinen Eid auf den deutschen Staat geleistet hat, nun die deutsche Öffentlichkeit aufruft, Gesetzesbruch zu betreiben ... stellt sich dem loyalen demokratischen, gesetzestreuen Bürger diese Frage: Sollte Herr Bouteiller nicht lieber 'auswandern'? Vielleicht nach Nordvietnam, China oder Kuba?..."* (5/96). Der Berliner Nazi THORSTEN THALER hatte ebenfalls in der JF gefordert, »*der Fall Bouteiller gehört jetzt auf die politische Tagesordnung*«. Die Lübecker CDU kam dieser Forderung glatt nach.

Auch wenn die Hetzkampagne den Wahlkampf nicht wesentlich beeinflußt hat (die CDU konnte in Prozenten allerdings ungefähr so viel gewinnen, wie die DVU verlor – auch ein Erfolg), sie ist ein wichtiger Bestandteil in der Auseinandersetzung um das Asylrecht.

Jeder Ansatz, eine größere Öffentlichkeit für die Belange von Flüchtlingen zu gewinnen, und das bestehende Recht anzuprangern, wird aufs schärfste attackiert. Solidaritätsinitiativen sollen isoliert werden.

Die SPD erkannte wohl, daß es bei der Auseinandersetzung nicht nur um den Streit über den SPD-Bürgermeister ging. Sich in diesem Falle hinter Bouteiller zu stellen hätte bedeutet, gegen die herrschende Flüchtlingspolitik Stellung zu beziehen. Statt das Vorgehen der CDU als Rechtfertigung einer menschenverachtenden Flüchtlingspolitik anzugreifen, erklärte Regierungschefin SIMONIS, es müsse geprüft werden, ob Bouteiller gegen seinen Amtseid verstoßen habe. Ansonsten kamen von den SPD-Offiziellen nur »*betroffene*« Allgemeinplätze. Ein Begräbnis zweiter Klasse für den ungeliebten Bürgermeister Lübecks und ein Angebot an die CDU/FDP-Regierung in Bonn, weiterhin deren Flüchtlingspolitik zu unterstützen. Innenminister KANTHER hatte bereits im Januar die SPD aufgefordert die Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen zu unterstützen, denn »*wir müssen klarstellen, daß Deutschland kein Einwanderungsland ist und auch nicht werden soll*« (Welt 29.1.1996). Die schleswig-holsteiner SPD-Führung hat mit ihrem Verhalten gegenüber den Flüchtlingen in Lübeck und Bouteiller die Antwort schon gegeben.

In Lübeck wird sich in nächster Zeit herausstellen, inwieweit es möglich ist, Widerstand gegen diese Politik zu entwickeln: im Gegensatz zu Bouteillers Versprechen droht einigen der Brandopfer mittlerweile die Abschiebung.

Einer Demonstration am 9. März vor der JVA Lübeck, die die Freiheit des Beschuldigten Safwan E. forderte, wurde die Benutzung von Lautsprechern vor der JVA untersagt. »*Die Abschiebehäftlinge sind gut ansprechbar auf Parolen ... Sie sind gewaltbereit ...*« so die Begründung des Ordnungsamtes. ■

Fan/AV, Kiel

---

# »Menschenjäger«

## Funkmitschnitte entlarven BGS

Die rassistische Gesinnung, die sich im Bundesgrenzschutz breit gemacht hat, dokumentieren Funkmitschnitte aus dem Raum Aachen, die das dortige Flüchtlingsplenum im Januar verschiedenen Medien zur Verfügung stellte. Erfolg der Enttarnung ist ein Ermittlungsverfahren beim BGS Bonn. In der Öffentlichkeitsarbeit des Grenzschutzes wird natürlich versucht, die Vorkommnisse als Einzelfälle abzutun. Doch auch aus anderen Regionen sind solche Fälle bekannt. Mitschuld tragen aber nicht nur die staatlich bezahlten »Menschenjäger« (ein Zitat aus dem eigenen Jargon). In den Grenzgebieten Brandenburgs werden z.B. die meisten Flüchtlinge aufgrund von Denunziationen aus der örtlichen Bevölkerung aufgegriffen.

Es ist uns nicht möglich, die kompletten Mitschnitte zu dokumentieren. Die Auswahl beschränkt sich also auf einige besonders skandalöse Äußerungen der BGSler. Erst im Gesamtzusammenhang der Protokolle wird indes klar, in welcher Gesinnung und mit welchem Zynismus die bezahlten »Menschenjäger« ihre »fröhlichen Jagden« aufnehmen - ein besonderes Beispiel für »deutschen Humor".

Dem Flüchtlingsplenum wurden die Mitschnitte zugespielt als Reaktion auf eine Kampagne »Der BGS – voll im Blick«. Die Aachener rufen dazu auf, in anderen Grenzregionen ähnlich kritisch auf die Arbeit des BGS zu schauen – dann wird sich herausstellen, ob es sich um Einzelfälle handelt. Informationen und Fragen an: Flüchtlingsplenum, Goethestr.3, 52064 Aachen.

Die Funkmitschnitte sind von uns stark gekürzt. Sie gehen auf systematische Menschenjagden im belgisch-holländisch-deutschen Dreiländereck zurück. Maßgeblich ist hierbei das Aussehen der Gejagten, besonders: deren dunkle Haut. Mit »Streife« sind z.T. unterschiedliche BGS-Streifen gemeint.

**Streife (S):** »*Kabrio Mercedes gesehen gerade. Den holen wir uns. Da ist also ein Neger drin (...) Wir haben hier einen dicken Daimler mit einem Neger drin.*«
**Zentrale (Z):** »*Habt Ihr den anderen? (...)*«
S: »*Der war negativ.*«
Z: » *... kannst Du den noch kriegen?*«
S: »*Ja, wenn wir uns Mühe geben.*«
Z: »*Dann bemüh Dich mal!*«
S: »*Was liegt denn vor?*«
Z: »*Der gehört zu dem Bimbo mit dem SL.*«
Als sich ein Opfer als »legal« herausstellt, kommentiert eine Streife den Hinweis der Zentrale: »*dann kannst Du ihn laufen lassen*« mit den Worten: »*Ja, schade!*«
S: »*Deine Kundschaft, die ist gerade wieder reingereist... Wir sind dahinter.*«
**Zentrale:** »*Holt sie Euch! Guckt mal ein bißchen, wo sie hinfahren. Und wenn sie also weiterfahren, wenn es nicht zu erkennen ist, daß sie ausreisen wollen, dann krallt sie Euch!*«
S: »*Ja, verstanden (...)*«
Z: »*Holt sie raus und führt sie zurück nach Belgien. Aber, wenn sie das Maul aufmachen, haut ihnen ruhig eins drauf!*«
S: »*Jau.*«
Z: »*Okay. (...)*«
S: »... die drei Personen sind zurück nach Belgien.«
**Zweite Streife:** »*Super!*«
Z: »*Habe verstanden.*
**Zweite Streife:** »*Ohne blaues Auge?*«
S: »*Ohne.*«
**Zweite Streife:** »*Schade.*«

Bei einer Personalienkontrolle ergibt sich der folgende Dialog:
Z: »*... Der ist... wegen Verdacht der unerlaubten Gewerbeausübung zurückgewiesen worden. Ich nehme an, es ist ein Indianer.*«
S: »*Ja, unsere Freunde, die Equadorianer sind, die Musiker (...)*«
Z: »*Gleich machen wir beide mal Musik, ej!*«
S: »*Dann kommst Du aber aus dem Takt, Hubert. vermutlich*«
Z: »*Wer hetzt Indianer durch die Eifel? Ein Menschenjäger, ohne Zweifel!*« ■

# »Jede Krankheit ist heilbar, aber nicht jeder Kranke«

**Dieser Artikel wurde uns freundlicherweise zur Verfügung gestellt von der Gruppe Zusammenhängende 'Schatten ins Licht'
c/o Asta FU
Kommunikationsreferat
Kiebitzweg 23
14195 Berlin**

## Esoterik-Tage '96: Theosophen, Urchristen und Synergetiker auf dem Weg in ein neues Zeitalter menschlicher Ungleichheit und Unterordnung

Seit mehreren Jahren schon organisiert die »ESO-TEAM MESSE- UND KONGREß GMBH MÜNCHEN« die »Esoterik-Tage«. Diese selbsternannte Fachmesse für »*Selbsterkenntnis, Meditation und Handlesen*«, welche in sechsmonatlichen Zyklen quer durch Deutschland und Österreich tingelt, hat sich dabei immer mehr zu einem Anlaufpunkt für Sekten aller Couleur entwickelt. Im exklusiven Ambiente des Logenhauses Berlin, wo ansonsten Großkonzerne (Bayer, Panasonic), Banken (Dresdner), Parteien (CDU) und Burschenschaften (Gothia) ihre Tagungen abhalten, konnten sich so vom 15. bis 17. März nicht nur kommerzielle Astrologen und Wahrsager tummeln, sondern auch diverse religiös-rechtslastige Splittergruppen für sich werben. Zu einer festen Institution ist dabei der theosophische »STUDIENKREIS FÜR NICHTUNIVERSITÄRE HEILWEISEN E.V.« geworden, der sich auf HELEN P. BLAVATSKY mit ihrer von der völkischen Bewegung rezipierten »Wurzelrassentheorie« bezieht[1]. In mies layouteten Schriften entwickelt diese auf Berlin beschränkte Gruppe eine hierarchische Vorstellung vom »*Weg zum Seelenheil*«. So muß der Mensch bestimmte Naturgesetze »*dienend*« erfüllen, um die höchste Stufe des Karmas, den »*Meister-Himmel*«, zu erreichen[2]. Nach Blavatsky sind die Erfolgsaussichten dabei angeblich abhängig von den früheren Leben und der »*rassischen Herkunft*« des entsprechenden Menschens. So werden KZ-Häftlinge für ihr Leiden selbst verantwortlich gemacht (da sie vor ihrer Reinkarnation Tiere gequält hätten)[3], der Holocaust insgesamt als »*reinigendes Feuer*« beschrieben[4] bzw. Schwarze und Juden, als »*Unter-*« bzw. »*arische Mischrasse*«, gänzlich aus dem »*göttlichen Schöpfungsplan*« ausgeschlossen und zum »*Verlöschen*« freigegeben[5].

In den Bereich totaler sozialer Kontrolle und wirtschaftlicher Ausbeutung ist dagegen die »urchristliche« Sekte »UNIVERSELLES LEBEN« einzuordnen[6], die ebenfalls zwischen Yoga-Gymnasten und Bachblüten-Therapeuten ihre Zeitung »CHRISTUSSTAAT« verteilen konnte. Den Namen als Programm, strebt diese Organisation eine politische Weltordnung an, die sich einzig und allein aus den Worten der Prophetin und Gründerin des Universellen Lebens GABRIELE WITTEK ableiten läßt. Auf einem hochgesicherten Bauernhof bei Würzburg lebend, sind ihre Worte nur noch über einen eigenen Radio-Sender (»STUDIO SANTEC«), Aufnahmecassetten oder in einer der 80 lokalen »GEIST-CHRISTUSKIRCHEN« zu vernehmen. Dennoch wird schon heute im Großraum Würzburg in mehr als 100 Firmen und Kapitalgesellschaften nach dieser »geoffenbarten« Betriebsordnung gearbeitet, bei der die Gleichheit der dort schuftenden Sektenmitglieder (intern »Bienen« genannt) darin besteht, daß sie alle keinen Pfennig verdienen. In diesem alle Lebensbereiche durchdringenden Miniaturstaat »*Neues Jerusalem*«, der die »*Keimzelle*« der angestrebten Weltdiktatur bilden soll, gibt es desweiteren schon einen eigenen Kindergarten, eine (von Bayern staatlich anerkannte) Grundschule, ein Krankenhaus (»Haus der Gesundheit«), diverse Sozialeinrichtungen (z.B. »Helfende Hände«), sowie ein Seniorenheim nebst Friedhof. Desweiteren agiert das Universelle Leben auf kommunaler Ebene als Partei der »URDEMOKRATEN FÜR RECHT UND FREIHEIT« und hat zur Vernetzung der weltweit 100.000 Sektenmitglieder das »INTERNATIONALE INSTITUT FÜR ERFAHRUNGSHEILKUNDE« gegründet.

Mit diesen Ansätzen stehen die Sekten aber keineswegs in einem Gegensatz zu esoterischen Positionen, die immer noch meinen, Charaktereigenschaften an Kopf-, Handflächen- oder sogar Fußprofilen erkennen zu können. Auch die von der VW-Stiftung geförderte und bei den »Esoterik-Tagen« stark vertretene Synergetik leitet beispielsweise gesellschaftliche Probleme aus der Natur ab. So glaubt ihr Begründer, der Physiker HERMANN HAKEN, Verhaltensweisen von Wirtschaftsunternehmen bzw. gesellschaftliche Meinungsbildung aus den Bienenwabmustern chemischer Spiralwellen herausinterpretieren zu können. Ebenso sind nach der synergetischen Theorie Krankheiten wie Krebs durch den Patienten selbst heilbar und jeder immer-noch Kranke so selbst Schuld an dieser. BERND JOSCHKO, Leiter des ersten synergetischen Therapiezentrums »KAMALA«[7] und ehemaliger Entwicklungsingenieur beim Bundeskriminalamt, sieht in dieser neuen Heilslehre daher auch keinen (ideologischen) Bruch, sondern eine Verlagerung seiner früheren Tätigkeit. Während er damals »*die weltweit beste Beobachtungstechnik suchte, um im 'Außen' gesellschaftliche Probleme zu lösen*«, konzentriert er sich heute auf die »*besten Therapie- und Beobachtungsstrategien, um im 'Innern' individuelle Probleme zu lösen*«[8].

Mit dieser Einstellung ist sich die esoterische Bewegung, die von den Theosophen als »ENTSTEHUNGSORT DER SECHSTEN WURZELRASSE« begeistert unterstützt wird[9], prinzipiell mit den Bhagwan-Jüngern des Osho-Hauses Berlin einig, für die Homosexualität, Frauenbewegung und Aids »*die Quittung für Jahrtausende sexueller Unterdrückung und Lebensfeindlichkeit*«[10] darstellen. ■

Weitere Termine der »Esoterik-Tage«: 12.-14. April in Frankfurt (Bürgerhaus Bornheim); 26.-28. April in München (Löwenbräukeller); 13.-15. September in Bregenz (Festspielhaus); 27.-29. September in Berlin (Logenhaus); 11.-13. Oktober in Stuttgart (Kursaal Bad Cannstatt); 18.-20. Oktober in Köln (Stadthalle Mühlheim); 25.-27. Oktober in München (Löwenbräukeller); 1.-3.November in Frankfurt (Bürgerhaus Bornheim); 8.-10. November in Wien (Kongresshaus); 29.-1. Dezember in Mannheim (Rosengarten)

---

1) siehe Eduard Gugenberger/ Roman Schweidlenka 'Mutter Erde – Magie und Politik' (1986) S.133 ff.
2) nach den Schriften 'Wohin zielt die Menschheit', 'Die Religion der Zukunft' und 'Die Dienenden'
3) nach Beatrice Flemming (führende Theosophin in Berlin) 'Das theosophische Weltbild' (1976) S.82
4) Alice Bailey (1949); nach Peter Bierl 'ÖkoLinx' Nr. 11/93
5) Helen P. Blavatsky 'Die Geheimlehre'
6) siehe Hans Gasper/ Joachim Müller/ Friederike Valentin (Hg.) 'Lexikon der Sekten, Sondergruppen und Weltanschauungen' (1990) S.1106 ff.
7) In diesem Haus kostet eine Woche Therapie 2250 (!!!) DM – so viel zu 'jede Krankheit ist heilbar'
8) Nach der Hochglanzbroschüre 'Synergetik Therapie'
9) Nach Peter Michel 'Die Botschafter des Lichts' (1983/84) S.113
10) In 'Gesamtprogramm' des Osho-Verlages; S.19

# Nationales Pressearchiv in Bedrängnis

**In der letzten Ausgabe des Infoblattes haben wir versucht, die Umstrukturierung der Naziszene nachzuzeichnen. Ein besonders wichtige Rolle bei dieser Umstrukturierung spielen Projekte wie Nationale Infotelefone, Zeitschriften, Versände und Archive. An dieser Stelle berichten wir etwas ausführlicher über das Nationale Pressearchiv aus Frankfurt/Oder.**

Seit 1993 betreiben Neonazis in Frankfurt/Oder ein sog. »NATIONALES PRESSEARCHIV« (NPA). Laut einer Selbstdarstellung will das NPA »*einen Beitrag zur weiteren Vernetzung innerhalb der nationalen Opposition leisten*«. Gesammelt wird alles aus dem rechtsextremen, neonazistischen und »*nationalen Lager*«, aber auch Material aus bürgerlichen Zeitungen und linken Publikationen. O-Ton: »*Zeitungsberichte über: Publikationen unserer Gemeinschaft, Gewalt gegen Deutsche, Asylmißbrauch und 'Multikultur', Vereintes Europa, Deutschenhetze der Systempresse allgemein*«. Ein zweiter Schwerpunkt des NPA besteht in der Zuarbeit für die militanten ANTI-ANTIFA-Strukturen der Neonazis. Wörtlich heißt es dazu vom NPA: »*In Zusammenarbeit mit allen Anti-Antifa-Gruppen suchen wir: Zeitungsartikel und Augenzeugenberichte über linke Gewalt gegen Kameradinnen und Kameraden unserer Gruppen, Informationen über linke Strukturen und deren Militanzbereitschaft, Infos über Spitzel und destruktive Kräfte, systemherrliche Journalisten und so weiter.*«

Das NPA wirbt nicht nur über die diversen NATIONALEN INFOTELEFONE und in den einschlägigen Publikationen wie der BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ) der NATIONALEN, sondern auch international, z.B. Anfang 1995 in der schwedischen Neonazizeitung »WERWOLF«.

Seit Anfang 1995 tritt das NPA auch mit einer eigenen Publikation auf, dem »NATIONALEN BEOBACHTER«. Das kopierte Blättchen berichtete in seiner ersten (und möglicherweise einzigen?) Ausgabe über einen mißlungenen Anwerbeversuch des Verfassungsschutzes bei dem ehemaligen Kader der NATIONALEN ALTERNATIVE, FRANK LUTZ. Dazu kommen Berichte über die Aktivitäten der JN und dem Prozeß gegen den österreichischen Neonazi HANS JÖRG SCHIMANEK. Nebenbei wird noch für diversese einschlägige Neonazi-Blätter geworben – u.a. NATION & EUROPA, BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG, JUNGES FRANKEN und die Berlin-Brandenburger NPD-Zeitung »ZÜNDSTOFF«. Zielgruppe sind neben organisierten Neonazis offensichtlich auch rechtsgerichtete Skinheads.

Betreiber des NPA und presserechtlich Verantwortlicher für den Nationalen Beobachter ist der Frankfurter Neonazi DANNY SOWADE. Sowade war Mitglied der NATIONALISTISCHEN FRONT und gehörte nach dem NF-Verbot auch zum engeren Kaderkreis der SOZIALREVOLUTIONÄREN ARBEITERFRONT (SrA). Sowade und die Frankfurter NF-Strukturen – immerhin gab es in Frankfurt zwei NF-Stützpunkte – sind schon länger in Sachen Anti-Antifa aktiv. In der Ausgabe Nr. 5/94 des NF-Blatts ANGRIFF wurden Namen und Adressen vermeintlicher AntifaschistInnen aus Frankfurt/Oder veröffentlicht. Die Folgen für die Betroffenen waren monatelanger Psychoterror und Drohanrufe.

Ein weiteres Beispiel für die enge Zusammenarbeit des NPA mit den bundesweiten Anti-Antifa-Strukturen war die Anmeldung einer Solidaritätsdemonstration für das NPA unter dem Motto »*Gegen staatliche Repression und Postzensur gegen das Nationale Pressearchiv*« durch den als »Einblick«-Hersteller bekannten Neonazi SASCHA CHAVES-RAMOS und dessen »ANTI-ANTIFA-INFOGRUPPE NAUMBURG/SAALE« im November 1995. Die Demonstration, zu der über die Nationalen Infotelefone geworben worden war, wurde vom Polizeipräsidenten in Frankfurt/Oder verboten. Auch Wehrsport gehört zum Programm der Frankfurter Neonaziszene. Einige ausgewählte Kader wurden zur Waffen- und Sprengstoffausbildung nach Österreich geschickt.

Daß staatliche Verbote sich wenig auf militante Neonazi-Strukturen auswirken, wird auch am Beispiel des NPA deutlich. Eine polizeiliche Durchsuchung des NPA im Januar 1994 führte nur dazu, daß Sowade das Postfach wechselte. Sowade, der bei seinen Eltern wohnt, führt das NPA mit dem Postfach 533, 15230 Frankfurt/Oder unbeirrt weiter.

AntifaschistInnen, denen die Aktivitäten des NPA und der Frankfurter Neonaziszene ohnehin schon lange gereicht hatten, schlossen sich dann im Januar dieses Jahres zu einer »Initiative gegen das Nationale Pressearchiv« zusammen. Danny Sowades NachbarInnen wurden aufgeklärt, Presseinformationen verschickt und Anfang März fand auch eine Demonstration gegen das NPA mit ca. 300 TeilnehmerInnen in Frankfurt/Oder statt. Ein großes Polizeiaufgebot verhinderte allerdings, daß die Demo direkt zur Wohnung von Sowade kam. Sowade selber verschickte angesichts des massiven Gegenwinds schon wenige Tage nach den ersten Presseberichten über das NPA eine eigene Stellungnahme, mit der Überschrift »*Selbstauflösung*«. Darin wird behauptet, daß sich das NPA wegen seiner »*finanziellen Situation*« und »*voranstehenden Ermittlungsverfahren*« mit Datum vom 31. Januar 1996 auflösen würde. Nach Angaben aus der Frankfurter Lokalpresse läuft wohl derzeit ein Ermittlungsverfahren nach § 129a gegen Danny Sowade. Was von derartigen »Selbstauflösungen« zu halten ist, dürfte klar sein – weitermachen wie gehabt. Sicherlich ist das NPA nicht »die Terrorzentrale« im Osten, aber es ist ein nicht unwichtiger Baustein im Netzwerk der Anti-Antifa-Strukturen. ■

*Danny Sowade*



# Verdeckte Kaderstrukturen und subkultureller Rassenkrieg

## Über die Umstrukturierung der Nazi-Skin Bewegung

**Zwischen 1992 und 93 wurde gegen die Nazi-Skin Szene in Deutschland von Seiten der Behörden massiv vorgegangen. Geld- oder Haftstrafen wegen der Verbreitung von volksverhetzenden Inhalten oder Aufstachelung zum Rassenhass waren keine Seltenheit. Presseberichte über sog. »Hass-Rock« häuften sich und vermittelten das Bild dummpöbelnder, gewaltbereiter und betrunkener Jugendlicher. Der eigentliche Charakter der NS-Skins wurde dabei kaum beschrieben. Je spektakulärer, desto besser ließ sich die Story verkaufen, war das Motto dieses Journalismus. Gleichzeitig entdeckten selbsternannte »Skinhead-Experten« wie Klaus Farin oder Eberhard Seidel-Pielen den »unpolitischen« Skin und zeichneten ein mangelhaft differenziertes und schwammiges Bild der Szene. Schließlich ließ sich das Thema zu diesem Zeitpunkt gut vermarkten. Übrig blieb in der öffentlichen Darstellung das Kredo von verwirrten Fascho-Kids, die »weiße Schnürsenkel in den Springer-Stiefeln und auf den Bomberjacken Aufnäher mit 'Deutschland den Deutschen' und 'Ausländer Raus'«[1], tragen wie jüngst der »Stern« in einer Reportage über Jugendkulturen in Deutschland schrieb. Aktuell hat die angebliche »Jugendkultur« der Nazi-Skins eine neue Dimension erreicht, die vor zwei Jahren kaum denkbar gewesen wäre.**



*Die Nazi-Band Freikorps aus Reihnfeld, 2.v.l. Band-Chef Kai Stüwe*

### Trendwende: Kommerz und Kaderstrukturen

Nach der Repression gegen die Boneheadszene tauchten führende Nazi-Skins ab oder Szene-Zeitungen[2] wurden eingestellt. So trat etwa die 1993 zu insgesammt 40.000 DM Geldstrafe verurteilte Band RADIKAHL aus Nürnberg über zwei Jahre nicht mehr auf, um inzwischen erneut gemeinsam mit international führenden NS-Bands auf Konzerten zu spielen. Der Kern der deutschen Nazi-Skin-Strukturen blieb trotz der Repression erhalten. Nach einer Phase der Umstrukturierung ist die Szene neukonstituiert und gefestigter als bisher. Mit diesem Prozeß ist eine Professionalisierung der Nazi-Skin-Szene in einem internationalen Rahmen zu beobachten.

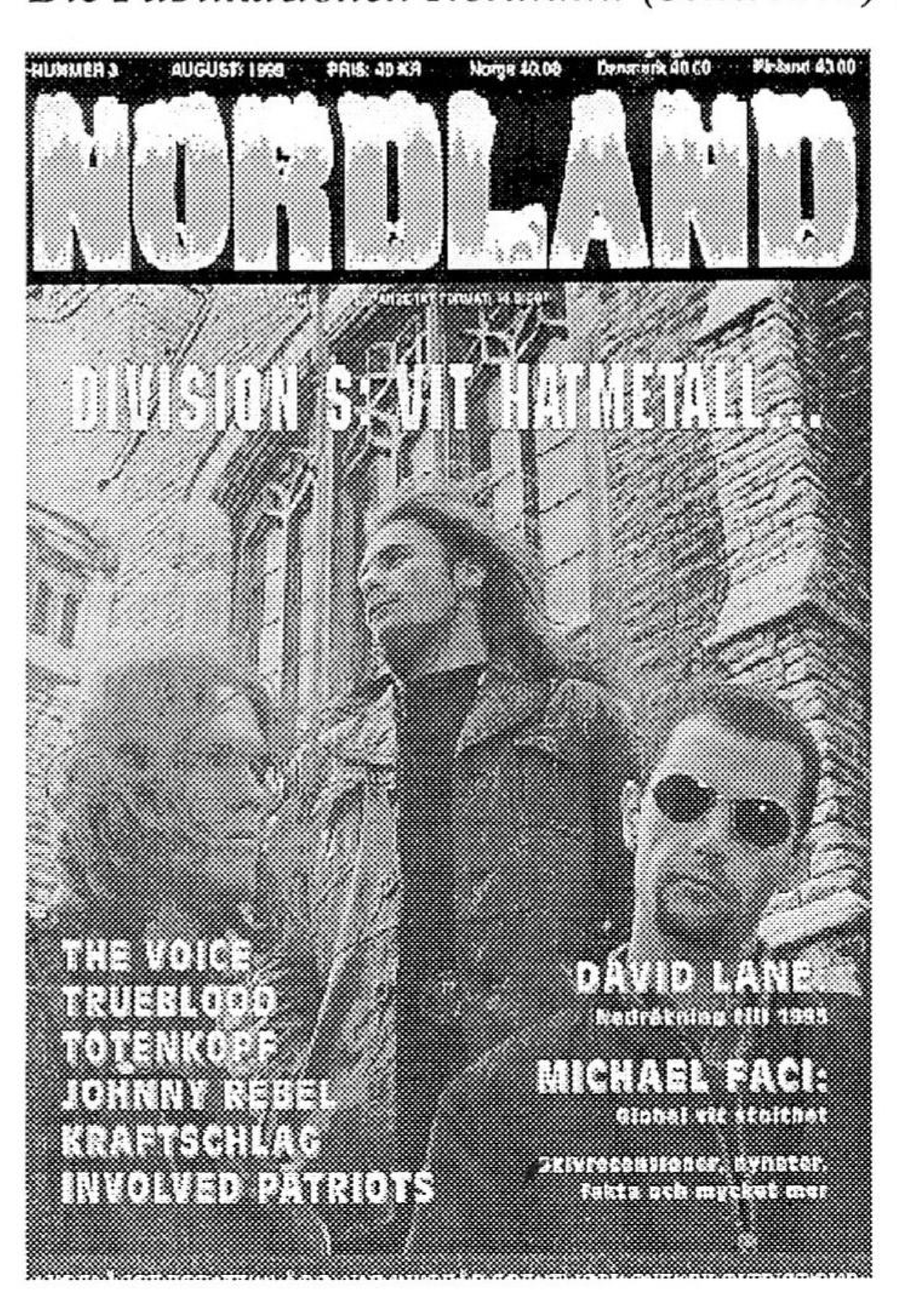
Eine faschistische Subkultur tritt aus ihrem Schatten, sie vermarktet mit großem Profit rassistisches und nationalsozialistisches Gedankengut im jugendlich zeitgemäßen Stil. Federführend bei diesem Trend ist das in den USA beheimatete Plattenlabel RESISTANCE-RECORDS und ihre schwedische Variante NORDLAND. Das Geschäft mit der Nazi-Musik boomt, Bands wie ULTIMA THULE erreichten in Schweden Platz Eins der Charts. Die Bremer Band ENDSTUFE verkaufte im Laufe ihres Bestehens ca. 100000 Tonträger. Die Gewinne die damit erzielt werden sind beachtlich. So kostet die Herstellung einer CD ungefähr 5 Mark, welche jedoch zum Preis vom 25 bis 30 Mark verkauft werden. Im vergangenen Jahr produzierte NORDLAND nahezu 30 verschiedene Tonträger, die mit Einzelauflagen zwischen 2000 und 7000 Exemplaren erschienen. Darunter befand sich auch eine Veröffentlichung der deutschen Band KRAFTSCHLAG aus Itzehoe. Diese war 1994 wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Gewaltverherrlichung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden. Im folgenden formierte sich Kraftschlag neu, wobei mehrere schwedische Nazis Teil der Band wurden. Die guten Kontakte der Band nach Schweden gehen auf deren Sänger JENS APFEL zurück, welcher 1995 nach Göteborg

gezogen war. »*Der unbestreitbare Vorteil an Schweden ist ja, daß es dort kein NS-Verbot (...) gibt.*«[3], bewertet Apfel seinen Ortswechsel.

Schweden hat international betrachtet eine der größten Nazi-Skin-Szenen. Diese wird vorallem durch den VIT ARISKT MOTSTAND (VAM – WEIßER ARISCHER WIDERSTAND) getragen. Die seit Anfang der 90er Jahre bestehende VAM ist eine terroristische Vereinigung, deren Mitglieder selbst vor Mord nicht zurückschrecken. Die organisatorischen Strukturen der VAM basieren auf dem Konzept des»leaderless Resistance « (führerloser Widerstand). Dieses Organisationsmodell strebt einzelne, »autonom« organisierte Nazi-Zellen an, die auf der Grundlage einer gemeinsamen NS-Ideologie vereint sind, aber weitgehend dezentral und selbständig handeln. 1993 nahmen ca. 20 VAM-Aktivisten an dem RUDOLF-HESS-GEDENKMARSCH in Fulda teil. Genau aus dem Zusammenhang der VAM ist das bereits erwähnte Label Nordland entstanden, welches seit 1995 eine gleichnamige Publikation herausgibt. Das sogenannte Nordland-Fanzine sprengt jedoch den üblichen Rahmen der NS-Skin-Publikationen. Die jüngste Ausgabe erschien Anfang 1996 in einer Auflage von 20.000 Exemplaren und umfaßt 60, teilweise vierfarbige Seiten. Das Hochglanz-Magazin wird von dem Nazi-Skin-Führer PATRICK ASPLUND aus Stockholm herausgegeben. Bei derartigen Propagandamitteln ist es kein Wunder, wenn die Stockholmer Szene inzwischen ca. 1000 Nazi-Skins umfaßt. Programmatisch versucht der Zusammenhang von Nordland und Resistance-Records die Ideologie des Nationalsozialismus über Musik professionell zu vermarkten und für ein breites, über die Nazi-Skin-Subkultur hinausgehendes Spektrum von Jugendlichen attraktiv zu gestalten. »*Wir müssen unser Volk erreichen, uns auf die Jugend konzentrieren, und sie überzeugen, daß wir die einzig plausible und reele Antwort auf den Alptraum den uns die Multi-Kultur gebracht hat haben.*« faßt der 24jährige GEORGE BURDI (alias . GEORGE ERIC HAWTHORNE), der Resistance-Records 1993 von Detroit aus initiierte, die Zielvorstellung zusammen. Im Verbund mit Nordland versucht Resistance-Records dies weltweit umzusetzen. Das Label ist in den USA inzwischen die zentrale Einrichtung der Nazi-Skins geworden und produziert, ebenso wie Nordland, ein mehrfarbiges Hochglanzmagazin, das Resistance-Fanzine.

Vorbei scheinen die Zeiten, in denen »White Power«-Musik von Hinterzimmer-Versänden auf schlecht kopierten Kassetten verkauft wurde. Längst hat der Cyberspace auch im »arischen Bewußtsein« Einzug gehalten. Bei der Verbreitung ihrer Publikationen und Tonträger greift der Resistance/ Nordland-Zusammenhang auf moderne Kommunikationsmittel zurück. Er bietet diese mit einem eigenen Knotenpunkt im Internet an. Auf den sogenannten Resistance-Homepages können per Knopfdruck Demoversionen der Nazi-Musik abgespielt werden und bequem vom heimischen Computer aus getestet und nach dem Motto »Homebanking« bestellt werden. Dieses Angebot ist keine Spielerei von Computer-Kids, es erfreut sich größter Beliebtheit und wurde seit Ende 1995 von mehr als 25.000 Personen genutzt.

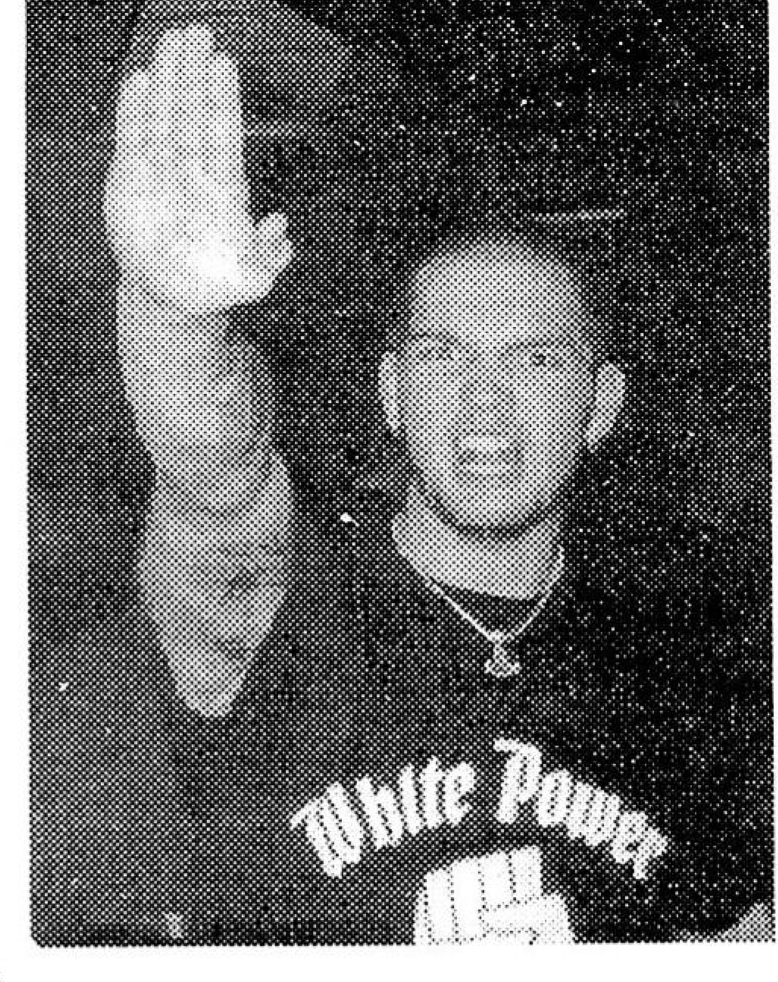
*Die Publikationen Nordland (Schweden) und Resistance (USA)*












*die Herausgeber von »Resistance« und »Nordland«, George Burdi (oben) und Patrick Asplund (rechts)*

## Die Bruderschaft der Hammerskins

Sicherlich stecken Ansätze der Nazi-Skin im Internet noch in einem Anfangsstadium. Dennoch zeugen sie, ebenso wie die publizistische und musikalisch/kulturelle Vermarktung nationalsozialistischer Inhalte, wie sie durch den Resistance/Nordland-Zusammenhang umgesetzt werden, von einem qualitativen Sprung in Richtung Professionalität. So stellt sich an dieser Stelle die Frage nach organisatorischen Hintergründen dieser Entwicklung.

Ähnlich wie die Band RAHOWA[4] des Resistance-Chefs Burdi, sind die meisten international hochkarätigen Nazi-Skin-Bands Mitglied sogenannter HAMMERSKIN-Gruppen. Die Hammerskins wurden 1986 in Dallas gegründet. Sie verstehen sich als »weiße rassische Bruderschaft« und organisieren sich als Kadergemeinschaft regionaler Nazi-Zellen nach dem Vorbild des »leaderless Resistance«. Sie betreiben nach dem Motto »Qualität« statt »Quantität« eine Elite-Selektion innerhalb der Nazi-Skin-Szene. Dabei haben sie strikte Richtlinien entwickelt, die für die Mitglieder bindend sind. »*Jeder der Hammerskin werden will, muß eine gewisse Probezeit absolvieren, deren Dauer von der Persönlichkeit des Einzelnen abhängt.*« So sollen »*zukünftige Mitglieder auf ihren Charakter und ihre Integrität geprüft werden*« ist in den Hammerskin-Richtlinien zu lesen. Letzendlich stellt die kaderorientierte Organisationsform der Hammerskins den Versuch dar, die Nazi-Skinbewegung zu polarisieren. Den unverbindlichen Strukturen der Nazi-Skin-Subkultur soll ein szenegerechtes Organisationsmodell entgegengestellt werden, welches über Hintergrund- bzw. Kaderstrukturen koordiniert und zur politisch handlungsfähigen Bewegung umstrukturiert wird. Gerade in Kreisen um etablierte Nazi-Skin-Bands, -Fanzines und Labels sind die zentralen Knotenpunkte der Hammerskin-Kader beheimatet.

Waren die Hammerskins anfänglich darauf ausgerichtet, die Nazi-Skins der USA zu

vereinen, sind sie inzwischen zu einem internationalen Netzwerk, mit über 50 Ablegern gewachsen. Diese weltweite Vernetzung wird als »Hammerskin-Nation« bezeichnet, deren Sektionen neben den USA in Kanada, Australien, Schweden, der Schweiz wie auch in Großbritannien, Frankreich, Polen, Tschechien, der Slowakei, und Slowenien bestehen. In Deutschland wurden spätestens Anfang 1993 Sektionen des Netzwerks gegründet. Diese tauchten erstmals im Baden-Württembergischen Burlading um den NS-Skin Diebold auf. Ende letzten Jahres fand in Burlading ein konspiratives Treffen führender Hammerskin-Kader statt. Die ca. 200 disipliniert auftretenden Teilnehmer dieses Kadertreffens gelten als die tragende Struktur deutscher Hammerskins.

Als offizielle Kontaktadresse der German Hammerskins firmierte bereits ab 1993 ein Postfach in Schwetzingen. Dieses wurde von Marco Grün, einem Kader der GdNF-Truppe Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden unterhalten, er gilt als Handlanger des Allroundnazis Christan Hehl, der bis zu deren Auflösung dem Vorstand des ANK angehörte, um dann der FAP beizutreten. Heute wird dieses Postfach im Internet weiterhin als Anlaufstelle benannt. Ein weiterer Teil der deutschen Hammerskin-Nation wird von der Stuttgarter Nazi-Band Noie Werte um deren Frontmann Steffen Hammer repräsentiert. Dieser betreibt das Plattenlabel GBF/Hammerrecords und produziert vorallem Tonträger mit international bedeutenden NS-Bands wie Skullhead, Brutal Attack oder Squadron. Noie Werte ist jedoch kein Einzelbeispiel, daß deutsche Bands in Hammerskin-Zusammenhängen auftauchen. Vorrangig ist an dieser Stelle die Reihnfelder Band Freikorps, um deren Frontmann Kai Stüwe zu nennen. Stüwe gilt als Chef der Hammerskin-Sektion in Schleswig-Holstein die ca. 1995 gegründet wurde. Er hat international bedeutende Kontakte, die es Freikorps 1995 ermöglichten, eine Konzerttournee in den USA zu veranstalten. Diese wurde von dortigen Hammerskin-Sektionen und Resistance organisiert.

Ebenfalls Unterstützung der US-Hammerskins erhält das Bochumer Exkalibur-Records-Label um Christan Patzelt und Peter Kress. Beide wurden Ende 95 wegen dem Vertrieb rechtsextremistischen Propagandamaterials verurteilt. Inzwischen betreibt Kreß Exkalibur-Records alleine. Die direkte Aufbauhilfe, die dem Label zugute kam, äußerte sich in der Veröffentlichung der jüngsten CD der Top-US-Band Bound for Glory (BfG). Diese ist seit Jahren ein führender Teil der Hammerskin-Nation und veröffentlicht ihre Tonträger in der Regel bei Resistance Records. In einem Interview mit dem Resistance Fanzine ließ die Band keinen Zweifel an ihrer Aufbauhilfe für das Exkalibur-Label.

Eine ähnliche internationale Unterstützung erhält das Fürther Label DiAl-Records von Dirk Bocksrocker und Alexander Kulegowski. Sie veröffentlichen Platten der britischen Bands English Rose und Celtic Warrior. Letztgenannte leitet den englischen Ableger der Hammerskins. Bei den Betreibern des 1994 gegründeten DiAl-Records handelt es sich bei weitem um keine Unbekannten, sie sind dem Kreis um die Nürnberger NS-Band Radikahl zuzurechnen. Kulegowski produzierte bis 1994 das extrem rassistische Fanzine Oi Deutsches Echo und hat persönlich beste Kontakte zu der bereits erwähnten Band Bound for Glory oder zu der US-Terror-Gruppe Aryan Nations. Bocksrocker betätigte sich in der jüngeren Vergangenheit als Anheizer für Übergriffe auf Antifaschisten. So outete er während eines Konzertes in Belgien einen vermeintlichen Redskin, der infolge dessen von Bocksrocker und seinen Kameraden brutal zusammengeschlagen wurde. Zuletzt fiel DiAl-Records durch die Organisierung eines Konzerts am 22. Februar in Dresden auf. So verbreitet das Label die Einladungen zu diesem Konzert, in dessen Rahmen u.a. die schwedische Band Ultima Thule aus dem Zusammenhang der VAM und Radikahl auftraten.

Komplettiert werden die deutschen Hammerskin-Aktivitäten durch die Sektion der Berliner Hammerskins, welche das nationalsozialistische Fanzine Wehrt Euch konspirativ publizieren. Hierin wird unverhohlen zur Gewalt gegen AntifaschistInnen aufgerufen. So wird unter der Überschrift »die Ewig Gestrigen« gegen die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke gehetzt. Auf einem ähnlichen Niveau bewegt sich auch die Brandenburger Sektion der Hammerskins. Diese wird von dem als äußerst gewalttätig geltenden Patrick Curths geleitet. Curths wird u.a. auf der Terrorliste »88« in dem Parteiarchiv der NF geführt. Als Kontaktadresse bedient sich die Gruppe um Curths der Anschrift der Berliner Nationalen. Im Gegensatz zu den Berliner und Brandenburger Hammerskins tritt die Thüringer Sektion des Netzwerkes offensiv in der Öffentlichkeit auf, sie publizieren das Fanzine Hass-Attacke. Als Initiator der Publikation gilt das Ex-Mitglied der Nationalen Offensive Mirco Swatek aus Sebnitz.

An den bereits beschriebenen Teilen der deutschen Hammerskins läßt sich ersehen, daß diese Struktur vorallem durch Nazi-Skins getragen wird, die seit Jahren in diesem Spektrum aktiv sind und dort führende Funktionen einnehmen. Letztendlich setzt sich der Trend bei der Umstrukturierung der NS-Szene in Richtung Kaderzellen auch bei den Zusammenhängen der Nazi-Skins fort. Nach der Repressions-Welle gegen Nazi-Skins setzen diese Kreise auf eine Organisierung ihrer Strukturen nach dem Vorbild der Hammerskins und dem »leaderless Resistance«. Kein Wunder also, wenn die ehemalige Herausgeberin des Fanzines Schlachtruf, Martina Janssen aus Freiburg, inzwischen ebenfalls eine Hammerskin-Sektion eröffnet hat. Sie war eine der treibenden Kräfte der Skingirl Front Deutschland und gilt als Ikone der Szene. Darüberhinaus hat sie seit Jahren beste Kontakte zu dem Chef der Schweizer Hammerskins Patrick Iten.

Bleibt an dieser Stelle nur zu hoffen, daß die Hammerskins ihren Slogan in Bezug auf Ian Stuart, »*See you in Valhalla!*« umsetzen und dieser neuerliche Organisierungsversuch denselben Weg nehmen möge, wie der einstige unumstrittene Chef der Nazi-Skins. ■

***»Kraftschlag« im Interview bei »Nordland«***



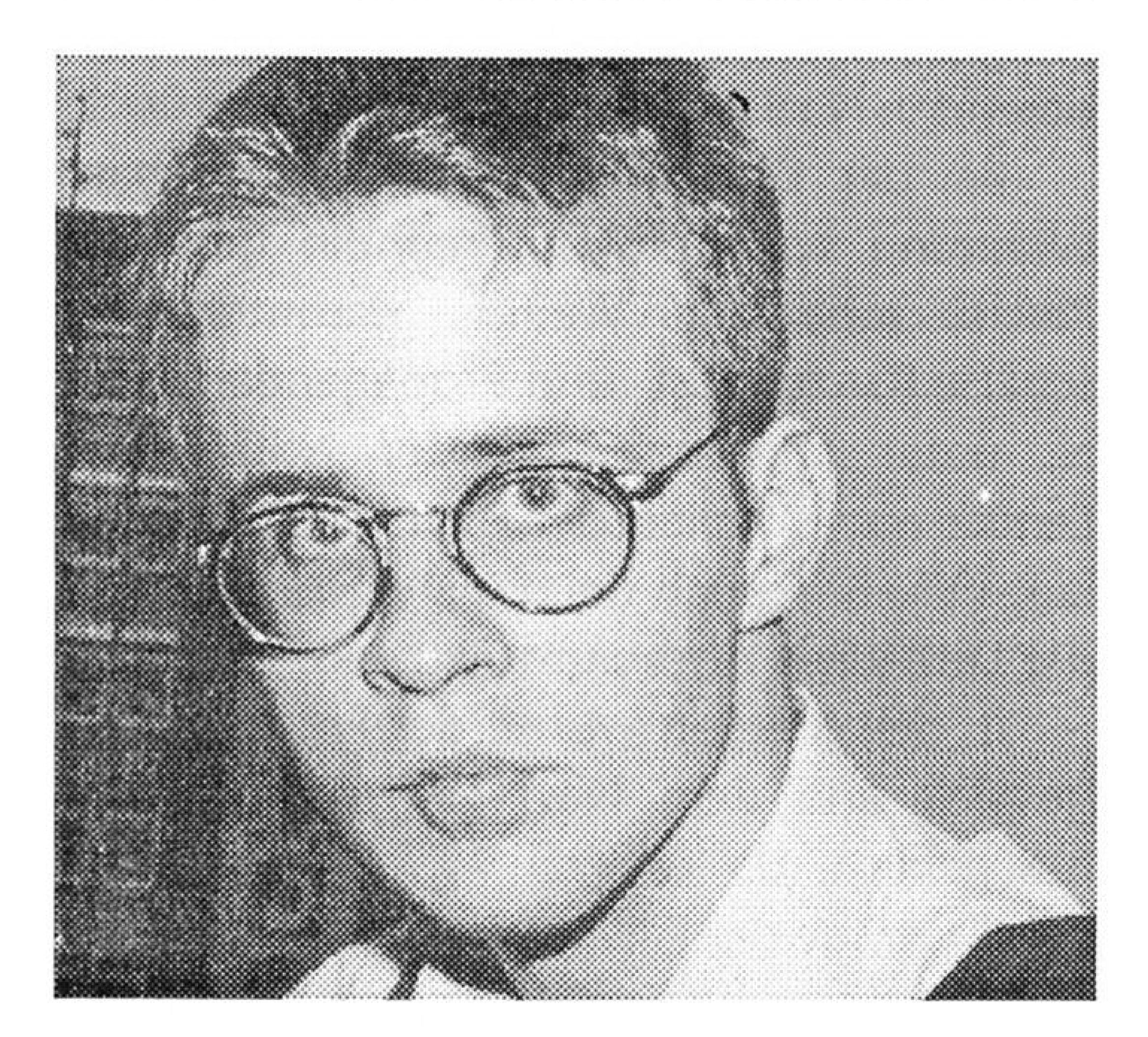

1) Stern, Heft 2, Hamburg, 4.1.96, S. 58
2) Anm.: Subkulturelle Szene-Zeitungen werden Fanzines oder kurz Zine genannt
3) Bramfelder Sturm, Nr.8, Hrsg. Rainer Krause, Henstedt-Ulzburg, 1996, S.15
4) Anm.: Der Bandname »RAHOWA« setzt sich aus einer Abkürzung für Racial Holy War (Heiliger Rassenkrieg) zusammen.

# Köln

## Anti-Antifa aufgeflogen

Im Juli 1995 tauchte der Neo-Nazi BENJAMIN OSTER (Ziegeleiweg 24, 51149 Köln, Jg. 1970, Tel.: 02203/12662) in Köln in verschiedenen Szene-Treffpunkten auf und versuchte Kontakt zur Antifa-/autonomen Szene zu knüpfen. Oster war Ende der 80er Jahre bei den Kölner REPUBLIKANERN. Später wechselte er zum Kühnen-Flügel der FAP, hatte Kontakte zur mittlerweile verbotenen DEUTSCHEN ALTERNATIVE und nahm an internationalen Nazitreffen teil. Oster präsentierte sich als Aussteiger. Er gab an seit 1991 nichts mehr mit der Szene zu tun zu haben. Oster ist jedoch weiterhin zumindest bei der DEUTSCHEN LIGA aktiv.

Im Oktober 1995 unterschrieb Oster die »Pullheimer Erklärung«, in der ein Bündnis von Vertretern verschiedener rechtsextremer Gruppen unter Führung der Kölner DEUTSCHEN LIGA zur Einigung der Rechten aufrief. In den letzten Monaten zeichnete Oster



immer wieder als Verantwortlicher von Pressemitteilungen der Deutschen Liga. Oster schreibt unter seinem Namen bundesweit Antifa-Gruppen und Zeitungen an und versucht, Material zu bestellen.

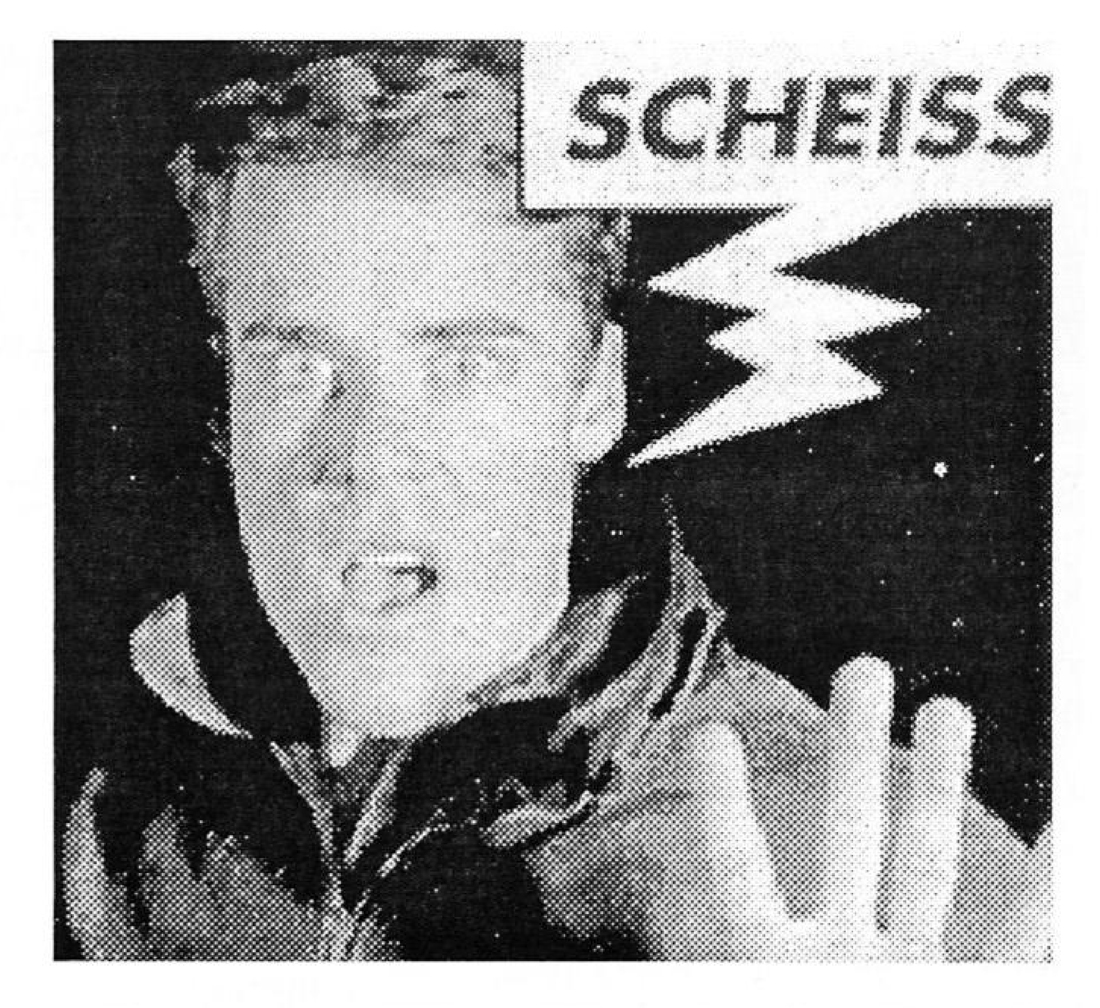
# Karlsruhe

## Neonazi als Pornoheld

Ein Neonazifunktionär als Hauptdarsteller in einem Softporno - diese Geschichte war sogar dem Stern einen Artikel wert.

Die Rede ist vom 22jährigen Studenten OLIVER KLEIN, der in der laufenden *»Foto-Love-Story«* des Sex-Blattes Coupé einen Sonnyboy mimt, der *»bei den Girls gut ankommt«*. Als Karatekämpfer und Anführer einer *»megastarken Clique«* legt er noch einer *»fiesen Rocker-Gang«* das Handwerk, die ausgerechnet im Neonazioutfit kostümiert ist.

Bei Oliver Klein handelt es sich um den ehemaligen Anführer der überaus aktiven KAMERADSCHAFT KARLSRUHE. Er kandidierte 1992




*Pornostar Oliver Klein in der Coupé*

für die NPD, war Funktionär der inzwischen verbotenen WIKING JUGEND (WJ) und ist auf den NF-Listen als Mitglied der NF-Unterstützerorganisiation FÖRDERKREIS JUNGES DEUTSCHLAND geführt. Gut informierte Journalistenkreise gehen davon aus, daß es sich bei Klein um das Pseudonym »HAGESTOLZ« handelt, welches sich im neonazistischen Mailbox-Verbund THULE-NETZ bewegt. Anhand der Nachrichten, die »HAGESTOLZ« dort verbreitet, läßt sich erkennen, daß dieser in Kreisen der JUNGEN FREIHEIT offenbar genauso zu Hause ist, wie im militanten Lager. Im Kameradenkreis ist der Coupé-Auftritt von Klein nicht unumstritten. So wettert im Thule-Netz ein »STOFFEL« gegen den *»Pornohelden«*: *»Olivia' treibt's dort mit allerlei Mädeln und ist sich nicht zu schade, als Transvestit in Damen-Strapsen herumzuspringen.«* Vor allem der heldenhafte Einsatz gegen die *»Nazi-Rocker«* wird ihm übelgenommen, denn Klein *»betrachtet sich immer noch als volkstreu«* und will *»weiterhin nationale Politik betreiben«*. Die Rechtfertigung des ehemaligen Kameradschaftsführers (*»Da gibt's geile Frauen und es bringt Geld!«*) ist für die Heimatfront in Karlsruhe gänzlich unbefriedigend.

Kritik an seiner Person dürfte Oliver Klein allerings gewohnt sein. Vor einigen Jahren beispielsweise bekam er einen gehörigen Anschiß von WOLFGANG NAHRATH, dem Alt-Bundesführer der WJ. Klein sollte im Auftrag der WJ Visaangelegenheiten zur Einreise von ukrainischen Neonazis erledigen, stellte sich dabei aber so dusselig an, daß der damals noch zuständigen russischen Botschaft unnötig viele Namen und Adressen dieses deutsch-ukrainischen Nazitreffens bekannt wurden.

# Eichsfeld

## Nazis suchen Kontakt zu Linken

Der neonazistische FREUNDESKREIS NATIONALER SOZIALISTEN / AKTION VOLKSWILLE (FNS/AV) versucht in Thüringen in linken Kreisen Fuß zu fassen. Besonders in Eichsfeld scheint es ihnen mittlerweile gelungen zu sein, Punks und ehemalig linksorientierte Jugendliche für ihre Ziele zu gewinnen.

In der Ausgabe neun des SONNENBANNER, der Zeitung des FNS/AV, ist zu lesen: *»Revolutionär zu sein heißt aber auch, über die Grenzen des Geistes hinwegdenken zu können, mit alten Klischees abzubrechen und seine Feindbilder zu aktualisieren«*. In der neuen Ausgabe heißt es: *»Uns interessiert nicht, woher Ihr kommt, was Ihr für Musik hört oder ob Ihr Euch an Wochenenden mit Bullen rumprügelt. Aber wir werden Euch interessieren, werden Euch begeistern und Euch zeigen, wie es weitergeht (...) Laßt uns nicht aufeinander einprügeln, nur weil uns Politiker in rechte und linke Ecken drängen.«*

Herausgeber vom Sonnenbanner ist MICHAEL SEE, der Mitglied der verbotenen FAP war. Zusammen mit MICHAEL NEUBAUER war See in Thüringen führender Funktionär der AKTION SAUBERES DEUTSCHLAND (ASD). Beide wurden 1994 von ERNST TAG aus der ASD und der Gefangenenhilfsorganisation IHV ausgeschlossen. Daraufhin gründete See die Aktion Volkswille und Neubauer den FNS. Neubauer saß bis vor kurzem wegen Totschlag in Untersuchungshaft, wurde jedoch aus nicht geklärten Umständen entlassen.

aus »Was geht ab?« Nr. 14

# Berlin

## Prozeß gegen Christian Wendt

Am 23. Januar wurde der leitende Redakteur der BERLIN BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ) der NATIONALEN, CHRISTIAN WENDT, vom Amtsgericht Tiergarten zu sieben Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

## Berichtigung zur Nr. 33

Natürlich handelt es sich bei dem Bild im Artikel zum »Hans-Münstermann-Gedenkmarsch« nicht um MICHAEL PETRI, uns ist leider ein Fehler bei der Montage unterlaufen.

Wie uns die stark rechtslastigen bis faschistischen UNABHÄNGIGEN ÖKOLOGEN DEUTSCHLANDS (UÖD) freundlicherweise (per Einschreiben als Gegendarstellung) mitteilten, ist AUREL ARCHNER nicht mehr Landesvorsitzender der UÖD Berlin, sondern wurde 1995 wegen *»seiner Kontakte zu rechtsextremen Gruppierungen«* ausgeschlossen.

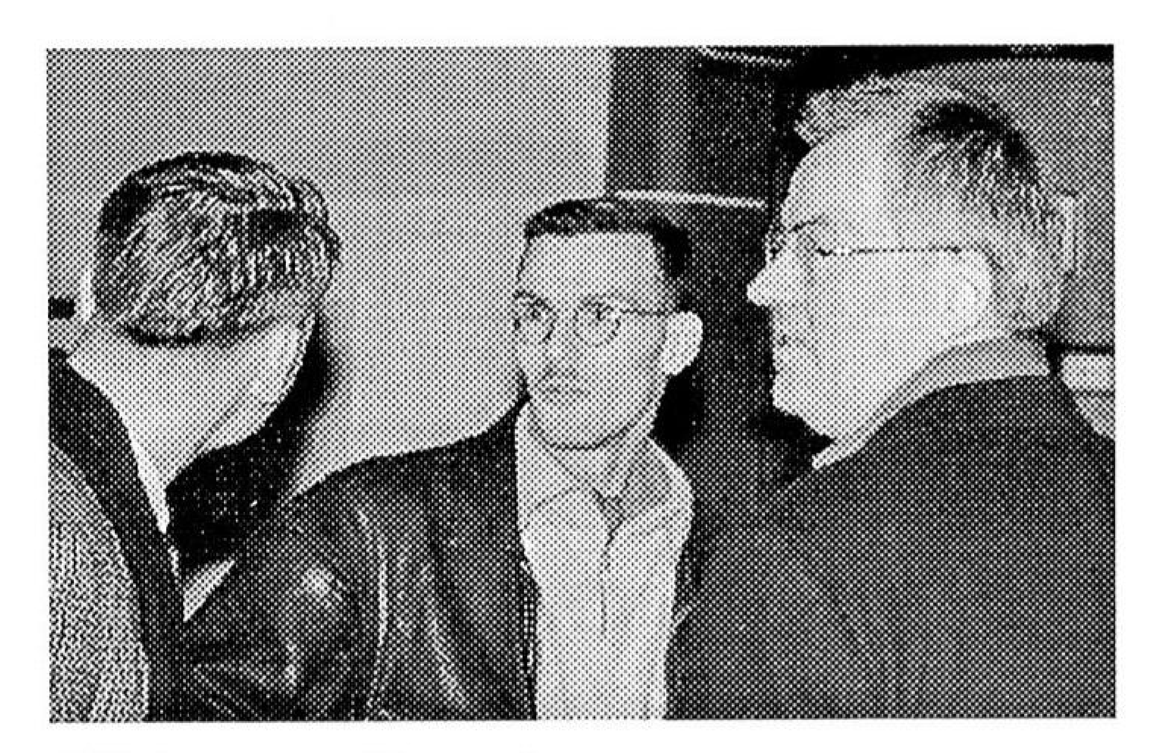
An dieser Stelle noch mal herzlichen Dank an den Bundesvorstand der UÖD für die freundliche Unterstützung bei der Recherche. Aber Ihre Gegendarstellungen sollten sie das nächste Mal besser unterschreiben, sonst sind sie nämlich nicht rechtskräftig.

Wendt hatte in der BBZ den brandenburgischen Innenminister Alwin Ziel als »*Stasimitarbeiter*« und »*Verbotsminister*« tituliert. Dieser stellte daraufhin Strafantrag wegen »*Verleumdung*« und »*übler Nachrede*«.

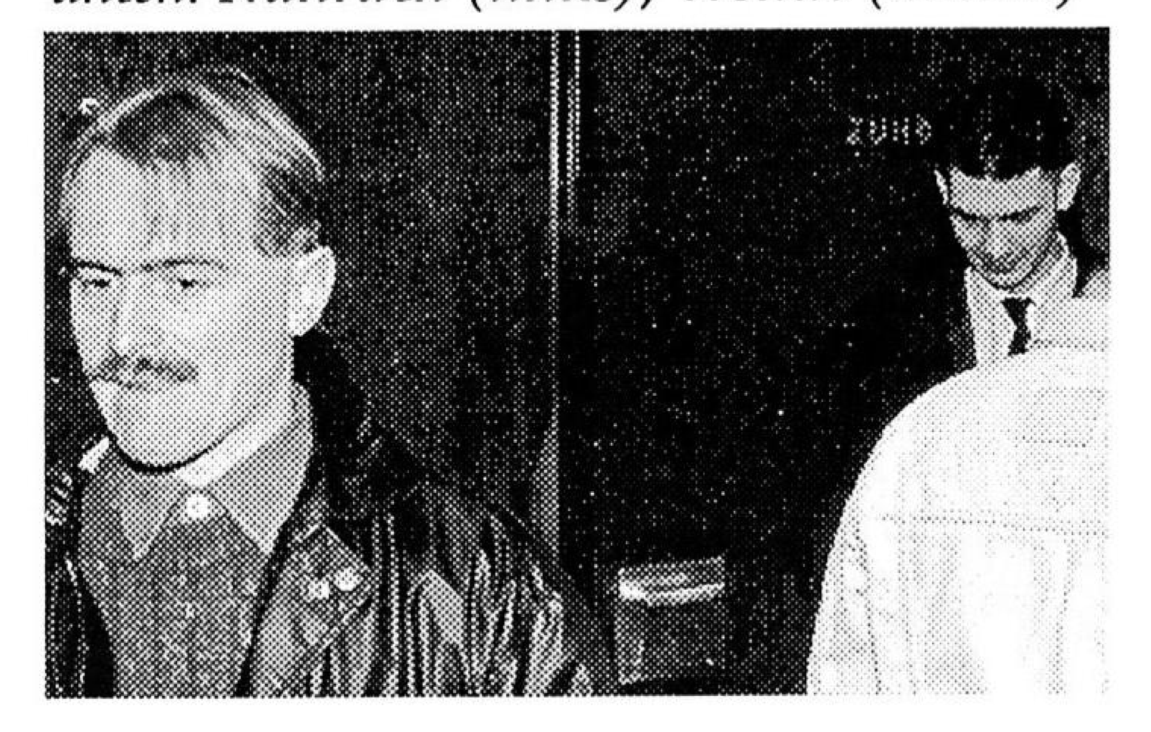
Verteidigt wurde Wendt von dem bundesweit bekannten Nazifunktionär und Anwalt JÜRGEN RIEGER, der noch vor einigen Monaten seinen Ausstieg aus der aktiven Politik verkündet hatte (siehe AIB Nr. 32). Dieser ist offensichtlich nicht erfolgt.

Eingerechnet in das Strafmaß wurden diverse Vorstrafen, die Wendt in seiner langen Karriere als Neonazis gesammelt hat. Bereits als Schüler flog er wegen NS-Aktivitäten von der Schule. Sein Weg führte ihn von der WIKING JUGEND (WJ) über die NSDAP/AO bis zu den Nationalen und der BBZ heute.

Dem Aufruf des Berliner NATIONALEN INFOTELEFONS (NIT) zum Prozeßbesuch waren unter anderem FRANK SCHWERDT, Vorsitzender der Nationalen, HAN-JÖRG RÜCKERT vom HOFFMANN-VON-FALLERSLEBEN-BILDUNGSWERK, der Führer der verbotenen WJ WOLFRAM NAHRATH, DETLEF CHOLEWA und MIKE PENKERT gefolgt.



***Bilder vom Prozeß***
***oben: Wendt, Cholewa, Schwerdt (v.l.n.r.)***
***unten: Nahrath (links), Wendt (hinten)***



# Aschaffenburg

## 300 Nazis bei »Hans-Münstermann-Gedenkmarsch«

Am 24. Februar versammelten sich ca. 300 Nazis in Aschaffenburg, um dem Tod eines rassistischen Schlägers zu »gedenken«, der vor drei Jahren bei einem Angriff auf Flüchtlinge ums Leben kam (siehe AIB Nr. 33).

Die Nazis konnten unter massivem Polizeischutz ihren vom Verwaltungsgericht München genehmigten Aufmarsch vom Hauptbahnhof zum Schloß durchführen. Als Redner traten KLAUS BEIER, ANDREAS STORR, ANDRÉ GOERTZ und HOLGER APFEL auf, den Ordnerdienst leiteten FALCO SCHÜSSLER und ACHIM EZER. Die verbotene Gegenveranstaltung wurde erste am Abend vorher erlaubt. Trotz der kurzfristigen Mobilisierung konnten etwa 450 Menschen zu einer Gegenkundgebung mobilisiert werden.




***die Spitze des diesjährigen »Hans-Münstermann-Gedenkmarsches«***

Parallel dazu versuchten ca. 300 Antifas den Aufmarsch der Nazis zu behindern, was nur zum Teil gelungen ist. Als Erfolg ist zu verbuchen, daß einige der bundesweit angereisten Nazis mit Beulen und lädierten Autos die Heimreise antreten mußten. Der Pressesprecher der NPD, Klaus Beier, kündigte an, daß der Aufmarsch auch in den kommenden Jahren durchgeführt werde. Darauf gilt es ein Auge zu werfen, bevor ein neues Wunsiedel entsteht.

# Gladbeck

## Neonazi gesteht fünf Morde

Am 16.3. wurde der 27jährige THOMAS LEMKE aus Gladbeck festgenommen. Bei der Vernehmung zum ihm angelasteten Mord an einem Kameraden gesteht der Nazi vier weitere Morde.

Im Juli '95 erschlug er eine Frau, die den mit Haftbefehl gesuchten Lemke hätte verraten können. In Duisburg erschießt er im Herbst des Jahres einen Schwarzen und wirft die Leiche, die bis heute nicht gefunden ist, in den Rhein. Im Februar diesen Jahres ersticht Lemke in Bergisch-Gladbach eine 22jährige, die einen »Nazis raus«-Aufnäher trug, mit 91 Messerstichen; über den fünften Mord ist noch nichts weiteres bekannt.

Alle Morde beging Lemke entweder gemeinsam mit seinem Kameraden MARCEL M. oder seiner Freundin BIANKA W.

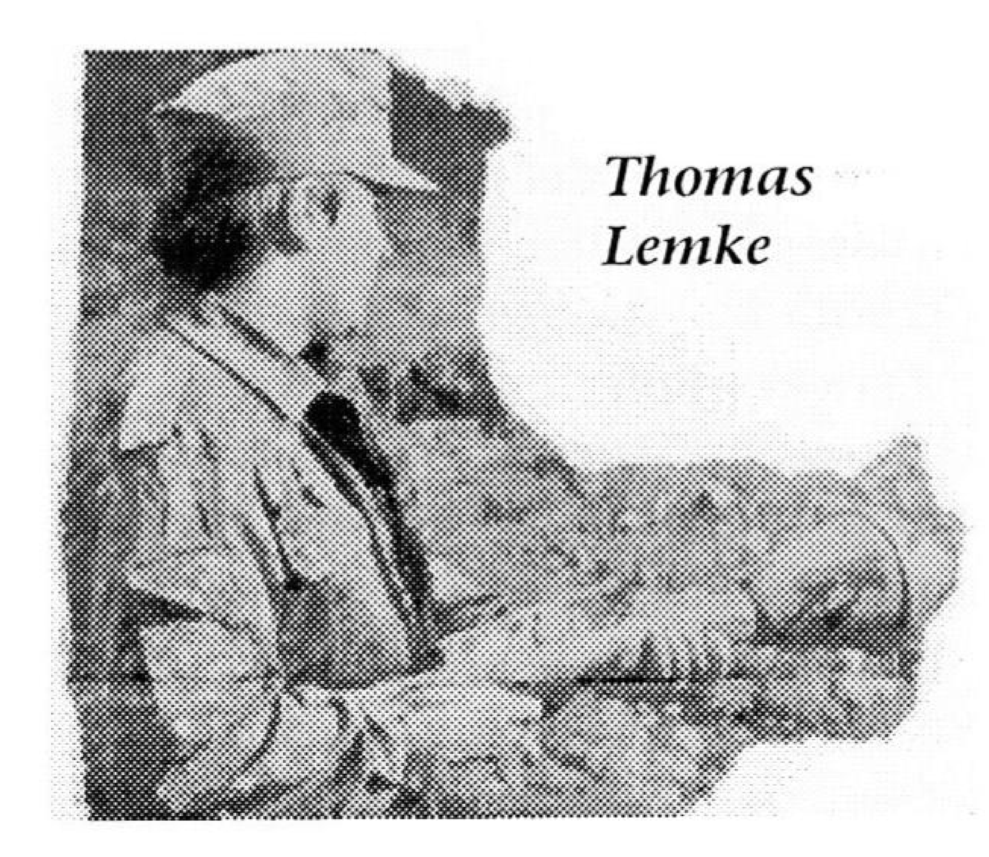
Sein letztes Opfer, der 26jährige MARTIN KEMMING aus Dorsten, mußte sterben, weil er aus der rechten Szene aussteigen und gegen seinen ehemaligen Freund Lemke aussagen wollte. Laut VVN-BdA stand Kemming ganz oben auf einer Todesliste der Nazis im Ruhrgebiet.

Lemke war bereits aus der Gefangenenliste der HILFSGEMEINSCHAFT FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE (HNG) bekannt, auf der er 92/93 stand. Damals saß er wegen Brandstiftung und Bedrohung und wurde von der HNG zum Gefangenen des Monats gekürt. Unter anderem über die HNG-Nachrichten, in denen er auch hin und wieder schrieb, pflegte er Briefkontakt zum in Österreich einsitzenden Nazi der VAPO, GÜNTHER REINTHALER.

Bei der Durchsuchung in der Altenaer Wohnung von Lemkes Freundin fand die Polizei zahlreiche Waffen, darunter eine scharfe Panzerfaust, und Propagandamaterial, unter anderem von der NSDAP/AO. Lemke war Mitglied der DEUTSCHEN LIGA und laut VVN-BdA auch bei der DVU, der NF und der DEUTSCHEN ALTERNATIVE aktiv.

In den Medien wurde der Fall heruntergespielt und dem Nazi Schwachsinnigkeit bescheinigt, da er sich von Odin geleitet sieht. Gerade der Fall Lemke beweist, daß die Dunkelziffer bei rassistischen Morden wesentlich höher liegt als öffentlich zugegeben und das es sich bei vielen Morden durch Neonazis eben nicht um Einzeltäter bzw. -fälle handelt, sondern diese durchaus im Einvernehmen mit den Kameraden und der Szene verübt werden.

Mittlerweile ist Lemke in eine forensische Klinik eingeliefert worden. Offensichtlich wird ihm' sein Odin-Glaube, der in den heidnisch-germanischen Nazikreisen üblich ist, eine verminderte Schuldfähigkeit einbringen und die Mär vom durchgedrehten Einzeltäter wieder die Runde machen.

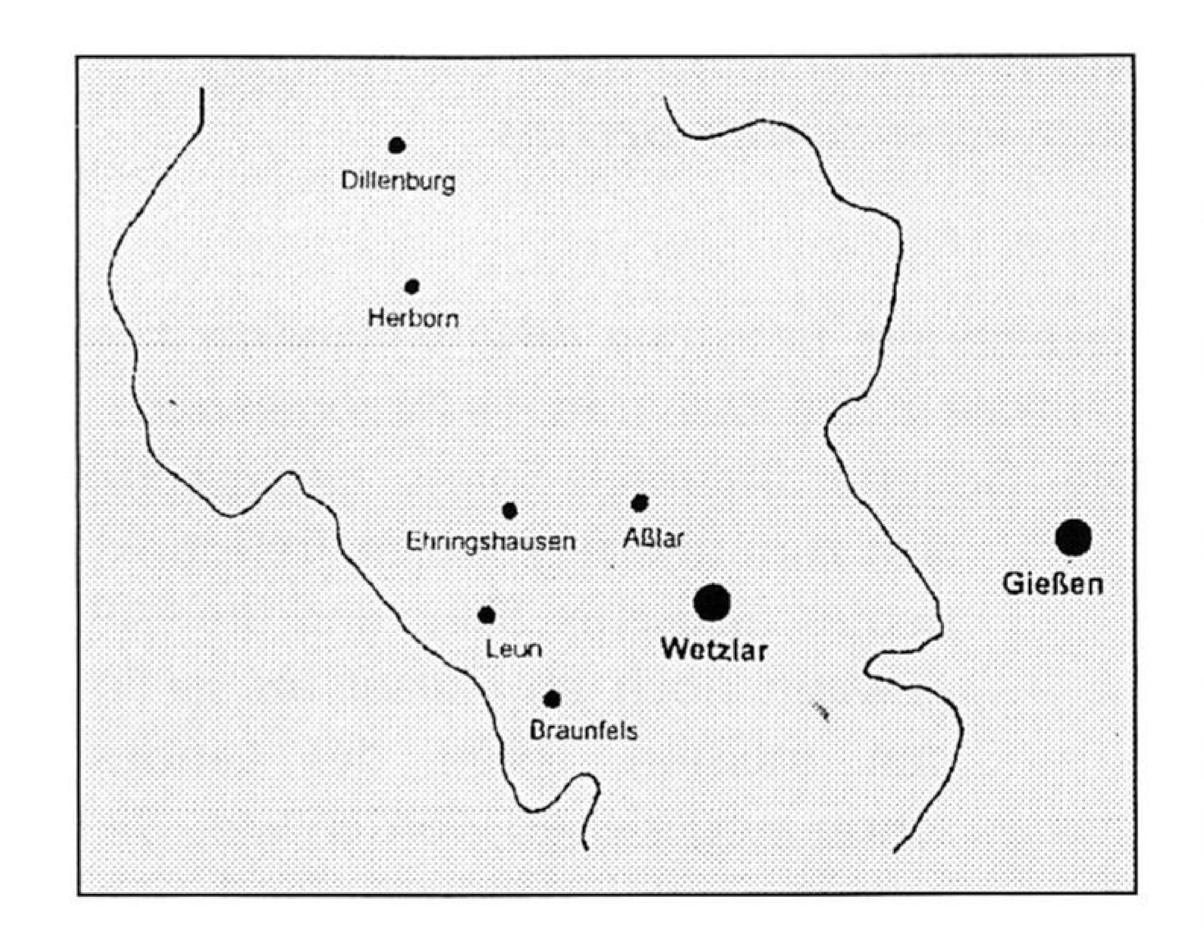


***Thomas Lemke***

**Der Teilrückzug der Neonazis hat - wie schon vielfach festgestellt - keinesfalls zu einer grundlegenden Entschärfung der Situation geführt. Die Kräfte sammeln sich im Hintergrund, die Szene verlagert sich und formiert sich neu.**
**Eine unübersehbare Bedeutung hierbei spielen Strukturen, die von der Repression weitgehend verschont geblieben sind und heute ein Auffangbecken bieten. Darin verlieren Organisationsnamen immer mehr an Bedeutung.**
**Orte und Regionen, in denen sich über viele Jahre eine rechte Szene verankern konnte, haben an strategischer Bedeutung gewonnen. Das sind die vielzitierten braunen Flecken auf der Landkarte.**

## Neofaschistische Aktivitäten im Lahn-Dill-Kreis (Hessen)

# »...Orte der Geborgenheit und des Dazugehörens...«?




Der Lahn-Dill-Kreis (abgekürzt LDK) in Hessen grenzt östlich an den Westerwald und nördlich an den Taunus. Zentrum des Kreises ist die von einer hohen Arbeitslosigkeit betroffene Industriestadt Wetzlar, das Umland ist vielerorts von einer ökonomisch eher rückständigen Landwirtschaft geprägt.

In dieser Region sind neonazistische Umtriebe längst zur »Normalität« geworden, hier haben es nahezu alle relevanten Strömungen der Rechten und der Neonazis geschafft, sich zu etablieren.

Die Geschichte der (Neo-)Nazis im Lahn-Dill-Kreis hat eine über 50-jährigen Kontinuität. Viele ehemalige SS'LER hatten sich nach dem Krieg das Städtchen Dillenburg als Wahlheimat auserkoren, die Region dient traditionell als Treffpunkt für Kameradschaften und Organisationen alter Nazis. Auch die konservative FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT (FWG) in Ehringshausen wurde von dieser Generation geprägt, sie wird heute noch »*die Kriegsgefangenenpartei*« genannt. Sie stellt seit vielen Jahren den Bürgermeister in der Stadt Ehringshausen.

### Rechtsextreme Politik wird salonfähig gemacht

Der Umgang mit den Rechtsextremen von »offizieller« Seite ist bestimmt von Hilflosigkeit und offener Kumpanei. Da konnte der CDU-Bürgermeister in Leun noch 1993 »*keine rechtsradikalen Tendenzen*« in der NPD entdecken, die ihrerseits nach eigener Aussage seit Jahren eine »*lockere Zusammenarbeit*« und Absprachen mit der Union unterhält.

Der Wetzlarer CDU-KURIER hetzt offen gegen »*Zigeuner*«, die »*auch 50 Jahre nach Kriegsende noch immer vom Steuerzahler (...) alimentiert*« würden und fordert »*im Interesse des inneren Friedens*« eine »*konsequentere*« Abschiebepraxis. Der Herausgeber des CDU-Kuriers, HANS-JÜRGEN IRMER, wird von der größten regionalen Tageszeitung, der WETZLARER NEUEN ZEITUNG (WNZ), indes für höhere Aufgaben (»*als Landtags- oder Bundestagsabgeordneter*«) empfohlen. In der WNZ ist es seit Jahr und Tag Praxis, die LeserInnenbriefe der NPD-Prominenz kommentarlos abzudrucken. Eine von CDU'lern initiierte »BÜRGERINITIATIVE GEGEN ASYLMIßBRAUCH« konnte 1993 in Wetzlar Veranstaltungen mit bis zu 500 Teilnehmern und Teilnehmerinnen durchführen. Ein Jahr später machte sich diese »BI« gegen die Unterbringung von 15 Obdachlosen im Wetzlarer Westend stark – sie sorgte sich um das »*Image*« des Stadtteils und um die »*Sicherheit*« der AnwohnerInnen.

In Herborn-Seelbach schürte 1993 der Verein »BÜRGER FÜR SEELBACH« die Stimmung gegen die geplante Unterbringung von Flüchtlingen, der Vorsitzende mußte sich schließlich wegen Volksverhetzung vor Gericht verantworten. Der CDU-Bürgermeister, ebenfalls Mitglied der »Bürger für Seelbach«, steht dem nur wenig nach. Er geriet 1993 in die Schlagzeilen, da er in einer »*Büttenrede*« gegen Flüchtlinge gehetzt hatte.

Einen außerordentlichen politischen Einfluß hat die Gemeinschaft der »EVANGELIKALEN«. Sie betreibt einen Rundfunksender in Wetzlar, der christlichen Fundamentalismus predigt und Propaganda u.a. für die »LEBENSSCHÜTZER« verbreitet. Ihre stärksten Basen haben die »Evangelikalen« in den NPD-Hochburgen. Zu ihren Funktionären zählt BORIS RUPP aus Aßlar. Er stieß Ende der 80er von den Militanten zur Redaktion der JUNGEN FREIHEIT, verließ diese 1992 scheinbar geläutert, um sich kurz darauf der CDU anzuschließen. Heute sitzt er im Vorstand der Wetzlarer CDU.

Eng verknüpft ist dieser Evangelikalen-Kreis mit der Rechtsaußengruppe EVANGELISCHE NOTGEMEINSCHAFT IN DEUTSCHLAND (ENID), deren Vordenker, der Berliner Pro-

fessor KLAUS MOTSCHMANN, seit Jahren als Referent durch »neurechte« Kreise gereicht wird. Dabei machte Motschmann auch beim Junge-Freiheit-Klüngel in Wetzlar Station.

## Eine Polizei auf Rechtskurs

Eine Vielzahl landes- und bundesweiter Neonazitreffen, vornehmlich von der NPD, der FAP und der HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE (HNG), konnte im LDK ohne hörbaren Protest von Statten gehen.

Als sich die SPD erlaubte, die Überlassung der gemeindeeigenen Volkshalle in Ehringshausen für den NPD-Bundesparteitag im Januar 1994 zu kritisieren, mußte sie sich heftige Kritik einer Allianz aus CDU, NPD und Freier Wählergemeinschaft (FWG) gefallen lassen. Die Polizei sperrte derweilen den Versammlungsort großräumig ab und ließ nicht einmal die AnwohnerInnen in ihre nahe der Volkshalle gelegenen Häuser.

Die Absperrung eines kompletten Ortsteils besorgten im September 1994 die Neonazis selbst. So geschehen in Aßlar/Klein-Altenstätten, wo die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) ihr Bundestreffen abhielten. Proteste blieben schwach, die Polizei griff nicht ein.

Das offenkundige Desinteresse der örtlichen Polizeiführung gegenüber den neonazistischen Aktivitäten führte in der Vergangenheit schon zu polizeiinternen Differenzen.

Ein Paradebeispiel dafür, wie Neonazis eine Legitimierung verschafft wird, ist der von Polizisten organisierte Trauermarsch für den in Bad Kleinen getöteten GSG 9-Beamten Michael Newrzella. 500 Bürger und Polizisten, der CDU-Chef, der SPD-Bürgermeister und der Polizeipräsident trotteten der hiesigen NPD-Führungsriege hinterher, die an der Spitze des Aufzuges marschierte.

## Die neuen Strategien der Rechten – in der Region ein alter Hut

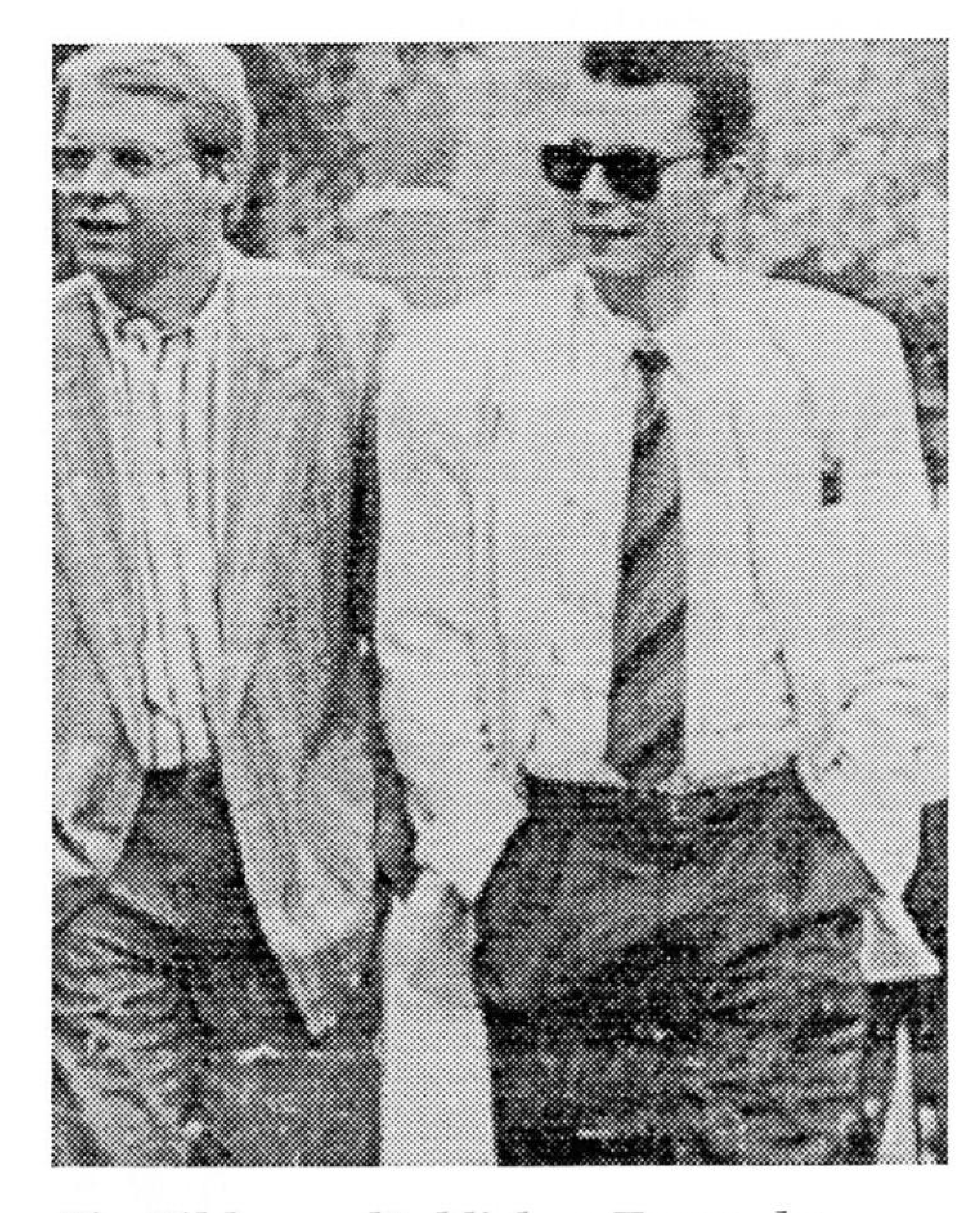
Die fortgesetzte Hofierung der Rechten ist einer der Gründe, daß die die NPD noch in den Jahren ihres Abstieges (1993) Wahlergebnisse wie 17,9% in Leun und 13,6% in Ehringshausen einfahren konnte. Dort in den Dorfgemeinschaften sind die Neonazis überwiegend akzeptiert.

In der NPD laufen die Fäden zusammen. Sie stellt eine alteingessene Struktur, die als Sammelbecken und als Kaderschmiede gleichermaßen dient. Unberührt von den internen Querelen und Richtungsstreitigkeiten der vergangenen Jahren wuchs unter ihrer Obhut eine homogene Bewegung, in der unterschiedliche (Gruppen-)Namen nur Ausdruck von politischer Taktik und von Aufgabenteilung waren und sind.

Dieser gewachsene Kreis gewann an Einfluß, als die Bildung der »vereinten Rechten«, d.h. die Sammlung der Kräfte in Bündnissen und Freundeskreisen (siehe AIB Nr. 33) , als allgemeiner Konsens ausgegeben wurde.

Auch das richtungsweisende Konzept der *»befreiten Zonen«*, welches 1991 von Kreisen der JN entwickelt wurde, deckt sich exakt mit dem, was im Lahn-Dill-Kreis schon seit vielen Jahren Praxis ist. Dieser Plan sieht vor, die Szene mittels Firmen und Projekten wirtschaftlich auf eigene Beine zu stellen und zu vernetzen um darüber *»Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands«* und *»Orte der Geborgenheit und des Dazugehörens«* zu schaffen.

Unter diesen Gesichtspunkten gewann die Region als logistische Zentrale weiter an Bedeutung. Die von Konzeptlosigkeit gezeichnete hessische NPD verlagerte ihre Zentrale in den Kreis und die JN zogen nach. Die Gegend Braunfels-Solms entwickelte sich zum überregionalen Treffpunkt neofaschistischer Skins und die FAP gewann noch an Zulauf als sie in den meisten Teilen des Landes schon aufgerieben worden war. Die hiesige Funktionärsbasis fand sich schnell in Vorstandsämtern der Landes- und auch der Bundesverbände der jeweiligen Gruppen wieder.



*Ein Bild aus glücklichen Tagen der Reps: Boris Rupp (rechts), seinerzeit Rep-Vorsitzender Lahn-Dill-Kreis daneben Carsten Pagel, ehemaliger Rep-Vorsitzender Berlins*

Auch die Yuppie-Rechte hat dieses »sichere« Hinterland für sich entdeckt. Als sich der KONSERVATIVE ARBEITSKREIS GIEßEN/MITTELHESSEN (entstanden aus einem »Leserkreis« der Jungen Freiheit) in Gießen mit zunehmenden antifaschistischen Protesten konfrontiert sah, benannte er sich 1993 in WETZLARER FORUM um und hielt seine Veranstaltungen fortan im 15km entfernte Wetzlar ab.

## Die »Alten« als Integrationsfiguren

Die integrative Bedeutung, die von dem »alten« Kreis ausgeht, wird bei

der Betrachtung einiger »grauer Eminenzen« deutlich.

Schatzmeister der hiesigen NPD ist der Wetzlarer Rentner FRIEDRICH ILLIAN. Er zählt zum Unterstützerkreis der noch aktiven NATIONALISTISCHEN FRONT und sitzt seit über zehn Jahren im Bundesvorstand der HNG. Wegen Aktivitäten für den (verbotenen) FREUNDESKREIS FREIHEIT FÜR DEUTSCHLAND stand Illian 1995 vor Gericht. Mitangeklagt war der Wetzlarer Frauenarzt WOLFGANG BOHN, der im Prozeß gegen die Mörder von Solingen als »Zeuge« für die abstruse Behauptung auftrat, die Opfer selbst hätten die Feuerwehr am Löschen gehindert.

Zu der alten Riege der NPD zählt auch der Gärtner KURT BANDßE aus Herborn-Burg. Bei einer Durchsuchung seiner Gärtnerei im Sommer 1995, die seinem als »Waffennarr« bekannten Untermieter galt, wurde ein ganzes Waffenarsenal ausgehoben. Der an Herborn angrenzende Westerwald diente viele Jahre lang als Trainingsgebiet der WIKING JUGEND (WJ). In der WJ waren gleich mehrere Familienangehörige von Kurt Bandße aktiv.

Aus der NPD kommt auch GÜNTER GABKE aus Herborn-Schönbach. Er leitet die Bundeszentrale der germanisch-arischen »Glaubensgemeinschaft« BUND DER GODEN. Den Buchversand der »Goden« unterhielt bis 1995 eine ausgesprochen »prominente« Figur im rechtsmilitanten Lager: GUNNAR PAHL aus Wetzlar-Steindorf, dessen Karriere bereits in den 70ern mit der Ernennung zum »*Reichsleiter*« der NSDAP/AO begann. In den frühen 80er Jahren war er Aktivist der damals berüchtigten WEHRSPORTGRUPPE JÜRGENS.

Im Sommer 1995 wurde beobachtet, wie Pahl auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz in Wetzlar-Steindorf eine Horde Skins in Tarnanzügen durch die Gegend fuhr.

Zu dieser Zeit wurden mehrfach z.T. vermummte Neonazis in Kampfmontur und Skinheads in Kübelwägen auf dem Gelände und im Stadtteil gesehen. Der Aufbau eines überregionalen Zentrums für neonazistische »Wehrsport«-Aktivitäten ist längst nicht mehr zu übersehen. Von den örtlichen Behörden wird es offenbar als »Verschlußsache« behandelt.

Vor diesen Hintergründen erscheint es wenig zufällig, daß die Spur eines Waffenhändlerrings, der im November 1994 im bayerischen Traunstein aufflog, direkt in die Region führte. In Biebertal-Fellingshausen, nur wenige Kilometer von Wetzlar entfernt, wohnt ADOLF LIPPERT, Kontaktmann der »Hessen-Connection« der Waffenschieber. Er wurde 1995 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Die Razzien 1994 brachten das »*größte Waffenlager seit 20 Jahren*« zutage – Waffen die, wie das Gericht feststellte, zur »*Aufrüstung*« von »*Rechtsextremisten und deutschen Familienvätern*« bestimmt waren.



*Momentaufnahmen vom »Trauermarsch« für Michael Newrzella in Wetzlar oben: die NPD-Prominenz an der Spitze des Zuges – v.l.n.r. Friedrich Illian, Alfred Zutt (Ehringhausen), Doris Zutt (Bundesvorstandsmitglied) unten: NPD-Platzhirsch Alfred Zutt (Bildmitte) trauert gemeinsam mit Gießens Polizeipräsident Meise (rechts)*



## Widerstand ist möglich

Vor diesem politischen Hintergrund und bei dieser Ansammlung von Neonazis aller Coleur gerät antifaschistischer Widerstand leicht zum Wagnis. Nachdem couragierte Menschen in Wetzlar begannen, auf die Umtriebe des Gunnar Pahl aufmerksam zu machen, sind sie fortlaufenden Bedrohungen ausgesetzt, häufige nächtliche Beschädigungen von PKWs u.ä. folgten. Und doch scheint Widerstand möglich. Ein entnervter Gunnar Pahl mußte sein Amt in einem Wetzlarer Elternverein niederlegen und sich weitgehend aus dem öffentlichen Leben zurückziehen.

Ein geplanter Aufmarsch der Jungen Nationaldemokraten am 27. Januar 1996 in Wetzlar geriet ob der Anwesenheit von 200 AntifaschistInnen zum Flop. Zurück blieben 20 sichtlich frustrierte JN'ler.

Um die alte Parole »Es gibt kein ruhiges Hinterland!« nicht zur hohlen Phrase verkommen zu lassen und um die Neustrukturierung des rechten Lagers wirksam zu stören, sind auch die Antifas aus den umliegenden Städten gut beraten, den Neonazis in ihre Schlupflöcher zu folgen. ■

# Prozeß gegen Mitbetreiber des Thule-Netzes

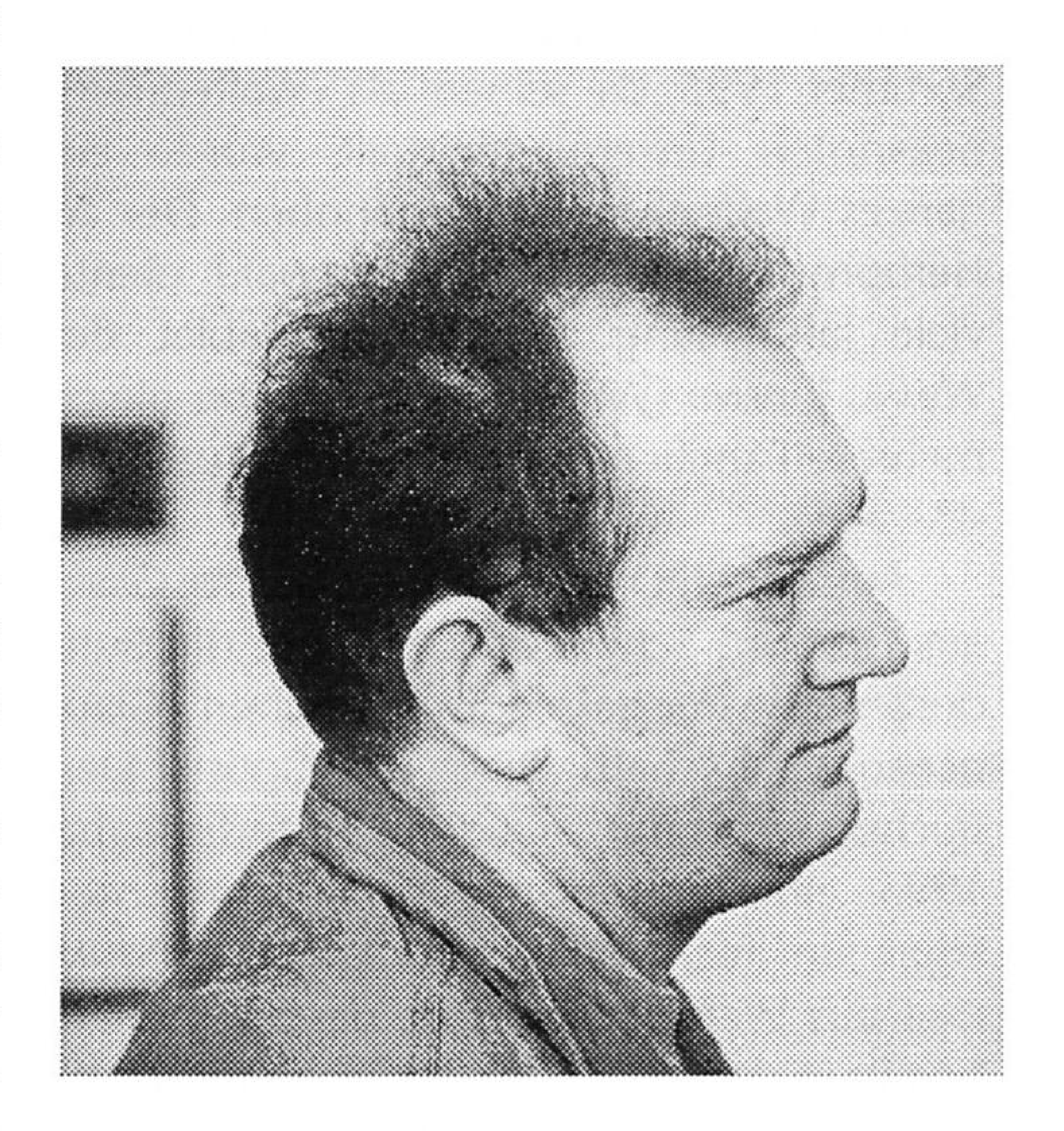
**Am 8.Dezember 1995 stand vor dem Amtsgericht in Schwetzingen (bei Heidelberg) einer der Betreiber des Thule-Netzes vor Gericht. Der 37-jährige Jürgen Jost aus Heidelberg-Oftersheim ist unter dem Pseudonym »Joschi« Sysop (Systemoperator = Betreiber) der »Elias-BBS«-Mailbox, die eine der zentralen Schnittstellen des Thule-Netzes darstellt.**
**Jost wurde aufgrund einer antisemitischen Hetzschrift mit dem Titel »Zentralrat der Neanderthaler«, die mehrere Monate über seine Mailbox abrufbar war, zu 3 Monaten Haft auf Bewährung und 2700 DM Geldstrafe wegen Behilfe zur Volksverhetzung verurteilt.**

Im Juli 1994 entdeckten Beamte des hessischen Landeskriminalamtes in der »Elias-BBS« den besagten Text, in welchem mehrfach der Holocaust geleugnet wird. Nachdem das LKA im Oktober 1994 die Staatsanwaltschaft Mannheim verständigt hatte, ordnete diese eine Hausdurchsuchung an und ließ Computer und Modem beschlagnahmen. Gleichzeitig fanden Durchsuchungen in Frankfurt (»Rechtsweg-BBS«) und Kassel (»Steiner-BBS«) statt. Obwohl Jost nach eigenen Angaben von der Durchsuchung im Voraus informiert war, fand sich der gesuchte Text auf seiner Festplatte. Aus dem verschlüsselten Bereich der Festplatte konnten die Ermittler weitere Datensätze lesbar machen, die Gegenstand des Prozesses waren: Zehn verschiedene Bildmotive, betitelt mit dem Schriftzug »*Aktion Gegenwind*« und versehen mit Keltenkreuzen und den Konterfeis von Hitler, Röhm und Goebbels. Aufkleber mit dem gleichen Motiven tauchten exakt zu dieser Zeit in Lützelsachsen (zwischen Weinheim und Heidelberg) auf, wo die Jungen Nationaldemokraten und die NPD regelmäßig Treffen unter der Leitung des damaligen Bundesvorsitzenden Günter Deckert aus Weinheim abhielten.

Zum ehemaligen NPD-Chef scheint Jost ein recht intensives Verhältnis zu pflegen. So war er ihm behilflich, eine eigene Mailbox aufzubauen, die sich im Frühjahr 1995 unter dem Namen »Reisswolf-BBS« dem »Thule-Netz« anschloß und von Deckert (Pseudonym »Zeus«) u.a. dazu benutzt wurde, antisemitische Hetztiraden durch das Netz zu schicken.

»Joschis« Zwangspause nach der Beschlagnahme seiner Technik währte nicht lange. Schon im Januar 1995 meldete er sich (»*Trotz staatlichen Terrors! Trotz politischer Verfolgung! Joschi ist back*«) im Thule-Netz zurück. Kurz vor seiner Verhandlung, im Januar 1996, beschuldigte er im Thule-Netz das Pseudonym »Schlageter«, den betreffenden Text eingespielt und der Staatsanwaltschaft als Beweislieferant gedient zu haben. In der Gerichtsverhandlung war Jost um Ausreden selten verlegen. So habe er den Text »*Zentralrat der Neandertaler*« lediglich aus der Frankfurter Thule-Mailbox übernommen, und für die Aufkleber der »*Aktion Gegenwind*« sei ein gewisser »Como« verantwortlich, bei dem es sich – so Jost – um den Kasseler Mario Schuschel, Mitbetreiber der mittlerweile aus dem Thule-Netz ausgeschlossenen Mailbox »Steiner-BBS«, handeln soll.

Politisch wollte sich Jost »*weder links noch rechts*« einordnen, er sei ausschließlich an seinem »*Hobby*« der Computerkommunikation interessiert. Auch daß er Deckert bei der Einrichtung einer Mailbox behilflich war, wollte er nicht als politisches Engagement verstanden wissen, denn er würde in dieser Sache »*auch einem Linken helfen*«.



Sein angeblich ungezwungenes Verhältnis zu unpolitischen oder gar linken Mailboxen versuchte Jost auch durch die Aussage zu belegen, er sei vor seiner Tätigkeit im Thule-Netz »*Mitarbeiter*« eines bekannten linken Mailbox-Projektes gewesen. Auch dies ist eine glatte Lüge. Tatsache ist: Der damals noch nicht einschlägig bekannte Jost war kurzzeitig normaler Nutzer (»User«) in einer linken Mailbox. Dort jedoch flog er umgehend raus, als er begann, rechte Parolen durch das Netz zu schicken. ■



## Das Thule-Netz

Als Zusammenschluß mehrerer Mailboxen, die von Neonazis und von rechten »Computer-Freaks« betrieben werden, gründete sich 1993 das Thule-Netz.

Es sieht seine Aufgabe u.a. in der »*Herstellung und Verfestigung von Kontakten zwischen nationalen Gruppen*« und in der Bereitstellung von »*Kommunikationsmöglichkeiten, die vom System nicht (...) ausgespäht werden können*«. Mit zunehmenden staatlichen Druck auf die neonazistische Szene gewann das Thule-Netz an Bedeutung. Hier kann ein schneller und umfassender Meinungs- und Informationsaustausch stattfinden; in den verschlüsselten, für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Bereichen findet die interne Kommunikation von Führungskadern der Szene statt.

Mitte 1995 wurde das Thule-Netz von 12 Mailboxen und ca. 60 regelmäßigen Nutzern (»Usern«) getragen.

(siehe auch: Drahtzieher im braunen Netz, Teil 2)

**Zwangsprostitution im Nationalsozialismus - Teil 2**

# Bordelle der Wehrmacht und SS

**In der letzten Ausgabe berichteten wir über Zwangsprostituierte in den Häftlingsbordellen der Konzentrationslager sowie über die Stellungnahmen männlicher politischer Häftlinge dazu. Der folgende zweite Teil beschreibt die Bordelle der Wehrmacht, der SS und der Fremd- und Zwangsarbeiter. In einem dritten Teil werden wir die Meinungen weiblicher Mithäftlinge wiedergeben und über die Nichtanerkennung von Zwangsprostituierten als Verfolgte des Naziregimes berichten.**

Das Oberkommando der Wehrmacht äußerte bereits 1936 im Rahmen der Kriegsvorbereitungen den Wunsch, Soldatenbordelle einzurichten. Eine Woche nach Kriegsbeginn wurden alle registrierten Prostituierten[1] auf dem Gebiet der deutschen Wehrmacht kaserniert.

Ab Mitte 1940 wurden die Anstrengungen verstärkt, Wehrmachtsangehörigen aus disziplinären und hygienischen Gründen die »geschlechtliche Betätigung« unter kontrollierten Bedingungen zu ermöglichen und um Homosexualität und Vergewaltigungen zu verhindern, wie es offiziell hieß. Gleichzeitig wurden Vergewaltigungen legitimiert.

Ab dem 10.Oktober 1940 wurden Vergewaltigungen durch Angehörige der Wehrmacht zu Antragsdelikten erklärt, d.h. das Opfer mußte explizit eine Anzeige stellen; dies bedeutete eine weitgehende Nichtverfolgung und Nichtbestrafung. Andererseits wurden Vergewaltigungen gezielt eingesetzt, um den nationalsozialistischen Herrschaftsanspruch zu »verdeutlichen«. Nach Susan Brownmiller stellt Vergewaltigung die deutlichste Handlung dar, mit der ein Mann einer Frau demonstrieren kann, daß sie durch seine überlegene Stärke und Macht erobert – besiegt – ist[2]. Und Ziel der Nazis war es nicht einfach zu siegen oder zu überzeugen, sondern zu erobern.

Es ist anzunehmen, daß sich Vergewaltigungen durch Wehrmachtsangehörige und deren Bordellaufenthalte in jeweils unterschiedlichen militärischen Situationen in ihrer Häufigkeit abwechselten[3]. An der Front, im Zuge der Eroberung, wurde vergewaltigt, nach Abschluß der Besetzung wurden Bordelle eingerichtet.

Im Sommer 1940 wurden in Frankreich bestehende Bordelle zu Wehrmachtsbordellen erklärt und für dort stationierte Soldaten freigegeben[4]. Ende 1940 errichteten die Wehrmacht, Zivildienststellen, die Luftwaffe und die SS Bordelle in Polen. Für deutsche Nichtwaffenträger gab es Sonderbordelle.

Seidler[5] gibt an, daß die deutsche Wehrmacht 1942 über 500 Bordelle verfügte. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch Frontverschiebungen Bordelle geschlossen und andere eingerichtet wurden.

## Zwangseinweisungen

Über die Rekrutierung von Frauen für die Wehrmachtsbordelle gibt es kaum Berichte. Von »Freiwilligkeit« kann, ebenso wie bei der Errichtung der Lagerbordelle in Konzentrationslagern, keine Rede sein.

Für polnische Bordelle sollten Polinnen, die zuvor als Prostituierte gearbeitet hatten, »gewonnen« werden. Ein Auswahlkriterium war, daß sie politisch unverdächtig waren. Polnische Frauen, die des verbotenen Geschlechtsverkehrs mit deutschen Männern bezichtigt wurden, wurden in Bordelle zwangseingewiesen [6]. *»Im Osten hatten sich die Feldkommandanten um die Bordellmädchen zu kümmern. Dabei wurde oft zwangsweise vorgegangen. Jungen Frauen, die sich weigerten, dem Aufruf zum Arbeitseinsatz in Deutschland nachzukommen, wurde als Alternative der zeitweilige Dienst in einem Wehrmachtsbordell anheimgestellt«*[7].

Entgegen den allgemein gültigen »Rassegesetzen« wurden als Prostituierte (nichtjüdische) Frauen aus Polen, Rußland, Griechenland, Frankreich und Jugoslawien aber auch Frauen aus dem KZ Ravensbrück selektiert [8]. Wiederholt wies das OKW darauf hin, der »Geschlechtsverkehr mit Angehörigen fremder Rassen« sei verboten. Diese Anordnung betraf jüdische und schwarze Frauen sowie Roma/Sinti-Frauen [9]. Trotz dieses Verbotes wurden jüdische Frauen in Wehrmachtsbordelle verschleppt.

In dem autobiographischen Roman »House of Dolls« von Katzetnik (Kaz-Tzetnik 135 633 war in Auschwitz die Lagernummer des unter Pseudonym schreibenden Autors) wird der Tagesablauf eines Zwangsbordells beschrieben. Die jüdischen Frauen waren in Baracken untergebracht, zu denen nur Wehrmachtssoldaten Zutritt hatten, die auf ihre Versetzung an die russische Front warteten. »Von den Soldaten wurde erwartet, daß sie anschließend Berichte über das Verhalten ihrer 'Puppen' abgaben. Drei negative Darstellungen bedeuteten den Tod«[10].

Ende 1939 und Anfang 1940 versuchte die deutsche Wehrmacht, den Judenrat des Warschauer Gettos zu veranlassen, ein Bordell mit jüdischen Mädchen zusammenzustellen. Es sollte zwei Abteilungen haben, eine für Offiziere und eine für die restlichen Soldaten. Das Bordell wurde nicht eingerichtet, der Judenrat sah nach eigenen Aussagen an diesem Punkt die Grenze überschritten[11].

## SS-Bordelle

Der SS war der Besuch der Häftlingsbordelle strengstens verboten (obwohl sie sich nicht daran hielt). Dafür wurden eigene Bordelle für die SS eingerichtet. Hinweise darauf finden sich selten. Auf dem Gelände oder in der Nähe der Konzentrationslager Buchenwald, Dora-Mittelbau und Flossenbürg gab es nachweislich eigene Bordelle für SS-Wachmannschaften, zum Teil in der unmittelbaren Nähe zu den Häftlingsbordellen. Die Zustände dort waren ungleich katastrophaler. Anders als im streng kontrollierten Häftlingsbordell waren die Frauen im SS-Bordell der Willkür und der sexuellen Perversion der SS-Männer schutzlos ausgeliefert. Die arische Rassenideologie klassifizierte sie zu Untermenschen, ihr Leben und Empfinden galt als wertlos [12].

Nach dem Bericht einer Betroffenen, die nach sechs Wochen als »verbraucht« nach Ravensbrück zurückkam, sei die Baracke »zwar geräumig und das Essen geringfügig besser gewesen. Dafür hätten die Prostituierten aber einen 16-Stunden-Tag gehabt und wären einer unvergleichlichen Brutalität und Perversität der SS-Männer ausgesetzt gewesen« [13].

Über die Zustände berichtet die Zeitzeugin Frau D. aus Hamburg, die von 1943 bis 1945 in Buchenwald zur Prostitution im SS-Bordell gezwungen wurde:

*»... Ich hatte doch überhaupt keine Ahnung. Was wußte ich, was der Mann mit mir anstellt. Die kamen an, und dann mußte das klappen, und wenn es nicht geklappt*



***Osteuropäische Zwangsarbeiterinnen in der nationalistischen Propaganda– die Wirklichkeit sah anders aus. (Foto aus »Das Reich« vom 21.11.1943*** [23]*)*

*hat, gab es Prügel. Ich habe Schläge eingesteckt, die ich mein Leben lang nicht vergessen werde. ... Wir mußten Tag und Nacht für die bereit sein, ob Sommer, ob Winter. Und wenn Urlaubszeit war, dann kamen andere. Ein Schwein hat das andere ersetzt. ... Da gab es vieles, das mag man heute gar nicht aussprechen. Innerlich macht mich das heute noch fertig, da waren so viele Abnormitäten drunter. ... mit uns konnten sie es ja machen. Wir kamen ja mit niemandem zusammen, wir wurden ja isoliert. ... Es war nichts Persönliches, man kam sich vor wie ein Roboter. ... Wir waren nur dafür gut. Kein Gespräch oder eine kleine Unterhaltung, noch nicht mals das Wetter lag im Programm. Das war alles so mechanisch und so abgestumpft.«*

Nach der Befreiung kam Frau D. ins Krankenhaus, ihre Brust wurde amputiert. Auf die Frage woher die Entzündung komme, antwortete sie: »Bißwunden«[14].

## Bordelle für Fremd- und Zwangsarbeiter

Ausländische Zwangsarbeiterinnen wurden, konsequent nach der nationalsozialistischen Ideologie, mehrfach ausgebeutet.

»Fremdvölkische« Frauen wurden wegen Geschlechtsverkehrs mit einem deutschen Mann, gleichgültig, ob er ihn erzwungen hatte oder ob er freiwillig war, in »Schutzhaft« genommen oder in ein Konzentrationslager eingewiesen [15].

Andererseits mußten sie dazu herhalten, eine »Annäherung« ausländischer Arbeiter an deutsche Frauen und Mädchen zu verhindern. Dies sollte durch einen zahlenmäßig gleichen Einsatz ausländischer Arbeiterinnen neben ausländischen Arbeitern bewerkstelligt werden. Dieses »ausgeglichene« Verhältnis betrug beispielsweise in Bad Hersfeld 150 männliche zu 80 weiblichen Arbeitskräften [16].

Doch dies war nicht die einzige Maßnahme: *»Die in immer stärkerem Maße notwendig werdende Hereinnahme fremdvölkischer Arbeitskräfte führt zu einer Gefährdung des deutschen Blutes, Verbote und Strafandrohungen sind nur bedingt wirksam, können aus politischen Gründen auch nicht in allen Fällen ausgesprochen werden. Der Führer hat daher angeordnet, daß für fremdvölkische Arbeiter möglichst an allen Orten, an denen sie in größerer Zahl eingesetzt werden, eigene Bordelle zu errichten sind.«* [17]

Die Baracken sollten in der Nähe oder auf dem Gelände der Arbeitslager liegen, wegen der kurzen Wege und um »die deutsche Bevölkerung« vor Belästigungen zu schützen[18].

*»Für die Häuser kommen nicht Prostituierte deutschen Volkstums, sondern nur fremdvölkische Prostituierte oder Zigeunerinnen in Betracht. Nach Möglichkeit ist dafür zu sorgen, daß sie dem Volkstum der am Ort eingesetzten fremden Arbeiter entsprechen.«* [19].

Die Einrichtung der Bordelle war von den Firmen zu finanzieren, bei denen die Fremdarbeiter beschäftigt waren. In Orten mit vielen kleinen Betrieben war die Kriminalpolizei in Einvernehmen mit der »Deutschen Arbeitsfront« für die Einrichtung und den Betrieb der Bordelle verantwortlich. Dies stieß nicht immer auf Verständnis. So beschwerte sich laut Sicherheitsdienst die Bevölkerung, dem Kriege sei besser gedient, die finanziellen Mittel statt für Bordelle für die Errichtung von Wohnbauten einzusetzen[20].

Selbst Himmler sah sich zur Rechtfertigung genötigt. *»Wenn ich die Bordelle nicht einrichte, gehen diese Millionen Ausländer auf die deutschen Frauen und Mädchen los. ...Dadurch ist es leider notwendig, diesen Insassen für ihre zwar im deutschen Interesse nützliche, sonst aber wenig erfreuliche Betätigung, genügend Ernährung zu geben.«* (Schreiben Himmlers 1942 an den Staatssekretär für Ernährung und Landwirtschaft) [21]. Für die laufenden Kosten des Bordellbetriebes mußten die Frauen aufkommen. Ob die Frauen andererseits jemals Geld für ihre Zwangsarbeit erhalten haben, darf in Frage gestellt werden. Die Ernährung war schlecht, die Frauen wurden erkennungsdienstlich behandelt und durften das Bordell nur mit Genehmigung der Kripo verlassen. Eine Zuwiderhandlung wurde mit der Einweisung ins KZ geahndet.

Das Ausmaß staatlich verordneter Massenvergewaltigung wird auch durch Zahlen deutlich: im Lager Alsterdorf waren 3000 Zwangsarbeiter untergebracht, für die Bordellbaracken waren 10 Frauen vorgesehen [22]. ■

---

1) Wie frau dazu gemacht wurde, siehe »Frauen in Lagerbordellen«, Antifa Info-Blatt 33 S.23. Das »auffällige sexuelle Verhalten« von Frauen war ein Kriterium für die Kategorisierung als »Asoziale« und somit als Prostituierte. Zu diesem Verhalten zählte »häufig wechselnder Geschlechtsverkehr«, »sexuelle Erregbarkeit« und »starker erotischer Eindruck«. Bis April 1940 waren zwei Drittel der in Ravensbrück inhaftierten Frauen als »asozial« erfaßt, ein Drittel von ihnen waren Roma und Sinti.
2) Susan Brownmiller: »Gegen unseren Willen. Vergewaltigung und Männerherrschaft« Fischer Taschenbuch Verlag 1980, S. 55
3) Christa Paul: »Zwangsprostitution. Staatlich errichtete Bordelle im Nationalsozialismus.« Edition Hentrich 1994, S.102
4) Als Beispiel für die allgemeine, auch international übereinstimmende Haltung Soldatenbordellen gegenüber, ist zu vermerken, daß US-amerikanische Truppe, die 1942 in Sizilien landeten, die dortigen Bordelle der Deutschen Wehrmacht übernahmen (Paul S. 115).
5) Franz Seidler: »Prostitution, Homosexualität, Selbstverstümmelung. Probleme der deutschen Sanitätsführung 1939-1945.« Neckarsgemünd 1977, in: Paul S.102
6) Paul S.105
7) Seidler in Paul S.103
8) siehe hierzu Antifa Info-Blatt 33, S.24.
9) Paul S.103
10) Brownmiller S.68
11) ebd. S.58
12) Film »Das große Schweigen« Bordelle in Konzentrationslagern. Maren Niemeyer, Caroline von der Tann. ORB 1995
13) C.Füllberg-Stolberg u.a. (Hrg.): »Frauen in Konzentrationslagern.« Bergen-Belsen Ravensbrück 1994, S.142
14) Paul S.108ff
15) Bock 1986 S.439 in Paul S. 126
16) Paul S.122
17) ebd. S.117f
18) ebd. S.123
19) ebd. S.125
20) ebd. S.124
21) ebd. S.125
22) ebd S.122
23) Faschismus. Elefanten Press 1976, S.114

# Monatelanger Streik gegen die Nazi-Besatzer

## Der niederländische Antifaschist Joop Smidt berichtet über den Widerstand gegen die Nazis

**Mit Auszügen aus dem Vortrag des Niederländers Joop Smidt setzen wir unsere Reihe zum internationalen Widerstand gegen den Nationalsozialismus fort. Smidt sprach auf dem internationalen Hearing »8. Mai - 50. Jahrestag der Befreiung vom deutschen Faschismus« in Berlin. Er ist 1925 geboren und war Mitglied der Arbeiders Jeugd Centrale, der Jugendorganisation derniederländischen Sozialistischen Partei. Gegen die Nazis verteilte er Flugblätter und Zeitungen und führte kleinere Sabotageaktionen aus. An dem Streik der Eisenbahner, der acht Monate bis zur Befreiung dauerte, war Joop Smidt beteiligt. Er betonte in seiner Rede, daß es nicht leicht für ihn war, nach Berlin zu kommen, in die »Stadt, aus der alles Elend über die besetzten Länder kam«.**

Nachdem Rotterdam mit Luftbomben morgens den Erdboden gleich gemacht worden war, drohte der deutsche Oberbefehlshaber, Utrecht und andere Städte als Festung betrachten zu wollen und ihnen das gleiche Schicksal zu bekehren wie Rotterdam und Warschau. Unter dieser Drohung beschloß die niederländische Führung, den Kampf aufzugeben, um zu verhindern, daß tausende Zivilisten ermordet würden. So kapitulierte die Niederlande nach fünf Tagen des Kampfes am 15. Mai 1940.

Am 15. Mai erschien ungeachtet des Verbots schon die erste illegale Flugschrift. Der Widerstand gegen die Besatzer steckte noch in den Kinderschuhen. Nur die CPN, die niederländische KP, hatte sich auf die Illegalität gut vorbereitet. Doch dauerte es auch hier bis zum November 1940, bis das eine und auch das andere organisiert war. Viele haben unter großen Gefahren den Besatzern ihre Gegnerschaft gezeigt.

Da die niederländischen Nazis schon bald in Uniformen auf den Straßen erschienen, war es wichtig, wie man sich selbst und wie sich auch andere in der Schule, im Büro, in der Fabrik verhielten. Man mußte herausfinden, wie der Nachbar ist – sogar, was in der Familie vor sich geht. Eines war klar, man mußte sich vorsehen bei seinen Äußerungen und seinen Handlungen. Das alles war für die niederländische Bevölkerung völlig neu.



*illegales Abhören englischer Radiosender*

### Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung

Nach der Einsetzung von Seyss-Imquart als Reichskomissar für die Niederlande, wurden den Niederländern immer mehr Beschränkungen auferlegt. Die ersten, die es traf, waren unsere jüdischen Bürger. Wir kannten nicht – noch nicht – den Unterschied zwischen Juden und Nichtjuden. Wir waren alle Niederländer, die dieselben Rechte und dieselben Pflichten hatten. Ausnahmen hiervon machten nur die niederländischen Nazis, die mit Unterstützung der Besatzer diese Menschen provozierten und einschüchterten. Es führte schließlich zu ernsthaften Zusammenstößen, wobei die jüdische Bevölkerungsgruppe von niederländischen Arbeitern unterstützt wurde. Daneben gab es auch für die niederländische Bevölkerung immer mehr Verschlechterungen: Milch, Brot, Kartoffeln, Fleisch wurden nur auf Lebensmittelkarten ausgegeben, waren schwer zu bekommen. In Amsterdam fand eine Demonstration von Frauen statt, die für ihre Kinder mehr Lebensmittel forderten. Vergeblich. Aufrufe, nach Deutschland zur Arbeit zu gehen, wurden ignoriert. Das führte später dazu, daß niederländische Arbeiter gezwungen wurden, in Deutschland zu arbeiten. Die Folge war, daß viele untertauchten. Da sie dann keine Lebensmittelkarten mehr hatten, bemühte sich der Untergrund, sie zu versorgen. Untergetauchte wurden, wenn sie

ergriffen wurden, in Gefängnisse oder Konzentrationslager geworfen. Und mittlerweile hatte jeder Niederländer einen Ausweis bekommen, in dem auch sein Fingerabdruck enthalten war und bei Juden ein »J« eingestempelt war. Man muß erläutern, daß es vor der Besatzung für Niederländer nicht die berühmte deutsche Ausweispflicht gab.

Die Provokationen gegenüber der jüdischen Bevölkerung wurden fortgesetzt, die Bevölkerung reagierte darauf mit Widerstand. Bei einer dieser Aktionen erlag der niederländische Nazi Koot – er war Mitglied der Werafdeling, das war abgekupfert von der deutschen SA, also einer Nazi-Schlägertruppe der Niederlande – erlag der niederländische Nazi Koth den Verletzungen, die er sich bei diesem Zusammenstoß zugezogen hatte. Himmler gab daraufhin den Befehl, 425 jüdische Männer zu ergreifen und in ein Konzentrationslager zu schicken. Die Razzien, die nun im Judenviertel folgten, blieben nicht ohne Wirkung auf die übrige Bevölkerung. In den Juden fühlten sie sich selbst getroffen. Es war die CPN, die Kommunistische Partei, die den Widerstand entfachte. Sie rief die Bevölkerung auf, insbesondere die Arbeiter, als Ausdruck des Protestes gegen das Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung, zu streiken. So begann am 25. Februar 1941 eine Streikwelle in Amsterdam. Aber nicht nur dort, auch in anderen Städten. Es war eine direkte Konfrontation mit den verhaßten Besatzern. Da aber die Nachrichtenübermittlung noch nicht so fortgeschritten war wie heute, sich verzögerte, wurde erst einen Tag später, am 26. Februar, in Utrecht gestreikt. Es begann in der Fabrik, in der Waggons und Brücken hergestellt wurden. Die Streikenden dieser Fabrik gingen zur Gießerei Demker und auch dort wurde die Arbeit niedergelegt. Gemeinsam fuhr man mit dem Fahrrad zu anderen großen und kleinen Betrieben. Sie wollten auch zu der Fabrik kommen, in der ich damals arbeitete. Die Streikenden sind jedoch nicht so weit gekommen, sie wurden durch die in aller Eile mobiliserte deutsche grüne Polizei mit Maschinengewehren und andere Waffen zurückgehalten. Auch wir in unserer Fabrik konnten nichts tun, wir wurden von den Grünen zurückgedrängt. Auch in Utrecht hat der Kampf Opfer gefordert. Die Streikführer wurden erbittert verfolgt, viele wurden verhaftet, ins Gefängnis gesteckt.

Das hatte das »Herrenvolk« noch nie erlebt, daß so einfach gegen sie gestreikt wurde. National und international, wo die deutschen Besatzer waren, war das noch nicht vorgekommen. Gegenmaßnahmen blieben dann auch nicht aus. Die Kommunisten, die den Streik geführt hatten, wurden gejagt und auch die jüdischen Mitbürger. Mit brutaler Gewalt wurde vorgegangen, ohne Pardon wurde auf Zivilisten geschossen. Es gab mehrere Tote und Verletzte. die verhaßten deutschen Besatzer wußten aber nun in jedem Fall, daß sie mit keinerlei Solidarität der Niederländer rechnen konnten.

Daß es mit der Besetzung zuende ging, konnte man merken. Anfang September 1944 wurden die Familienmitglieder der niederländischen Nazis nach Deutschland evakuiert. Mit ihnen gingen viele andere niederländische Nazis. Sie ließen ihre unrechtmäßig angeeigneten Posten in Stich. Die Helden. Profit gemacht, mit den Wölfen geheult, den Besatzern zu Diensten gewesen, die eigenen Landsleute verfolgt.



*Niederländische Widerstandskämpfer bei der Ausbildung*

## 30.000 Arbeiter tauchen unter

Am 17. September 1944 brach für die West-Niederlande die schwerste Zeit an. Auf Befehl der niederländischen Exilregierung in England sollten die Arbeitnehmer der Niederländischen Eisenbahn streiken. 30.000 Eisenbahner legten die Arbeit nieder. Ich war einer von ihnen. Am frühen Abend des 16. September erhielt ich den Auftrag, mich zu einer bestimmten Adresse zu begeben. Dort hörte ich im englischen Rundfunk für die Niederlande den Aufruf und den Befehl zu streiken.

Nachdem ich dies gehört hatte, erhielt ich den Auftrag, sofort unterzutauchen, da ich in der Telefonzentrale der Niederländischen Eisenbahn arbeitete. Dieser Auftrag war sehr wichtig für das Gelingen des Streiks. Man muß sich vorstellen, 30.000 Menschen müssen untertauchen, sehr wichtige und weniger wichtige Leute. Sie kamen zu denen hinzu, die bereits untergetaucht waren: Juden, gesuchte Illegale und Leute, die die Arbeitsaufnahme in Deutschland verweigerten.

So wurden es insgesamt 30.000 Untergetauchte. Man mußte sie mit Lebensmittelkarten und Geld versorgen und zwar auch ihre Familien. Durch meine illegale Arbeit konnte ich mir selbst eine Adresse zum Untertauchen besorgen. Anderen bereitete das oft Schwierigkeiten. Aber es wurde den Untergetauchten so viel wie möglich geholfen. Es wurden jedoch auch Hunderte verhaftet. Dieser Streik war für die deutschen Besatzer ein gewaltiger Schlag.

Am selben Tag begann bei Arnhem die große Schlacht. Die West-Niederlande war isoliert. Was noch an Nahrungsmitteln vorhanden war, wurde von den Besatzern in Beschlag genommen. Im Norden der Niederlande gab es noch genügend Lebensmittel, aber die deutschen Behörden verboten jeden Transport nach dem Westen. Die Besatzer wollten den Hunger als Mittel, den Streik zu brechen, benutzen und um den Alliierten widerstehen zu können. Sie wollten, daß wir krepieren, auch dadurch, daß sie Gas und Strom absperrten. Der Hungerwinter 1944/45 war von ganz ungwöhnlicher Strenge. Um doch etwas Wärme ins Haus zu bekommen, wurde aus leerstehenden Häusern alles Holz geholt, wurden Bäume gefällt. Das war alles nicht ohne Gefahr, es war per Verordnung verboten. Es waren vor allem die Frauen, die versuchten, etwas zu essen zu bekommen. Aber viele starben vor Hunger oder an der Kälte auf der Straße, darunter manche von den Streikenden. Es gab keine Möglichkeit, diese Menschen auf angemessene Weise zu begraben.

Die Razzien gingen weiter. Aber die Eisenbahner waren ungeachtet aller unmenschlichen Umstände entschlossen, den Streik fortzuführen. Die Besatzer nutzten die Gelegenheit, Wagen und Material der Eisenbahn zu stehlen und nach Deutschland zu verschleppen. Die Hoffnung der Besatzer, das niederländische Volk werde verkommen, scheiterte dennoch – ungeachtet des enormen Elends. Vom September bis zum Mai '45 quälte man sich durch. ■

# Weiteres zum Begriff »Neue Rechte«

**Wir freuen uns, daß wir mit der Veröffentlichung unseres Artikels »Der Begriff 'Neue Rechte'« die beginnende Auseinandersetzung um Inhalt und Tragweite dieses Begriffes angefacht haben. Der Diskussionsbeitrag unseres französischen Lesers und die als LeserInnenbrief abgedruckte Kritik bestätigen, daß die Ablösung dieses zum Schlagwort gewordenen Begriffes nicht nur für uns auf der Tagesordnung steht - dies zeigte sich ja schon in jenen Artikeln, auf die unser Beitrag Bezug nahm (im Rechten Rand Nr.31, S.9-12, und in RABAZ Nr.3, S.18-20).**
**In der entscheidenden Frage - ist das, was in Deutschland heute als »Neue Rechte« bezeichnet wird, mit diesem Begriff adäquat beschrieben - stimmen der Autor und wir überein. In anderen Punkten weichen unsere Meinungen voneinander ab. Wenn wir darum eine kurze Antwort veröffentlichen, so geschieht dies im Sinne der Diskussion. Wir hoffen auf weitere Zuschriften und bitten darum, daß Ihr Euch von der Sachkenntnis, die in manchen Artikeln zum Ausdruck kommt, nicht abschrecken laßt. Hier geht es um wichtige Einschätzungen, und Eure Meinung zählt auch dann, wenn Ihr sie nicht mit 22 Anmerkungen belegen könnt. Allerdings ist es gut, daß die verschiedenen SachkennerInnen ihr Wissen anbieten. Seht es uns und allen anderen mit diesen Fragen beschäftigten AutorInnen bitte nach, wenn sich komplizierte Begriffe nicht immer vermeiden lassen.**

Lieber Freund,

Dein Artikel enthält sehr wichtige Hintergrundinformationen zur Entwicklung des Neofaschismus in Europa, einige Richtigstellungen und Verbesserungen gegenüber unserer Darstellung und vor allem die berechtigte Kritik einer zu sehr auf die deutsche Entwicklung beschränkten Analyse. Gerade bezüglich dieser rechten Intelligenz geht das nicht. Vielleicht gibt es auch wirklich so etwas wie den von Dir vermuteten Europafaschismus. Die Frage der faschistischen Europa-Vorstellungen finden wir auch interessant.

Sofern Du Dich aber mit unseren Aussagen zum Begriff »Neue Rechte« auseinandersetzt, bewegt sich unsere Kritik auf zwei unterschiedlichen Ebenen.

Du suchst - wie auch viele Leute in der deutschen Antifa - nach etwas »Neuem« in der Neuen Rechten, und wenn Du etwas findest, was »neu« ist, dann bist Du bereit, den Begriff zu verwenden. Als selbstverständlich scheinst Du vorauszusetzen, daß dieses »Neue« sich im Bereich der Ideologie bewegen muß. Dabei könnte man mit gleichem Recht von neuen Organsiationsstrukturen, Bündnisoptionen, von neuer sozialer Basis, neuen Formen der Agitation etc. pp. sprechen. *Etwas* »Neues« läßt sich vermutlich in jeder der angesprochenen Organisationen finden, und wenn es nur die (generationsbedingte) Beteiligung neuer Leute ist.

Für uns stellt sich diese Frage anders. Ob die Ideologie erneuert, modernisiert, flexibilisiert wurde, ist für uns genauso unwichtig, wie die Frage, ob die »Jungkonservativen« dem Alter nach jung waren. Und wenn die verschiedenen Teile des Neofaschismus und des Nationalismus nicht in der Lage gewesen wären, sich wenigstens teilweise zu modernisieren und zu erneuern, so wären sie einfach Reaktionäre und relativ ungefährlich.

Manche Begriffe verwenden wir aus reinem Pragmatismus, quasi aus Bequemlichkeit. So haben wir trotz großem Unbehagen lange Zeit einfach von »Neuer Rechter« gesprochen in der Hoffnung, daß jedeR schon wissen wird, was gemeint ist. Und nun, da der Begriff unsinnig geworden ist, stehen wir vor der Peinlichkeit, zu wissen, wen wir meinen, aber nicht zu wissen, wie wir das Kind nennen sollen.

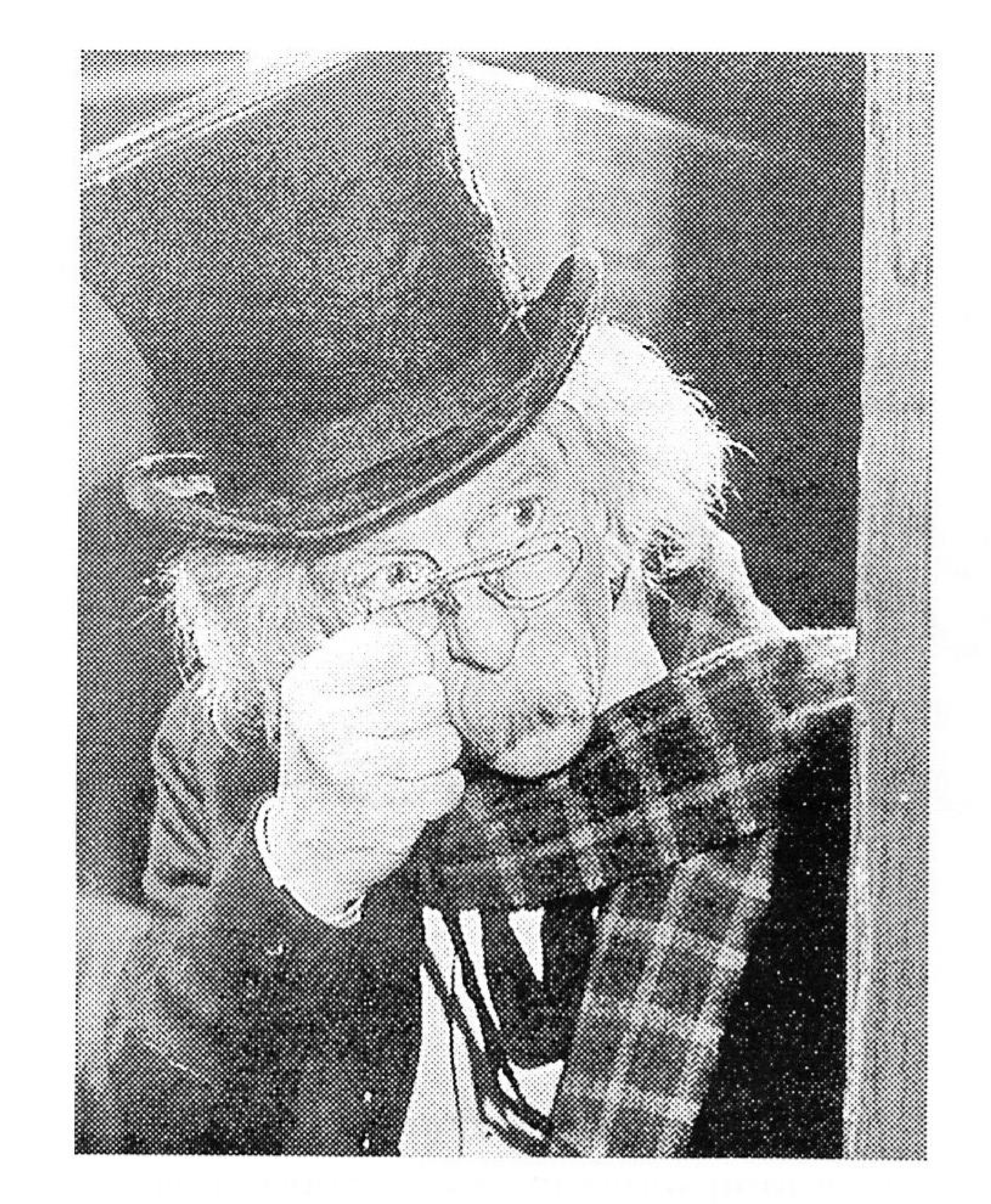
Sinnvoll ist ein Begriff für uns entweder, wenn er a) konkret-historisch als Eigenbegriff oder b) als analytischer Begriff benutzt wird. Als Beispiel: Wenn wir von Hitlers Bewegung sprechen, so verwenden wir die Eigenbezeichnung »Nationalsozialismus«, obwohl wir wissen, daß die NSDAP mit der sozialistischen Bewegung wenig gemeinsam hat. Das ist die historisch-konkrete Begriffsbenutzung. Als analytischer Begriff taugt Nationalsozialismus für uns nicht.

So sind wir auch immer da bereit, von »Neuer Rechter« zu sprechen, wo sich eine solche, sich selbst so bezeichnende Struktur feststellen läßt. Ansonsten geht es uns um Begriffe, die möglichst bezeichnend sind für das Phänomen, auf das sie zutreffen sollen. Hier unterscheidet sich unser Ansatz.

Der Begriff »Europafaschismus« wäre ein analytischer Begriff. Er erscheint uns nicht tragfähig: Er benennt ein *Element* faschistischer Organisationen - unterm Strich nicht einmal ein besonders originelles -, und er benennt ein ausschließlich *ideologisches* Element. Zudem beantwortet er nicht die Frage, mit welchem Begriff die sicher erkennbare Formierung rechter Kräfte in Deutschland nun bezeichnet werden kann.

Wir haben dazu aufgefordert, Alternativen zum Begriff »Neue Rechte« anzubieten, hier liegt eine vor und wir stellen sie zur Diskussion. ■





# Bewußtsein

## Über das Verhältnis von linksradikaler Kritik zum Veganismus

# Bestimmt sein

**Seit einigen Monaten versucht die autonome Szene und die sich ihr angliedernde Linke eine Auseinandersetzung mit Veganern, Tierrechtlern, Erdbefreiern u.ä. (im folgenden unter Autonomen bzw. Veganern zusammengefaßt) zu führen. Ein Unternehmen, das nötig ist und verspricht, einige Erkenntnisse v.a. über sich selbst zu Tage zu fördern. Leider aber verbleiben beide Parteien in ihrem eigenen Mief.**

Oberflächlich betrachtet haben die Autonomen innerlinks-medial den Kampf gewonnen. Seit Mitte letzten Jahres bemüht sich besonders die *»Gruppe im Rausch der Tiefe« (RdT)* aus Berlin um eine Kritik am Veganismus, inzwischen ist ihr sogar der Sprung aus dem Fanzine *»interim«* in größere Medien wie dem *»antifa-info«* (Berlin) und *»Ökolinx«* gelungen. Die Veganer parieren stets mit Ausweichen und Abschwächen: man dürfe sie nicht über einen Kamm scheren, überall gebe es schwarze Schafe etc. - oder aber man schottet sich ab, erklärt die Kommunikation für beendet. Beide Seiten verkennen, daß sie sich wie Suchbilder zueinander verhalten.

Schon chronologisch gesehen ist der Veganismus die Fortsetzung der autonomen Bewegung. Mit dem Verschwinden der autonomen Szene von der politischen wie medialen Bildfläche wächst der Zulauf bei den Veganern. Konsequenter wird es bei Betrachtung der Inhalte. Bekanntlich setzte sich in der autonomen Szene irgendwann das Dogma der Triple Oppression durch. In Opposition zu MLern und anderen K-Gruppen sollte es nicht nur um die Verbesserung der sozialen Lage des 'Proletariats' gehen, sondern endlich auch um die der Frauen und Nicht-Deutschen. In kruder Dialektik gehört alles irgendwie und irgendwo zusammen und bedingt einander. Hatte man vorher schon den umfassenden Widerspruch Kapital - Arbeit reduziert mißverstanden, so geriet nun jegliche politische Analyse völlig aus dem Häuschen. Die Fassungslosigkeit darüber, daß auch ein als Kommunist sich Bezeichnender den Sexisten geben kann (so das einzige konkrete Argument in *»drei zu eins«*), daß also die vermeintlichen Mitstreiter nicht die Heiligen sind, der man selber gerne wäre, wucherte weiter, und so bekamen die Autonomen von den Veganern die gerechte Quittung für ihre Vervielfältigung der Widersprüche: den »Spezizismus« oder gar die »Unity of Oppression«. Unter ihrem

### »Abgrenzen zum Zwecke der eigenen Identitätsbewahrung...«

Zeichen kann nun jede x-beliebige Meinung und Empfindung zur Unterdrückung hochstilisiert werden. Bezogen wird hierbei auf den altbekannten Subjektivismus, der im

Gefolge der linksdeutschen Gruppeninnerlichkeit von den Autonomen zum politischen Programm erhoben wurde. Das klang vielversprechend. Glaubte man doch nun den unkorrumpierten, von Verdinglichung unberührten Wesensgrund gefunden zu haben, von dem aus eine Analyse und der daraus folgende politische Kampf gestartet werden könne. Dazu gehört. daß das kostbare Subjekt, von dem man bisher annahm, daß es tot oder doch zumindest unwichtig bis überflüssig sei, gepflegt und gehätschelt wird.

Das mündete in der Verhaltensweise, die inzwischen zum Reflex geworden ist: Abgrenzen zum Zwecke der eigenen Identitätsbewahrung. Weil man sich vom Rest der Gesellschaft inhaltlich nicht fürchterlich unterscheidet, muß die eigene Lebensweise, der eigene Stil, die eigene »Kultur« her, konkret: *bestimmte Konsumgewohnheiten,* die entweder aus dem kapitalen Verwertungszusammenhang herausfallen oder zumindest zu keines anderen Menschen/Lebewesen Lasten gehen sollen, um dessen Unterdrückung durch Enthaltsamkeit zu beenden. Daß sich ihre eigene hochgelobte Identität nur der alternativen Auswahl aus dem großen Warenkorb des kapitalistischen Marktes verdankt übersehen beide Seiten notwendig, bräche doch sonst alles zusammen. Die Veganer sind das schlechte Gewissen der Autonomen, haben sie doch den



**»Die Veganer sind das schlechte Gewissen der Autonomen...«**

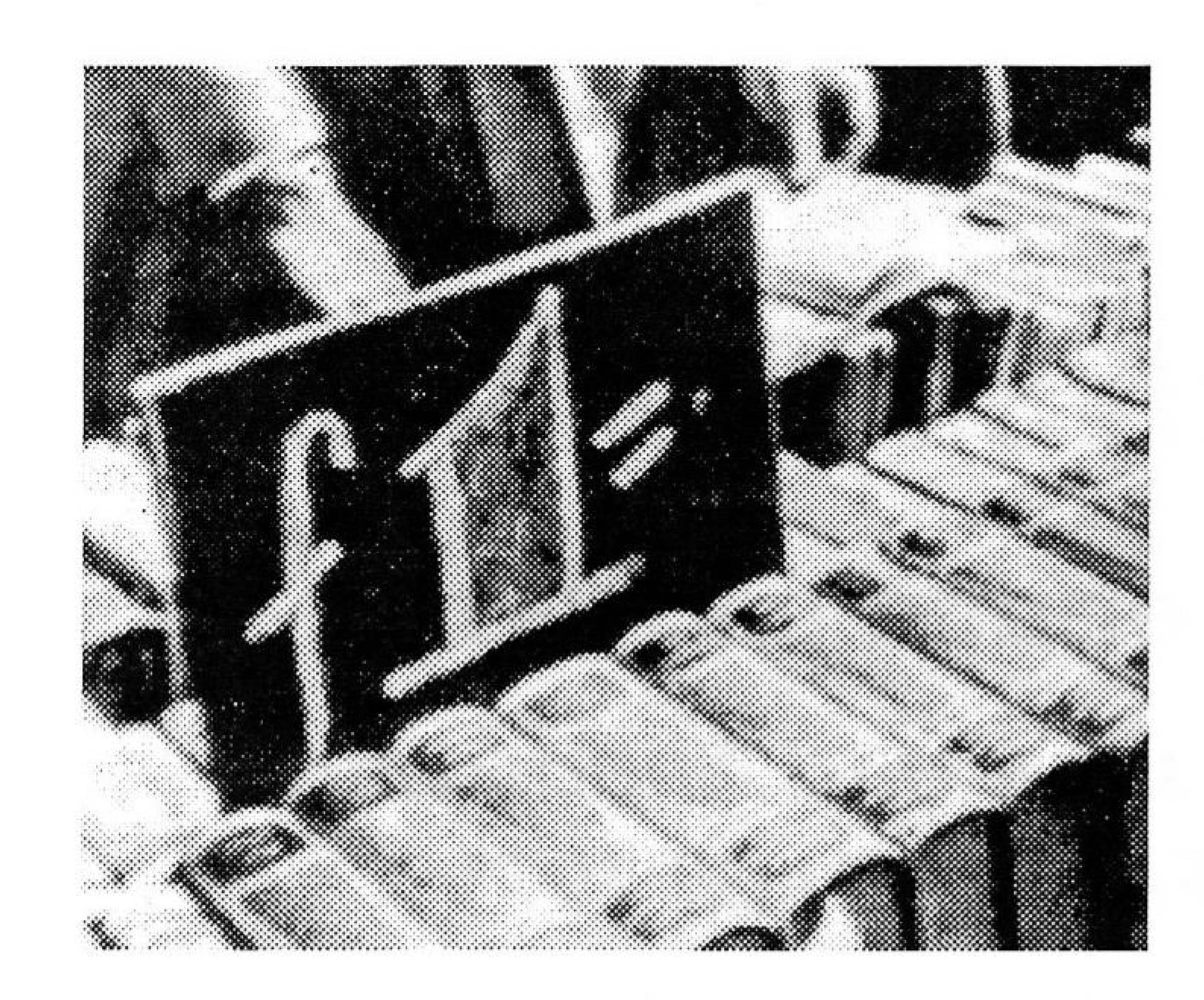
erfundenen » *Taschenspielertrick* » (Adorno) als Fahrkarte zum richtigen Leben im falschen weiterausgebaut. Waren die Autonomen 'korrekt', so sind die Veganer hyperkorrekt. Daneben sind sie die Konkurrenz auf dem immer dünner werdenden Markt der politisch interessierten Personen. Immer weniger Bewegte sind noch zu haben, also wird der Kampf um sie immer schärfer, bzw. die Argumente gegeneinander umso dünner. Übertritte, Verwandtschaften der Mitglieder dürfen nicht sein. Benötigt man die klare Abgrenzung doch so dringend zur Versicherung der eigenen Identität. Hinzu kommt, daß der Kern des Gegners der eigene ist und um diesen folglich riskant herummanövriert werden muß: Subjektivismus, Waren- und Konsumfetisch. So muß die Kritik der Autonomen an den Veganern eine oberflächliche bleiben: alles wird getan, um den verschiedenen Tierrechtlergruppen eine formale Nähe zum organisierten Neofaschismus nachzuweisen: der Szeneklatsch vermeidet, daß *einige »Frontliner«* mit HJ-Haarschnitt gesichtet worden seien. Besonders der Analogieschluß wird aus dem Effekt beherrscht: der Satz *»erinnert uns fatal an die dunkelsten Kapitel ...«* hat Hochkonjunktur, und keiner ist sich zu tumb, darauf hinzuweisen, daß Hitler und einige andere Nazigrößen Vegetarier und Tierfreunde gewesen seien usw. Der Beweis wäre in ihrer Logik aber erst dann wirklich gefunden, wenn ein Treffen von beispielsweise *animal peace* mit der NF von einem Antifa-Überwachungskommando beobachtet worden wäre; deswegen die Freude, wenn ein Zitat eines Veganers dem eines (Neo-)Nazis so ähnlich sieht. Woraus ihre Nähe zum Rechtsextremismus resultiert, warum die Verfechtung der persönlichen Reinheit und der wiederherzustellenden Natürlichkeit gesellschaftlicher Verhältnisse etwas mit Faschismus und das wieder mit dem Warenfetisch zu tun hat, daß darf nicht ins autonome Bewußtsein dringen.

Illustrieren möge dies eine Begebenheit, die sich auf dem Tierrechtskongreß im Juni letzten Jahres in Hamburg zugetragen hat: Auf diesem ersten bundesweiten Kongreß tauchten auch ein paar Autonome auf, die auf den verschiedenen Veranstaltungen gemäß dem ihnen eigenen politischen Verständnis Rabatz machten. Sie wiesen auf die Anwesenheit einiger biofaschistischer *»Frontliner«* hin, forderten dann die anderen Anwesenden auf, Stellung zu beziehen, sich zu distanzieren und was der Phrasen mehr sind, wenn es um Denunziation und Szenesäuberung geht. Die Diskussion wurde hitzig und endete in der provozierend gemeinten Frage von Seiten der Autonomen, ob sie, die Tierrechtler, denn etwa auch mit Faschisten ein angegriffenes Flüchtlingsheim verteidigen würden. Bezeichnenderweise fiel den Angesprochenen darauf keine Antwort ein, sie erklärten die Diskussion für beendet da als zu absurd (und überhaupt läßt man sich von Fleischfressem keine Diskussion aufzwingen). - Es ist klar: Natürlich würden weder die Autonomen noch die Tierrechtler ein Flüchtlingsheim mit Neonazis verteidigen (abgesehen davon, daß die personale Kategorisierung in diesem Falle keinen Sinn mehr machen wurde). Denn diese Zusammenarbeit würde die eigene moralische Integrität verletzen, die »Reinheit« durch Kollaboration nicht mehr gewahrt. Es kommt ihnen nicht auf den Schutz der Bedrohten an, nicht auf die Vertretbarkeit einer Handlung an sich, sondern auf das Bewußtsein der Person, die diese ausführt, denn jenes vermittelt das Ergebnis total.

Das Bewußtsein bestimmt das Sein. Um etwas Gutes tun zu können, muß erst der moralisch integre Mensch hergestellt sein, vorher ist alles zwecklos. Theorie und Praxis sowohl der Autonomen wie der Tierrechtler scheren sich einen Dreck um die Angemessenheit und die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Dies ist das Ergebnis ihrer kompletten Zwangsvermittlung, die ihre Kreise so attraktiv für andere macht. Heraus fällt die Vernunft, übrig bleibt Protestantismus. ■

F.K.





# Bücher, Broschüren, Zeitungen

**Artur Roth (Hg): Unter den Augen der SS. Otto Roth und der bewaffnete Aufstand im KZ Buchenwald.**
**Bonn 1995. Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger,**
**DM 24,80.**

Die Biographie des Kommunisten Otto Roth beschreibt in ihrem überwiegenden Teil seine Zeit im KZ Buchenwald. Da Roth einer der Leiter der Internationalen Militärorganisation der Häftlinge gewesen war, konnte er aus eigener Erfahrung von der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes berichten. Otto Roths Sohn Artur Roth hat die Aufzeichnungen seines 1969 verstorbenen Vaters für die Veröffentlichung überarbeitet und ergänzt.

Seine KPD-Tätigkeit, er war 1930 beigetreten, setzt Roth nach der Machtübernahme der Nazis fort, die Gestapo verhaftet ihn verschiedene Male. Mitte September 1939 findet sich Roth im KZ Buchenwald wieder. Mit Roth kommen neben den anderen Häftlingen auch etwa 700 Kommunisten ins Lager. Diese große Zahl macht es möglich, und aufgrund des Terrors von SS und von kriminellen Häftlingen auch nötig, im Lager Parteistrukturen aufzubauen. Die Mitglieder organisieren sich nach Bezirken und Städten, wobei aus Sicherheitsgründen einer Gruppe nicht mehr als drei Genossen angehören. Otto Roth übernimmt 1942 die Aufgabe zu verhindern, daß Spitzel und Provokateure in Organisation eindringen. Zuvor ist es schon gelungen, die bestehende SS-Spitzelorganisation aufzudecken.

Mitte 1942, als die Kriegslage für die Nazis durchaus noch günstig aussieht, beschließt die Parteileitung, militärische Gruppen aufzustellen. Die Führung entwirft zwei Aufstandspläne. Der offenisve sieht einen organisierten Ausbruch vor, der defensive soll zur Geltung kommen, wenn die SS das Lager vernichten will. Im selben Jahr schafft die SS den Lagerschutz, der die Einrichtungen der SS im Lagerbereich schützen soll. Im April 1945 gehören dem Lagerschutz über 100 Häftlinge an, die darüber Tag und Nacht Zugang zu allen Lagerbereichen haben. Diese Einrichtung steht unter der Kontrolle der illegalen Lagerleitung.

Mit der Gründung des illegalen Internationalen Lagerkomitees(ILK) ist im Sommer 1943 ein weiterer wichtiger Schritt zum Aufstand getan. Otto Roth wird mit der Leitung des technischen, d.h. des militärischen Apparats betraut. Er hat sich um die Beschaffung für alles, was für eine bewaffnete Auseinandersetzung gebraucht werden wird, zu kümmern.

Die Kommunisten gehen immer noch davon aus, daß mit dem Vordringen der Alliierten eine Situation entstehen könnte wie die 1918. Im Zuge der militärischen Rückschläge der Nazis könnte es zu Erhebungen der Bevölkerung kommen und die Häftlinge dann einen organisierten Ausbruch wagen. Die illegale Lagerleitung plant jede Sekunde des Aufstandes im Detail.

Die Entwicklung in den besetzten Ländern und in Deutschland zeigt jedoch, daß die Umsetzung des offensiven Plans immer unrealistischer wird.Mit den heimlich gebauten Kurzwellen-Empfänger können die Häftlinge den Frontverlauf verfolgen. Die Vertreter der sowjetischen Widerstandsgruppen drängen aufgrund dieser Informationen am 2. April 1945 zum Aufstand. Das ILK lehnt es ab, da noch nicht ersichtlich ist, wo entlang die 3. US-Armee vordringt. Außerdem läßt die SS keine Arbeitskommandos mehr ausrücken, sie sind der wichtigste Faktor für einen Überraschungsangriff. Die Sowjets stellen am 8. April erneut den Antrag. Auch diesmal lehnt die Lagerkeitung nach einer langen Diskusssion mit der militärischen Führung ab. Es befinden sich noch 2.900 SS-Leute im in den Unterkünften und Kasernen. Die Wachtürme sind besetzt und zusätzlich mit Handgranaten ausgerüstet. Für die Beseitigung der SS in den Türmen wären geübte Schützen nötig, die ersten Schüsse würden aber die KZ-Verstärkung und die Truppenverbände der Waffen-SS alarmieren. Mit ihren 112 Schußwaffen und 80 Handgranaten stehen die Häftlinge 2.900 bewaffneten SS'lern gegenüber. Zudem kann sich die SS aus den Gebäuden verteidigen, während die Häftlinge erst Stacheldraht und Türme überwinden müßten, um dann auf offenen Gelände anzugreifen. Das ILK kommt zur Einschätzung, daß ein voreiliger Aufstand zum Verlust der Führungspersonen und wahrscheinlich auch zur Liquidierung des gesamten Lagers führen würde.

Das ILK betreibt jetzt massiv die Desorganisation des Lagers. Den Befehl der SS, daß alle Juden auf dem Appellhof anzutreten hätten, sabotiert die illegale Führung. Als die SS dann 46 Antifaschisten dafür zur Verantwortung ziehen will, organisiert das ILK deren Untertauchen im Lager. Am 8. April 1945 will die SS das gesamte Lager evakuieren, kann aber nicht in der gewohnten Weise vorgehen. Die militärische Leitung nimmt ihren illegalen Sender in Betrieb, Roth beschreibt dies als eine vorbildliche internationale Zusammenarbeit. Das ILK funkt an die US-Armee: »Wir bitten um Hilfe. Man will uns evakuieren. Die SS will uns vernichten.« Dieser Funkspruch in mehreren Sprachen wird gehört: »KL Bu. Ausdauern!Wir kommen zur Hilfe! Oberkommando III. US-Armee.«

Als aus dem Rundfunk klar wird, daß die Amerikaner weiter vorrücken, wird der Aufstand am 11. April eingeläutet. Leider beschreibt Roth keine Einzelheiten. 125 SS-Leute werden gefangen genommen, 21.000 Menschen befreit. Darunter sind 6.000 Kranke und Invalide, die wenig Überlebenschancen bei eniem weiteren Terror der SS gehabt hätten. Erst am 13. April rücken US-Truppen ein.

Im Schlußteil geht Otto Roth auf die Aufstände in anderen KZ ein. Buchenwald war kein reines Vernichtungslager wie Treblinka, Sobidor, Auschwitz. Die dortigen Aufstandsversuche, in äußerster Entschlossenheit aufgrund der aussichtslosen Lage, lassen sich nicht vergleichen. In Buchenwald durfte das Äußerste nicht gewagt werden, um nicht das Leben aller Häftlinge leichtsinnig zu gefährden. Der Kampf konzentrierte sich auf die Abwehr noch größerer Übel.

Roth spricht in den Schlußbetrachtungen auch kritische Punkte des Verhaltens kommunistischer Häftlinge an. Dies ist überraschend, weil er sie in in dem vorangehenden Teil nicht thematisiert. Die Schaffung von Leitungen im illegalen Lager-Widerstand habe sich über Jahre hingezogen, da die Kommunisten, die am besten organisiert waren, zögerten, nichtkommunistische politische Gruppen in die Arbeit einzubeziehen.

Die Übernahme jeglicher Lagerfunktion sieht Roth mit einer schweren Hypothek verknüpft. »Jede Handlung im Konzentrationslager, die das Leben eines Mithäftlings beieinflußen konnte, und es gab nur wenige Handlungen, die das nicht getan hätten, konnten einen in abgrundtiefe Schuld verstricken.« Aber er weist darauf hin, daß solche Handlungen in dem unmenschlichen Konzentrationslager-System wurzeln und lastet sie nicht dem einzelnen Häftling an.

Zur Beschreibung des Fehlverhaltens eines Teils der Kommunisten läßt Roth den ehemaligen Buchenwald-Häftling Benedikt Kautsky, Sohn Karl Kautskys, zu Wort kommen. Eine Schicht von Kommunisten im Lager habe ihren Haß gegen die Sozialdemokratie ausgelebt, der sie Schuld an der Machtübernahme der Nazis gaben. »Und dieser Haß äußerte sich keineswegs nur in Diskussionen und theoretischen Erörterungen, sondern auch recht praktisch in der Zuweisung zu Arbeitskommandos, in der Behandlung im Revier (Krankenanstalt), (...) Noch ärger als die Sozialdemokraten wurden die kommunistischen 'Ketzer' behandelt, deren es in Form von Trotzkisten, Brandlerianern, Gewerkschaftsoppositionellen usw. immerhin relativ nicht wenige gab.« Dieser Kreis von Kommunisten »wurde zu einer Aristokratie, die ihre Vorteile eifersüchtig wahrte und ihre Stellung ebenso gegen oben, d.h. die SS wie gegen unten, die Masse der Häftlinge behauptete. Dieser »ziemlich breiten Schicht von engstirnigfanatischen« Kommunisten standen andere, »höher kultivierte und allgemeiner Menschlichkeit mehr zugängliche« gegenüber. »Diese Schicht war geringer an Zahl, aber infolge ihrer geistigen Überlegenheit maßgebend, und sie hat in Buchenwald eigentlich das Lager vom Jahre 1939 bis zur Befreiung geführt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sie sich außerordentliche Verdienste um die Häftlinge erworben hat...«

Mit »Unter den Augen der SS« hat der Bonner Pahl-Rugenstein-Verlag einen wichtigen Beitrag aus dem Innern des Buchenwalder Widerstandes auf den Buchmarkt gebracht. ■

# LeserInnen-briefe



**Die Briefe geben immer die Meinung der SchreiberInnen wieder. Auch wenn wir eine andere Meinung haben, wird der Brief unkommentiert abgedruckt. Lediglich faktische Fehler probieren wir richtigzustellen.**

## tierRechte...

Ich bin Veganerin/Tierrechtlerin, da ich, soweit ich kann, Lebewesen nicht durch mein eigenes Verhalten Leid zufügen möchte. Allerdings wird dem Veganismus allzu oft aus linken Zusammenhängen ein Ideologievorwurf gemacht. Sicherlich kann mensch dem Veganismus eine Ideologie »überstülpen«, doch eigentlich stammt die Hauptmotivation, vegan zu leben, aus ganz einfachen moralischen Überlegungen. Ich sehe nichts schlimmes, sondern nur positives dabei, ihn zu propagieren (und nein, das heißt nicht, FleischkonsumentInnen umzubringen). Doch das, was einige (eine Minderheit) aus dem Veganismus machen wird hochgespielt, um die vegane Lebensweise an sich zu diffamieren - ob von der bürgerlichen Presse (»die Veganer machen Brandanschläge« usw.) oder von linken (»Veganer= die Ökofaschisten«) - wo ich gerade von der Linken eine differenzierte Auseinandersetzung erwarten würde.

Veganismus heißt keineswegs gleich biologistisches Denken, Ökofaschismus,...

Die meisten VeganerInnen, die ich kenne, distanzieren sich klar von Frontline und Hardline (allerdings hat die Tierrechtsszene insgesammt zu spät erkannt, was FL/HL heißt) und sind angesichts des Tierleids motiviert, Tieren zu helfen und dazu beizutragen, daß eines Tages die Tiere aus der Unterdrückung und der gewaltbereiten Herrschaft des Menschen befreit werden.

Was ist so schlimm daran? Oder hat die Linke nur »ihr« Fleisch so gern?

PS.: Die heftigen Reaktionen auf den Ausdruck »Tier-KZ« zeigen nur, wie die Massentierhaltung und das tägliche massenhafte Tiertöten toleriert und relativiert werden - genau wie die Nazi-Verbrechen im Drittten Reich toleriert wurden.

Es geht darum, daß sowohl die Vernichtung in den KZs und die Vernichtung der Tiere heute gleichermaßen Verbrechen sind (mit Unterschieden, aber vor allem auch mit erschreckenden Gemeinsamkeiten: Gleichgültigkeit/Toleranz seitens der Bevölkerung, die Selbstverständlichkeit und Emotionslosigkeit des Tötens, die »Minderwertigkeit« der Opfer in der Gesellschaft,...)

I.(Wuppertal)

## Helmut Goj: Ein Scharnier zwischen Nationalkonservativen und millitanten Neonazis

Erstmals aufgefallen ist Helmut Goj 1992 im Internet, als er dort mit rechtsradikalen Parolen auf sich aufmerksam machte. Mit einem kleinen Computer im Eulenweg 10 verbreitete er seinen Müll in diversen Netzen. In einigen hat er mittlerweile Schreibverbot.

Forderungen von Helmut Goj sind z.B. ein »Stopp des Völkermordes am Deutschen Volk«, »Wiedereingliederung der deutschen Ostgebiete« oder »Deutschland darf kein Ruanda werden«.

Auf die Frage »Sind Sie mit der Wiedervereinigung zufreiden?« antwortete Helmut Goj in einem Interview: »Nein, denn es ist nur eine Teilwiedervereinigung. Es fehlt noch Ostdeutschland.«. Oder auf die Frage »Soll Deutschland ein Einwanderungsland werden?« mit »Auf keinen Fall! Wohin denn mit den Einwanderern? Wir wollen doch keinen Fremdenhaß schüren«.

Desweiteren ist Helmut Goj davon überzeugt, daß die Grünen über die SPD bis zum Bundesverfassungsgericht von Marxisten-Leninisten unter der Führung von Sarah Wagenknecht unterwandert seien, und nur nationale Kräfte wie der BfB eine sozialistische Umgestaltung verhindern könnten. Ein mehr oder weniger witziges Beispiel ist auch sein Kampf gegen das von ihm erfundenene sog. »Agressionsgen«.

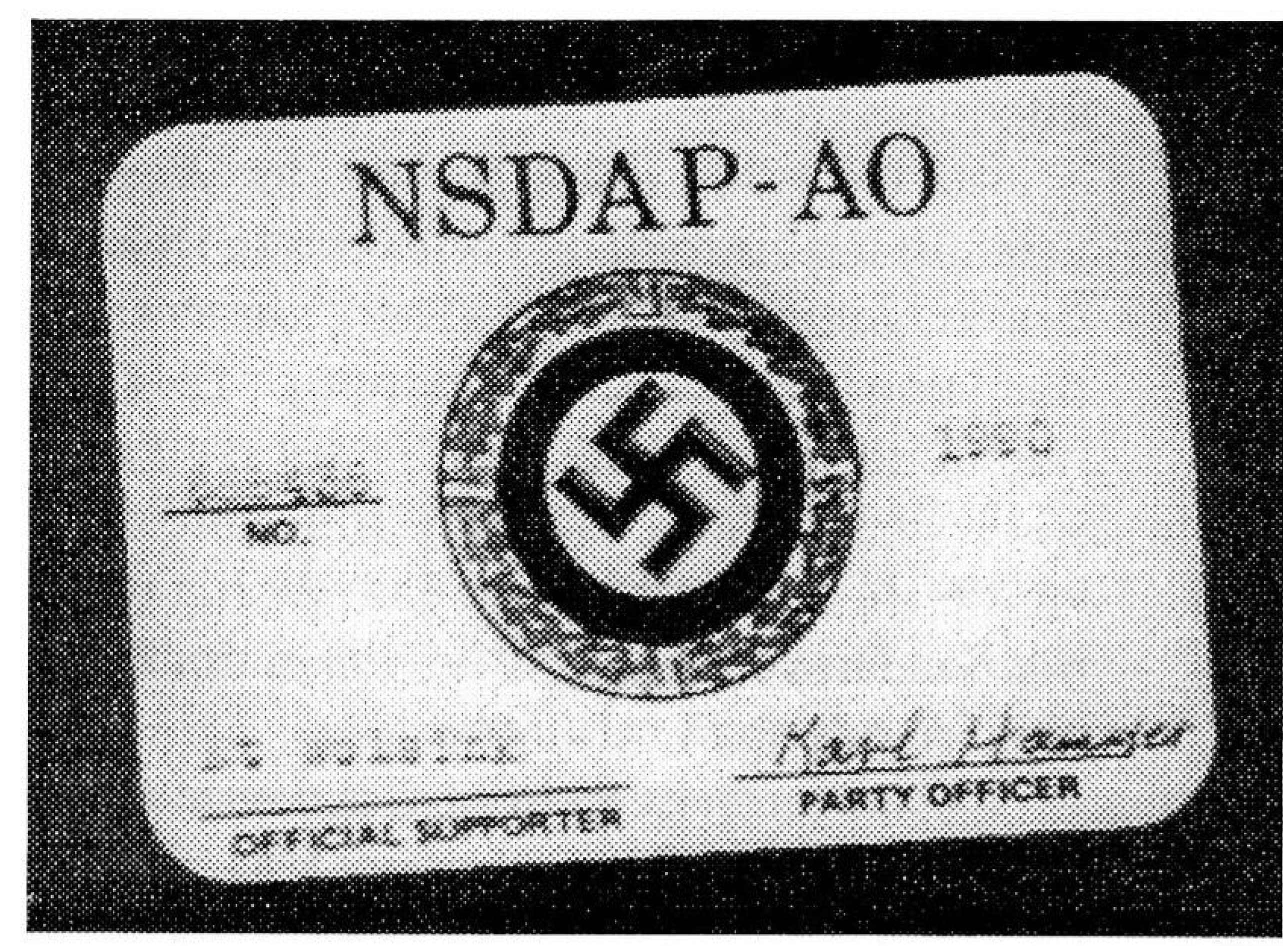
Dabei ist Goj nicht der harmloseste Trottel rechter Prägung, für den ihn viele halten. Er war jahrelang bei der rechtslastigen »Freien Wählervereinigung« (FWV) aktiv, für die er auch im Stadtrat saß. Ein führendes Mitglied de FWV sorgte 1989 mit dem Absingen von alten SS-Liedern bei einer Pfadfindergruppe für Aufsehen. Nach Gründung des Bundes freier Bürger (BfB) trat er zu selbigen über und übernahm den stellv. Landesvorsitz in Nordrhein-Westfalen. Zu dieser Zeit begann er, kommunalpolitische »runde Tische« zu organisieren, an dem auch Vertreter von SPD, CDU und FDP teilnahmen.

Sein wirtschaftlicher Einfluß in der Gemeinde Kamp-Lintfort ist aufgrund der in der Schanzstraße ansässigen »GST Goj Stahltechnik GmbH & Co. KG« nur zu erahnen.

Über das »Thule«-Netz ist Helmut Goj mit militanten Neonazis vernetzt. Dort geben sich u.a. Aktivisten der FAP, der NPD und der Republikaner die Ehre. Nachweislich Kontakte hat Helmut Goj zu Mitgliedern der NPD und der DVU.

Einig ist er sich mit den militanten Aktivisten in de Bekämpfung des »Bunzplik«-Systems und der »Errichtung einer nationalen Ordnung«. Geben wir ihm und seinen Kameraden nicht die Möglichkeit dazu.

O'B.




*Wolsinks NSDAP/AO-Unterstützer-Ausweis*

# NSDAP/AO verlor Terror-spezialisten

## Gerrit Et Wolsink – SS-Mann und Gladio-Agent – gestorben

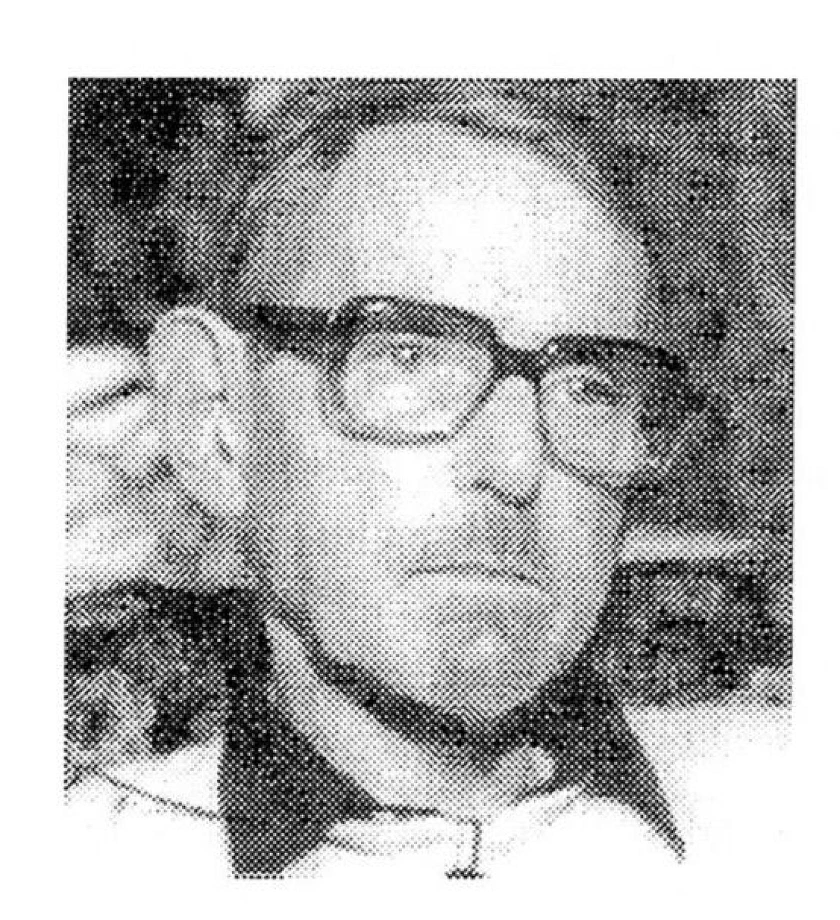
**Das NSDAP/AO- und GdNF-Mitglied Gerrit Et Wolsink ist am 30.12.1995 im Alter von 71 Jahren verstorben. Damit hat die internationale militant-terroristische Neonaziszene hat einen ihrer alten Mitstreiter verloren – die deutsche Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GDNF) wahrscheinlich ihr wichtigstes Bindeglied zum terroristischen Spektrum der alten SS.**

Die westlichen Geheimdienste dürfen sich der Trauer anschließen. Schließlich hat Wolsink auch in ihren Diensten gestanden. Dies hatte Wolsink vor laufender Kamera gegenüber Michael Schmidt, Autor des Filmes »Wahrheit mach frei«, eingestanden. Kurz nach dem Krieg für die Alliierten zu arbeiten, sah Wolsink nicht als Widerspruch. Die Frage sei doch gewesen, *»entweder tot oder frei und ungefähr in die selbe Richtung arbeiten - und dann konnte ich gleich meine NS-Arbeit fortsetzen.«* So diente er im geheimen NATO-Netz Gladio, das im Kriegsfall als Untergrundarmee hinter den feindlichen Linien operieren sollte. *»Ich nahm an verschiedenen Aktionen in den sowjetischen Einflußspären teil - nach dem Vorbild von Brandenburg«*, hatte Wolsink bei einer Vernehmung der holländi-schen Behörden erklärt.

Einer holländischen Nazi-Familie entstammend hatte sich Wolsink bereits mit 16 Jahren den deutschen Nazi-Truppen angeschlossen. Dafür hatte er sich in seinem Paß zwei Jahre älter gemacht hatte. Das Morden lernte er gleich bei der DIVISION BRANDENBURG, diese Spezialeinheit unter dem Kommando der Wehrmacht war zuständig für Sabotage und Terror hinter den feindlichen Linien. Die meisten Angehörigen der »Brandenburger«, so auch Wolsink, wechselten später zu Otto Skorzenys SS-REGIMENT ORANIENBURG. 1946 wurde Wolsink wegen seiner Zugehörigkeit zur Division Brandenburg zu acht Jahren verurteilt, kam aber schon nach einem Jahr auf freien Fuß. Im Kalten Krieg waren die »Brandenburg«-Erfahrungen wieder gefragt, er hatte eingewilligt, an Gladio-Operationen teilzunehmen, nachdem *»mein höchster Nachkriegsvorgesetzter, Gruppenführer Dietrich«* zugestimmt hatte. SEPP DIETRICH war der Kommandeur der LEIBSTANDARTE ADOLF HITLER gewesen,verantwortlich für eine Vielzahl von Kriegsverbrechen. In der BRD leitete er zusammen mit zwei weiteren SS-Kommandeuren die HIAG, die legale Nachkriegsorganisation der SS. Für die NATO-Alliierten soll Wolsink Under-Cover-Aktionen bis zur Mitte der 50er Jahre auf sowjetischem Territorium, vor allem in der Ukraine und Belorußland, durchgeführt haben.

Nachdem er von seinen terroristischen Gladio-Missionen zurückgekehrt war, setzte Wolsink seine Nazi-Tätigkeit in Holland fort. Er gehörte zusammen mit seiner Frau zu den Begründern der dortigen Wiking-Jugend (WJ). Diese internationale Jugendorganisation hatten SS-Leute Anfang der 50er Jahre in verschiedenen westeuropäischen Ländern gegründet, um den Nachwuchs für die NS-Bewegung zu sichern (in der Bundesrepublik ist die WJ seit 1994 verboten). Seine Tätigkeit für die faschistische NIEDERLÄNDISCHE VOLKSUNION beendete Wolsink 1986 und verlagerte sich zur BRITISH NATIONAL SOCIALIST MOVEMENT nach England. Die organiserte sich bereits Anfang der 80er auf Zellenbasis, was die deutsche Neonazi-Szene ebenfalls seit 1992 versucht. Wolsink übernahm den Sicherheitsbereich und überprüfte für die Engländer deren internationale Kontakte. In Wolsinks Visier gerieten JÜRGEN MOSLER, Michael Kühnens Gegenspieler im Machtkampf um die FAP und, 1989 wegen »Mossad-Verdacht«, EWALD ALTHANS. Letzterer sitzt wegen seiner antisemitischen Tiraden im Film »Beruf Neonazi« in Berlin im Knast und erklärte seine Nazi-Karriere für beendet.

Ab Mitte der 80er Jahre betätigte sich Wolsink auch in der ANS Niederlande, dem holländischen Zweig der deutschen Kaderorganisation der GdNF. Seit 1988 sei er »Ehrenmitglied der reichsdeutschen Bewegung um Michael Kühnen«, erklärte er stolz in seiner Vernehmung. Es verwundert nicht, daß er auch sein Engagement für die illegale NSDAP/AO eingestand, ist diesen Netz doch weitgehend identisch mit der der GdNF. Mit Wolsink hat die GdNF bzw. die NSDAP/AO einen wichtigen Verbindungsmann zur alten NS-Generation verloren, einen, der zudem mit Terrorerfahrungen aus erster Hand aufwarten konnte ■



*Wolsink: Von SS und Gladio zur GdNF*

USA- Update

# Eine Geschichte mit seltsamen Allianzen



*Oklahoma City am 20. April 1995: Eine Autobombe explodiert*

## Die Verteidigung von McVeigh im Oklahoma-City-Prozeß

**Der Prozeß gegen die beiden Hauptverdächtigten des Bombenanschlags von Oklahoma City im April 1995 soll im kommenden Herbst beginnen. Allerdings wird er nicht im Bundesstaat Oklahoma stattfinden, sondern in Denver (Colorado). Dies hatte die Verteidigung von Timothy McVeigh und Terry Nichols beantragt, weil es unmöglich sei, in Oklahoma »unvoreingenommene« Geschworene zu finden.**

Stephen Jones, der Pflichtverteidiger von McVeigh, versucht die öffentliche Aufmerksamkeit gegen McVeigh und Nichols abzulenken, indem er ein verschwommenes Bild einer internationalen Verschwörung konstruiert. In diesem Fall wäre McVeigh allenfalls ein kleiner Mittäter gewesen.

Zuerst erklärte Jones, er untersuche eine mögliche internationale Verschwörung von Neonazis und arabischen Terroristen. Dann verwies er auf den gebürtigen Berliner Andreas Strassmeir. Der frühere Soldat lebte seit 1991 in den USA. In Elohim City, einer 1,6 Quadratkilometer großen Siedlung im Südosten Oklahomas (über 300 km von Oklahoma City entfernt) war er »Chief of Security« und leitete paramilitärische Übungen. Die Siedlung wird von einer Gemeinde der nazistischen CHRISTLICHEN IDENTITÄTS-Sekte bewohnt (siehe die USA-Beilage in Infoblatt 33). In den Tagen vor dem Bombenanschlag hatte McVeigh anscheinend in Elohim City angerufen und nach Strassmeir verlangt. Diese Geschichten wurden von den internationalen Medien aufgegriffen (in der BRD u.a. vom Berliner Tagesspiegel, der TAZ, der Jungen Welt und Spiegel-TV).

Nachdem diese Andeutungen die Aufmerksamkeit der Medien erregt hatten, gab Jones bekannt, er wolle die bekannten Antisemiten und Rassisten DENNIS MAHON (aus Oklahoma), JOHN TYNDALL (British National Party) und CHARLIE SARGENT (Combat 18 – beide aus Großbritannien), sowie den Holocaust-Leugner DAVID IRVING als Zeugen vernehmen lassen. Jones befindet sich eindeutig auf einem publicity-trächtigen Angler-Trip.

Irving erklärte dem Nachrichtenmagazin »Newsweek«, er sei »schockiert und beschämt«, daß sein Name auf der Liste von Jones stehe. Aber er habe wegen des Anschlags bereits von sich aus Kontakt mit US-Stellen aufgenommen. Denn JAMES NICHOLS (Terrys älterer Bruder) habe an Irvings »weltweiten Fanclub« Geld gespendet. »Ich will hier auf der richtigen Seite stehen,« sagte Irving.

Searchlight und Antifa-Infoblatt haben von Anfang an erklärt, daß es für nur zwei Täter sehr schwierig gewesen sein muß, den Bombenanschlag alleine zu planen und auszuführen. Da die nazistischen »führerlosen Widerstandszellen« in der Regel vier bis sechs Mitglieder haben, vermuten wir, daß vier bis sechs Personen an dem Anschlag beteiligt waren.

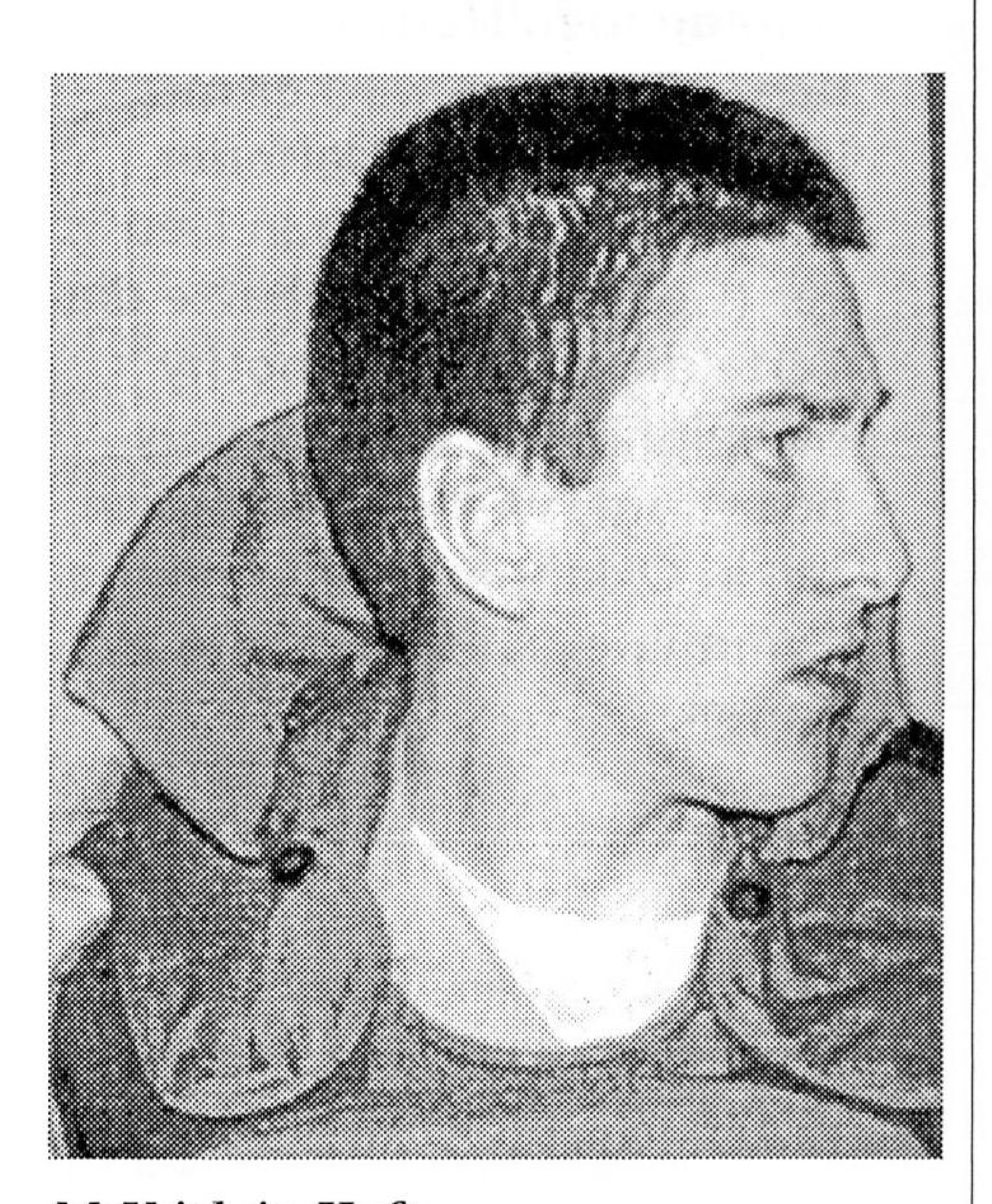
In vielerlei Hinsicht entsprechen die Verschwörungs-Theorien von Jones denen der Miliz-Bewegung und der radikalen Rechten in den USA. So behauptete die antisemitische Wochenzeitung »Spotlight« im vergangenen Oktober, daß ein Polizei-Spitzel an dem Bombenanschlag beteiligt war. Im Dezember behauptete »Spotlight«, eine »*Verbindung zum Nahen Osten sei fast sicher*«. Der Beweis: Der bisher nicht identifizierte dritte Verdächtige (der mit McVeigh den Bomben-LKW gemietet haben soll) habe eine dunkle Hautfarbe und sei »*nahöstlicher*« Abstammung. Außerdem geben es Verbindung zwischen dem israelischen Geheimdienst Mossad und irakischen Exilanten in Oklahoma City.

HOPPY HEIDELBURG, ein Mitglied der Geschworenen-Jury, die über die Zulassung der Anklage gegen McVeigh und Nichols zu entscheiden hatte, gibt bereits seit längerem Interviews mit rechtsgerichteten Zeitschriften und Radioprogrammen. Er behauptet, daß die Regierung die Ermitt-

lungen bezüglich des dritten Verdächtigen absichtlich behindere, weil er ein Polizei-Spitzel sei. Heidelberg soll im April als Redner auf einer Festveranstaltung der nazistischen Zeitschrift »Jubilee« auftreten.

Strassmeirs Verbindungen auf beiden Seiten des Atlantiks sollten genauer untersucht werden. Während er in Elohim City lebte, kannte er anscheinend Dennis Mahon und andere Rassisten in der Region. Nachdem er Elohim City verlassen hatte, hielt er sich bei dem rechtsradikalen Anwalt Kirk Lyons in North Carolina auf. Lyons, der auch in Deutschland und England bereits Neonazis besucht hat, tritt als Anwalt von Strassmeir auf. Lyons ist auch der Anwalt und enge Freund von Louis Beam (Aryan Nations). Es ist unwahrscheinlich, daß Lyons sich für Strassmeir einsetzen würde, wenn Beam etwas dagegen hätte.

*gekürzte Fassung aus Searchlight März 1996*



*McVeigh in Haft*

Zu Andreas Strassmeir:

Sein Vater ist hoher CDU-Funktionär in Berlin gewesen, einer seiner Brüder ist heute Stadrat in einem Berliner Bezirk.

Andreas Strasmeir war in seiner Schulzeit bei einer christlichen Sekte in Berlin. Nach dem Abitur verdingte er sich bei der Bundeswehr und studierte an der Bundeswehr-Hochschule in Hamburg. Die Bundeswehr verließ er nach sieben Jahren. 1989 reiste er das erste Mal in die USA ein. Etwa vier Jahre hat er in Elohim City gelebt. Den Ort soll er im Sommer 1995 verlassen haben. Kontakt zur US-amerikanischen Rechtsextremistenszene hat er möglicherweise über den Anwalt Kirk Lyons aus North Carolina bekommen. Lyons war u.a. 1992 in der Bundesrepublik. Im Juli 1992 trat er gemeinsam mit Zündel bei einer Veranstaltung in Bonn auf, im Herbst 1992 besuchte er zehn Städte. ■

# Buchanan will die Kontrolle über die Konservativen

## Für seine Präsidentschaftskandidatur machen sich Rechtsradikale stark

Seit der Präsidentschaftskandidatur von George Wallace und der »American Independent Party« im Jahr 1968 ist es der radikalen Rechten in den USA nicht mehr gelungen, eine tragfähige »dritte Partei« (neben Demokraten und Republikanern) aufzubauen. Der Grund: Die hohen gesetzlichen (Mehrheitswahlrecht) und finanziellen Hürden gegen neue Parteien. Der letzte ernsthafte Versuch war die POPULIST PARTY von Willis Carto, für die 1988 David Duke und 1992 Bo Gritz kandidierten. Die Populist Party hat sich inzwischen wegen heftiger interner Fraktionskämpfe aufgelöst. Die fehlenden Erfolge auf parlamentarischer Ebene erklären zum Teil die Popularität von Bürgermilizen und anderen Privatarmeen bei den US-Faschisten.

Die einzige rechtsradikale »dritte Partei«, die 1996 noch existiert, ist die U.S. TAXPAYERS PARTY (Steuerzahlerpartei) von Howard Phillips. Die vergangenen zwei Jahre hat die Partei zahlreiche Treffen mit Miliz-Sprechern wie Larry Pratt (siehe die USA-Beilage in Infoblatt 33) und mit fanatischen »Lebensschützern« wie Randall Terry (dem früheren Chef von OPERATION RESCUE) organisiert.

Trotzdem ist es unsicher, ob die Taxpayers Party überleben wird. Ihr Parteitag wird unmittelbar nach dem republikanischen Parteitag im August in San Diego stattfinden. Phillips hofft, daß dann rechtsgerichtete republikanische Delegierte »überlaufen«, weil sie nicht mit ihrem relativ gemäßigten Präsidentschafts-Kandidaten Robert Dole einverstanden sind.

Unterdessen hat Doles rechtsradikaler Konkurrent Pat Buchanan die letzten Tropfen der »Dritte-Partei«-Energien aufgesogen. Selbst die Kader von der AMERICA FIRST PARTY des bekannten Faschisten Ed Fields arbeiten für Buchanan. Buchanan versucht, die Militanz der Rechtsradikalen in die republikanische Partei zu kanalisieren.

Dies zeigt auch Buchanans Einsatz für seinen Wahlkampfmanager Larry Pratt, der seit 20 Jahren an führender Stelle in der Anti-Abtreibungs-, Anti-Einwanderungs- und Schußwaffen-Bewegung aktiv ist. Außerdem ist Pratt seit 1992 auf zahlreichen Miliz-Treffen und auf Veranstaltungen der CHRISTLICHEN IDENTITÄTS-Sekte aufgetreten.

Als erste Zeitschrift hat »Searchlight« veröffentlicht, daß Pratt 1992 an einem nazistischen Kadertreffen in Estes Park (Colorado) teilnahm (siehe auch Infoblatt 30). Erst im vergangenen Februar griffen die US-Massenmedien diese Story auf. Buchanan feuerte Pratt jedoch nicht, wie es die Medien verlangten, sondern »beurlaubte« ihn, damit er seinen »guten Ruf« wiederherstellen könne. Auf diese Weise konnte Buchanan Pratt und seine Miliz-Leute hinter sich behalten. Denn wenn Buchanan *alle* Rassisten in seinem Wahlkampfstab feuern würde, wäre davon bald nicht mehr viel übrig.

Buchanans rassistischer, antisemitischer und ultra-nationalistischer Hintergrund zieht die Bewohner der Steinzeit-Höhlen an. Aber sobald einer dieser Neandertaler sich allzu weit aus dem Fenster hängt, dann bricht bei den »respektablen« Republikanern die Panik aus. Bei Buchanans Kandidatur geht es um die Kontrolle über die konservative Bewegung und über die republikanische Partei. ■

*aus Searchlight März und April 1996*

# Schweiz

## Thies Christophersen ausgereist

THIES CHRISTOPHERSEN ist nicht mehr in der Schweiz. Nachdem sein Aufenthaltsgesuch von der Stadt Biel abgelehnt wurde, und die Schweizer Bundesanwaltschaft ihm eine Ausreisepflicht bis Ende Dezember setzte, d.h. ab 1.Januar 1996 gilt für ihn Einreisesperre, hat er es vorgezogen, abzureisen. Die Bieler Behörden haben zwar keine offizielle Abreisebestätigung, aber die Vermitterfirma bestätigte den Auszug Christophersen. Es wird vermutet, daß er Richtung Süden zieht, höchstwahrscheinlich nach Spanien, wo er im Dezember für eine Woche weilte.

## Biografien über Alt-Nazi Francois Genoud

Wer verdient mit, wenn jemand sich die GOEBBELS Tagebücher kauft? FRANCOIS GENOUD. Der 1915 geborene Westschweizer besitzt das einträgliche Copyright an den Goebbels Tagebüchern auf Grund einer im Jahre 1955 abgeschlossenen Vereinbarung mit Goebbels Schwester Maria. Genoud empfand die Entnazifizierungsgesetzgebung als »*monumentale Ungerechtigkeit*«. »*Von Jugend an habe ich stärkste Symphatie für Deutschland und den Nationalsozialismus empfunden und habe es nach der Niederlage nicht vergessen. (...) So bin ich dazu gekommen, auf dieser Ebene für die Sache der Gerechtigkeit zu Kämpfen; zu erst für Hitler und ab 1955 für Goebbels.*«

Über diesen netten Zeitgenossen sind jetzt in Frankreich zwei Biografien erschienen: »L´Extremiste« von Piere Pean und »Le Banquier noir« von Karl Laske. Sein Coming Out als Nazi hatte Genoud als er 1932 im Alter von 17 Jahren HITLER traf, zwei Jahre später besuchte er Veranstaltungen der rechtsextremen »NATIONALEN FRONT« in der Westschweizer Stadt Lausanne (wo Mussolini nachwievor Ehrenbürger ist...). Ab ca. 1941 arbeitet er auch als Agent für die Deutsche Abwehr und half einzelnen Nazis bei ihrer Flucht von Deutschland in die Schweiz. Nach dem Krieg zuerst als Verleger tätig, kehrte er in die Schweiz zurück und unterstütze im Algerien-Krieg die Befreiungsbewegung FLN als Finanzier und baute seine Kontakte zur Arabischen Welt aus.

Nicht nur für Goebbels engagierte sich Genoud. Sondern auch für die Verteidigung von ADOLF EICHMANN, der während des zweiten Weltkriegs Leiter des Judenreferats im Amt V (GESTAPO) des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und verantwortlich für die Deportation der Juden im Rahmen der Endlösung war, sowie für KLAUS BARBIE, den ehemaligen Leiter der Lyoner Gestapo. Auch MARTIN BORMANN gehörte zu den Glücklichen. Befreundet war Genoud u.a. mit dem 1994 verstorbenen belgischen SS General LEON DEGRELLE, weiterhin zählen der Schweizer MAX WAHL (Hrg. des eingegangenen Antisemiten-Blattes »EIDGENOSS«) und der Sozialdemokrat ACHMED HUBER, ein zum Islam übergetretener Holocaust-Leugner, der ab und zu Vorträge bei der WIKING JUGEND und der FAP hielt.

In den neu erschienen Biografien werden jetzt auch Genouds Verbindungen in das terroristische Milieu arabischer Prägung aufgezeigt: So war er Mitorganisator einer Flugzeugentführung der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas), hatte und hat Kontakt zum Chef der PFLP, WADDI HADDAD und zum Superterroristen CARLOS (RAMIREZ ILICH SANCHEZ), der in Paris im Knast sitzt. Carlos an Genoud in einem Brief:« *Wenn wir uns je wieder begegnen sollten, werden wir uns zusammen auf das Walhalla der Revolutionäre freuen und Augenblicke der Verbundenheit mit unserem lieben verstorbenen Märtyrern teilen*«

## SSZ - Die Junge Freiheit für Studis

SSZ ist die Abkürzung für »SCHWEIZERISCHE AKADEMIER- UND STUDENTENZEITUNG« (FORUM FÜR FRAGEN DER POLITIK, WIOSSENSCHAFT UND KULTUR - UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR ALLE HOCHSCHULEN UND TECHNIKEN IN DER SCHWEIZ). Die Vorgeschichte: als Reaktion auf die linke StudentInnenpolitik anno 1968, gründeten drei rechte Züricher Studenten 1970 die NEUE STUDENTEN-ZEITUNG (NSZ)-als Alternative zum »*geistigen Terror linksfaschistischer Provenienz*«. Nach internen Unstimmigkeiten spaltet sich die Gruppe in die »ALLGEMEINE HOCHSCHUL-ZEITUNG« und die SSZ. Eine Zeit lang stand die SSZ unter Einfluß des OPUS DEI, heute ist sie »nur« noch rechtskatholisch. Herausgeber HERBERT MEIER (einer der drei rechten Studenten) aus dem Kanton Aargau ist in der neurechten und rechtskatholischen Szene zu Hause und half Unterschriften gegen das Antirassismus-Gesetz zu sammeln. In der SSZ wird für CHRISTA MEVES-Bücher geworben (sie darf auch mal was schreiben), um die christlich-abendländische Tradition zu retten, ständiger (Gratis)-Inserent ist der rechts-katholischeCHRISTIANA-VERLAG, gerne wird aus »CRITICON« zitiert und werden Wörter, wie »*Asylbetrug*«, »*Scheinasylanten*« und »*multirassistisch*« gebraucht.

## Memopress anstatt CODE

AbonnentInnen der im November`95 eingestellten antisemitischen, revisionistischen und verschwörungstheoretischen Monatszeitschrift CODE (CONFÖRDERATION ORGANISCH DENKENDER EUROPÄER) aus dem VERLAG DIAGNOSEN (Leonberg/Baden-Württemberg) und deren ebenfalls eingegangenen Nachfolgezeitschrift »DAS ANDERE DEUTSCHE NACHRICHTENMAGAZIN« wurde ein Ersatzangebot offeriert: MEMOPRESS des »MEMOPRESS«-VERLAGES von EMIL RAHM aus Hallau (CH). Rahm warnt seit Jahren vor der »*freimaurerisch-bolschewistisch-zionistischen Weltverschwörung*« und war/ist vehementer Gegner des Antirassismus-Gesetzes.



# Frankreich

## Anschlag auf Büro der Front National

Am Mittwoch, den 21.02.1996 haben unbekannte in Marseille einen Bombenanschlag auf ein Parteibüro der faschistischen FRONT NATIONAL (FN) verübt, bei denm erheblicher Sachschaden entstand und niemand verletzt wurde. Eine bislang unbekannte Gruppe bekannte sich zu der Tat und bezog sich auf den Mord an einem jugen Komorers im letztem Jahr. Am 21.02.1995 wurde der 17 jährige Ibrahim Ali von Plakatklebern der FN hinterrücks erschossen. Die rechts-Aktivisten klebten Plakate mit dem Slogan »*Mit Le Pen drei Millionen Immigranten zurück nach Hause*« und wurden von einer Gruppe Jugendlicher, der auch Ali angehörte, endeckt. Dem Mord war weder ein Streit noch eine Auseinandersetzung vorausgegangen. Im Nachhinein bestritt die FN-Führung sogar,daß in dieser Gegend Werbeplakate geklebt wurden und FN-Vorsitzende JEAN-MARIE LE PEN sagte, daß Bewaffnung bei Plakataktivitäten angeblich üblich sei. Nach dem Mord kam es zu spontanen protestaktionen un einer Demonstration mit über 20.000 Menschen.

aus »Was geht ab Nr.15«